

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1974

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Kommunalwahlen am 17. März 1974

- 129 Am 17. März 1974 wurden rund 30 000 Mitglieder der Stadt-, Gemeinde- und Verbandsgemeinderäte sowie der Kreistage und des Bezirksverbandes der Pfalz für fünf Jahre gewählt. Die hohe Wahlbeteiligung von 81,1% zeigt das Interesse der Rheinland-Pfälzer an den Wahlen zu den kommunalen Vertretungen.
-

Landesinformationssystem Rheinland-Pfalz Teil III: Auswertungsphase

- 138 Nachdem das derzeitige Leistungsangebot (Januarheft) und die technische Konzeption (Aprilheft) beschrieben wurden, bietet Teil III eine programmatische Übersicht über die künftigen Auswertungsmöglichkeiten.
Einblicke in die Verteilung des von den Arbeitnehmern erzielten lohnsteuerpflichtigen Einkommens.
-

Pendelwanderung der Schüler und und Studierenden

- 143 Die forcierte Bildungswerbung während des letzten Jahrzehnts und die auf eine größere Effizienz der Volksschulbildung zielende organisatorische Reform des Schulwesens im Grund- und Hauptschulbereich bewirkten eine starke Zunahme der Pendelwanderung der Schüler und Studierenden seit der Volkszählung von 1961.
-

Baumobstanbau 1972

- 153 Nachdem die Zahlen über den Marktoftbau aus der Obstbaumzählung 1965 infolge der umfangreichen Rodungsaktionen der letzten Jahre weitgehend veraltet waren, liegen nunmehr wieder aktuelle und teilweise weitergehende Informationen über die Produktionsgrundlagen in diesem Bereich der Landwirtschaft vor.
-

Anhang

- 41* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
47* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

803 Frauen in den Kommunalparlamenten

Seit der letzten Kommunalwahl am 17. März 1974 sind die Frauen erheblich stärker in den Stadt-, Gemeinde- und Verbandsgemeinderäten sowie in den Kreistagen vertreten. Ihre Zahl ist von 330 (1969/72) auf 803 um das Zweieinhalbfache gestiegen. Trotzdem haben die Frauen damit nur 2,7% der insgesamt 30 000 Sitze inne.

Lediglich in den Stadträten der kreisfreien Städte spielen die Frauen auch zahlenmäßig eine größere Rolle; hier ist immerhin jedes 8. Ratsmitglied eine Frau. In den Kreistagen stellen die Frauen 6% der 1 000 Mitglieder, in den Verbandsgemeinderäten und Gemeinde(Stadt)räten ohne kreisfreie Städte sind es dagegen nur 2,7 und 2,3% der 4 550 bzw. 23 900 Mandatsträger. Praktisch völlig von den Männern allein beansprucht werden die Ratssitze in den kleinen Gemeinden; von den durch Mehrheitswahl vergebenen 8 700 Sitzen entfallen lediglich 37 (0,4%) auf Frauen.

Die Zunahme der weiblichen Ratsmitglieder ist, wenn auch in unterschiedlichem Maße, bei allen Vertretungsorganen festzustellen. Am stärksten ist sie in den Gemeinde- und Verbandsgemeinderäten, wo sich die Zahl der Mandatsträgerinnen verdreifachte bzw. verdoppelte.

Mit 343 Frauen stellt absolut gesehen die CDU den größten Teil der weiblichen Ratsmitglieder, gefolgt von der SPD mit 297. Innerhalb der Parteifractionen haben allerdings in der SPD die Frauen relativ ein etwas größeres Gewicht; ihr Anteil beträgt hier 5,2% gegenüber 4,3% bei der CDU. Die geringste Repräsentanz findet sich mit 3,0 und sogar nur 1,5% bei der FDP und den Wählergruppen.

Alle Parteien entsenden mehr Vertreterinnen als bisher in die Kommunalparlamente. Die CDU weist die größten Zugänge auf. hl

Mehr über die Ergebnisse der Kommunalwahlen auf Seite 129

Volumen der kommunalen Haushalte soll um 6,3% wachsen

Die Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und die Landkreise planen für das Haushaltsjahr 1974 Bruttoausgaben in Höhe von 4 403 Mill. DM; diese Summe übersteigt die Ausgabenansätze für 1973 (einschließlich Nachtragshaushalte) um 6,3%. Wie in den Vorjahren ist ein überdurchschnittlicher Anstieg der Personalausgaben vorgesehen, die mit 1,0 Mrd. DM (+ 13,5%) veranschlagt sind. Der laufende Sachaufwand soll um 11,0% auf 680 Mill. DM zunehmen. Auch für Baumaßnahmen sind mit 1 027 Mill. DM höhere Mittel als im Vorjahr veranschlagt; die Zuwachsrate beträgt hier allerdings nur 4,6%. Der Schuldendienst erfordert voraussichtlich 501 Mill. DM; sein Anteil am gesamten Ausgabenvolumen erhöht sich wegen der stark steigenden Zinsausgaben auf 11,4% (im Vorjahr 10,8%).

Auf der Einnahmenseite wird mit einer Zunahme um ebenfalls 6,3% auf insgesamt 4 348 Mill. DM gerechnet. Die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sollen 1 063 Mill. DM (+ 12,5%) erreichen. Während der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit 387 Mill. DM (+ 20,8%) wieder eine kräftige Steigerung aufweist, wird ein stark abgeschwächtes Wachstum der Nettoeinnahmen aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital erwartet. Die geplante Schuldenaufnahme am Kreditmarkt ist mit 741 Mill. DM nur geringfügig höher als im Vorjahr. Ferner rechnen die Gemeinden und Kreise mit Zuweisungen von Bund und Land in Höhe von 780 Mill. DM (+ 7,8%). ly

Stagnation der industriellen Produktion im April 1974

Während die Produktion der rheinland-pfälzischen Industrie ohne Bauhauptgewerbe und Energie im April dieses Jahres gegenüber dem Vormonat um 6,2% gesteigert werden konnte, war im Vergleich zum gleichen Vorjahresmonat eine Stagnation zu beobachten. Die günstigste Entwicklung nahmen die Nahrungs- und Genußmittelindustrien, die einen um 14,8 bzw. 11,1% höheren Output als in den beiden Vergleichsmonaten erzielten. Alle übrigen Industriehauptgruppen verzeichneten jedoch bei zum Teil recht erheblichen Zuwachsraten gegenüber dem Vormonat ein nur bescheidenes Wachstum gegenüber dem Vorjahresmonat bzw. Rückgänge. Zu nennen sind hier vor allem die Investitionsgüter (+ 11,0 bzw. + 1,3%) und die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (+ 5,6 bzw. — 0,5%). Am schlechtesten schnitten die Verbrauchsgüterindustrien ab, bei denen sich gegenüber beiden Vergleichsmonaten negative Veränderungsraten ergaben (— 1,3 bzw. — 5,3%).

In den ersten vier Monaten dieses Jahres erhöhte sich die industrielle Produktion gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum nur noch um 0,4%. Vergleichsweise hatte sich dieser Zuwachs im Vorjahr auf 9,1% gestellt. Die Nahrungs- und Genußmittelindustrien nahmen mit + 5,5% den ersten Platz vor den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (+ 2,0%) ein. Während die Investitionsgüterindustrien in diesem Zeitraum ebenfalls noch einen leichten Anstieg (+ 0,5%) verbuchen konnten, erlebten die Verbrauchsgüterindustrien eine Einbuße von 6,1%. mc

Zahl der Ausbildungspendler stieg um fast 190%

Von den 588 917 Schülern und Studierenden überschreiten auf ihrem täglichen Weg zwischen Wohnung und Schule 135 400 die Grenze ihrer Wohngemeinde. Das bedeutet, daß etwa jeder vierte in schulischer Ausbildung befindliche junge Mensch pendelt. Von den in kreisangehörigen Gemeinden wohnenden Schülern und Studenten pendelt sogar fast jeder dritte.

In dem Zeitraum seit der letzten Volkszählung im Jahre 1961 ist die Zahl der Schüler und Studierenden um 26,5%, diejenige der Ausbildungspendler aber um 189,3% gestiegen. 93,9% der Studenten und Schüler weiterführender Schulen werden in Bildungsanstalten jener 86 Gemeinden des Landes ausgebildet, die als Ausbildungszentren (100 und mehr Enpendler) anzusehen sind. 169 Gemeinden besitzen als zentrale Schulorte des Grund- und Hauptschulbereichs überörtliche Bedeutung.

Obwohl fast die Hälfte der Ausbildungspendler Grund- und Hauptschüler sind, bleibt doch die Pendlerquote der Schüler dieses Schultyps mit 14,4% weit hinter dem Pendleranteil unter den Schülern anderer Schulgattungen zurück. Von zehn Ausbildungspendlern befinden sich sieben im schulpflichtigen Alter, zwei sind 15- bis 18jährig und einer ist über 18 Jahre alt.

Außer den 135 400 Ausbildungspendlern, die täglich an den Wohnort zurückkehren, ermittelte die Volkszählung 1970 25 812 Schüler und Studierende, die am Ausbildungsort einen zweiten Wohnsitz unterhalten und deshalb den Ausbildungsfernpendlern zuzuordnen sind. ne

Mehr über dieses Thema auf Seite 143

Durchschnittlich 22,6 Unterrichtsstunden pro Woche erteilt

Im Schuljahr 1973/74 unterrichteten an den 155 berufsbildenden Schulen des Landes Rheinland-Pfalz 2 858 Lehrer (1972/73: 2 895). Dabei überwogen mit 1 970 (68,9%) die männlichen Lehrer gegenüber 888 (31,1%) weiblichen Lehrkräften. 61 der Unterrichtenden waren Ausländer.

Im Durchschnitt wurden pro Woche 22,6 Unterrichtsstunden von jedem Lehrer erteilt, insgesamt 64 623 (im Vorjahr 63 258), davon 19 578 von weiblichen Lehrkräften. In 4 655 Fällen wurden 14 006 Ermäßigungsstunden angerechnet. Von nebenberuflich Tätigen wurden zusätzlich 1 223 Wochenstunden gegeben.

Die Altersstruktur veränderte sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich. 36,6% (1 045, im Vorjahr 1 001) der Unterrichtenden waren 30 bis 39 Jahre alt, 33% (942 gegenüber 924 im Vorjahr) zwischen 40 und 49 und 16,6% (475 gegenüber 463) 50 bis 59 Jahre. Älter als 60 waren 6,7% (192 gegenüber 194) der Lehrenden. Lediglich bei den Unterrichtskräften unter 30 hat sich die Zahl von 313 im Vorjahr auf 204 (7,1%) verringert.

Landesinformationssystem Rheinland-Pfalz

Teil III: Auswertungsphase

Eigentlicher Zweck des LIS ist es, bedarfs- und sachgerechte Informationen zu liefern, die auf die individuellen Wünsche der Benutzer zugeschnitten sind.

Es geht also nicht darum, noch mehr Daten zu produzieren und weiterzuvermitteln, sondern die Fähigkeit der elektronischen Datenverarbeitung zu nutzen, mühselige und zeitaufwendige Auswertungsoperationen schneller durchzuführen. Der Hauptakzent der 3. Phase des LIS, bis 1975 terminiert, liegt daher auf der Entwicklung von Auswertungsprogrammen, die den räumlichen, darstellerischen, rechnerischen bzw. mathematisch-statistischen, analytischen, prognostischen und planerischen Auswertungswünschen Rechnung tragen sollen. Zweck dieser Ausführungen ist es, die wichtigsten Vorhaben der inzwischen eingeleiteten Auswertungsphase in einer systematischen Übersicht vorzustellen, auf neue Perspektiven einer praktischen Anwendung hinzuweisen und nicht zuletzt eine positive Resonanz für eine ständige Verbesserung des methodischen Instrumentariums zu erzielen.

Mehr über dieses Thema auf Seite 138

Hohes Wachstum im Außenhandel im 1. Quartal 1974

Während im Jahre 1973 insbesondere in Folge der wirtschaftlichen Belebung bei den meisten Handelspartnern einer Einfuhrsteigerung von 8,8% ein erheblich höheres Ausfuhrwachstum (+ 17,6%) gegenüberstand, verlief die Entwicklung im 1. Quartal 1974 ausgeglichener. Bei einem Anstieg der Ausfuhr um 37,9% auf 3,39 Mrd. DM expandierte die Einfuhr in dieser Zeit in kaum geringeren Maße um 36,8% auf 2,05 Mrd. DM. Die Schrumpfung der Wachstumsdifferenz ist vor allem auf die hohen Preissteigerungen bei den Importen, insbesondere bei Erdöl zurückzuführen. Auf diese Weise erhöhten sich die Importwerte von Erdöl gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 233,3 Mill. DM,

das sind allein 43,4% der Mehreinfuhr von Gütern der gewerblichen Wirtschaft, oder 185,1% auf 359,4 Mill. DM. Außerdem übten noch die Importe von chemischen Halbwaren (+ 124,6%) sowie von Kraftstoffen und Schmierölen (+ 119,1%) einen maßgeblichen Einfluß auf diese Entwicklung aus. Die ebenfalls ungewöhnlich hohe Exportsteigerung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft dürfte jedoch vorwiegend konjunkturbedingt sein. Durch verstärkte Exportbemühungen wird versucht, die nachlassende Inlandsnachfrage zu kompensieren. So trug die Ausfuhr von Kraft- und Luftfahrzeugen, die im 1. Quartal um 236,2 Mill. DM oder 68,8% gesteigert werden konnte, am meisten zu dem gestiegenen Niveau bei. Dicht darauf folgten chemische Vor- und Enderzeugnisse (+ 235,7 Mill. DM oder 40,8%) und Kunststoffe (+ 108,0 Mill. DM oder 45,4%), die besonders stark durch die Verteuerung des Rohstoffs Erdöl betroffen sind. Eine zum Teil preisbedingte Steigerung erfuhren zudem die Exporte von Kraftstoffen und Schmierölen (+ 445,2%).

Die Exportsteigerungen wurden überwiegend mit unseren engsten Handelspartnern erzielt. So wurden in die acht Länder der Europäischen Gemeinschaft 436,5 Mill. DM oder 37,1% mehr exportiert als im gleichen Vorjahreszeitraum. Unter diesen Ländern stand Frankreich mit + 207,5 Mill. DM oder 27,0% an der Spitze. Aber auch mit den Niederlanden (+ 117,8 Mill. DM oder 57,7%) und Italien (+ 102,9 Mill. DM oder 49,7%) konnte ein bedeutend besseres Ergebnis erzielt werden als vor einem Jahr. Bei den Einfuhren waren außer den Niederlanden (+ 73,1 Mill. DM oder 42,2%) und Belgien-Luxemburg (+ 62,8 Mill. DM oder 29,3%), wo vor allem der Exportwert von Kraftstoffen und Schmierölen sowie von chemischen Halbwaren nach Rheinland-Pfalz einen überdurchschnittlich hohen Anstieg erfuhr, naturgemäß die Hauptlieferanten von Erdöl wie Libyen (+ 59,3 Mill. DM oder 265,0%), Algerien (+ 37,5 Mill. DM oder 143,6%) und Nigeria (+ 35,0 Mill. DM oder 103,3%) an der hohen Wachstumsrate beteiligt. Auch aus den Vereinigten Staaten wurde in dieser Zeit erheblich mehr importiert als vor einem Jahr (+ 57,2 Mill. DM oder 41,8%).

4 Prozent höhere Beherbergungskapazität in 1974

In den 286 rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden stehen nach einer vorläufigen Auszählung in 1974 47 580 Zimmer mit 104 860 Betten in Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren für den Fremdenverkehr zur Verfügung. Damit hat sich gegenüber dem Vorjahr die Zahl der Zimmer um 1,3%, die der Betten sogar um 3,6% weiter erhöht. Die Zahl der Beherbergungsbetriebe verringerte sich um 1,2% auf 3 360.

Die meisten Betriebsaufgaben verzeichneten die Fremdenverkehrsgebiete Rheintal (— 3,6%) und Rheinhessen (— 2,7%), wo sich die Bettenkapazität nur um 0,4 bzw. 0,2% vergrößerte. Während im Gebiet Westerwald/Lahn/Taunus einem Betriebsrückgang um 1,5% eine Verringerung des Bettenbestandes um 2,5% gegenüberstand, hat sich in der Pfalz die Zahl der Übernachtungsmöglichkeiten trotz eines Betriebsrückganges um 1,8% um 5,6% erhöht. Eine ähnliche Entwicklung wurde an Mosel und Saar (Betriebe — 0,4 %, Betten + 6,9%), wo die Zahl der Fremdenbetten in Privatquartieren mit + 13,5% wieder stark zunahm, sowie im Gebiet Hunsrück/Nahe/Glan (Betriebe + 0,4%, Betten + 13,3%) beobachtet.

Die Kommunalwahlen am 17. März 1974

Am 17. März 1974 wurden in Rheinland-Pfalz in 2 371 Gemeinden die Gemeinde- bzw. Stadträte, in 166 Verbandsgemeinden die Verbandsgemeinderäte, in 24 Landkreisen die Kreistage und im Gebiet des Bezirksverbands Pfalz der Bezirkstag gewählt.

Bei den letzten allgemeinen Kommunalwahlen am 8. Juni 1969 waren in 2 592 Gemeinden, in 128 Verbandsgemeinden und in 28 Landkreisen sowie im Gebiet des Bezirksverbands Vertretungen gewählt worden. In der Zwischenzeit mußten im Zuge der territorialen Neugliederung zwei Teilkommunalwahlen durchgeführt werden: am 8. November 1970 Wahlen zu 34 Gemeinde- bzw. Stadträten, 68 Verbandsgemeinderäten und 6 Kreistagen und am 23. April 1972 zu 14 Gemeinde- bzw. Stadträten, 72 Verbandsgemeinderäten und zwei Kreistagen. Zwischen diesen beiden Wahlterminen hatten im Rahmen der Freiwilligkeitsphase für Zusammenschlüsse am 21. 3. 1971 drei Verbandsgemeinden und sechs Gemeinden und am 24. 10. 1971 12 Verbandsgemeinden ihre Vertretungen gewählt. Unter Berücksichtigung der mit den Kommunalwahlen 1974 in Kraft getretenen Gebietsänderungen, von denen insbesondere die Zusammenlegung des Unter- und des Oberwesterwaldkreises zum neuen Landkreis Westerwald erwähnt werden muß, hat sich zwischen den beiden letzten all-

gemeinen Kommunalwahlen im Zuge der territorialen Neugliederung die Zahl der Gemeinden um 221, die der Kreise um 4 verringert. Gleichzeitig wurden im ganzen Lande Verbandsgemeinden gebildet.

Gesetzliche Grundlage für die Durchführung der Wahlen am 17. März 1974 war das Landesgesetz über die Wahlen zu den kommunalen Vertretungsorganen (Kommunalwahlgesetz - KWG -) vom 13. Dezember 1973 (GVBl. S. 469) sowie die Landesverordnung zur Durchführung des Kommunalwahlgesetzes (Kommunalwahlordnung - KWO -) vom 14. Dezember 1973 (GVBl. S. 478). Am 17. März 1974 trat außerdem ein neues Kommunalverfassungsrecht in Kraft, das neben einer Aufgliederung von 12 auf 16 Gemeindegrößenklassen in fast allen Größenklassen eine Erhöhung der Zahl der Ratsmitglieder in den einzelnen Gemeinde- und Verbandsgemeinderäten (§ 29 Abs. 2 GemO) und außerdem der Mitglieder in den Kreistagen (§ 22 Abs. 2 LKO) mit sich brachte.

Mehrheitswahl nur in kleineren Gemeinden

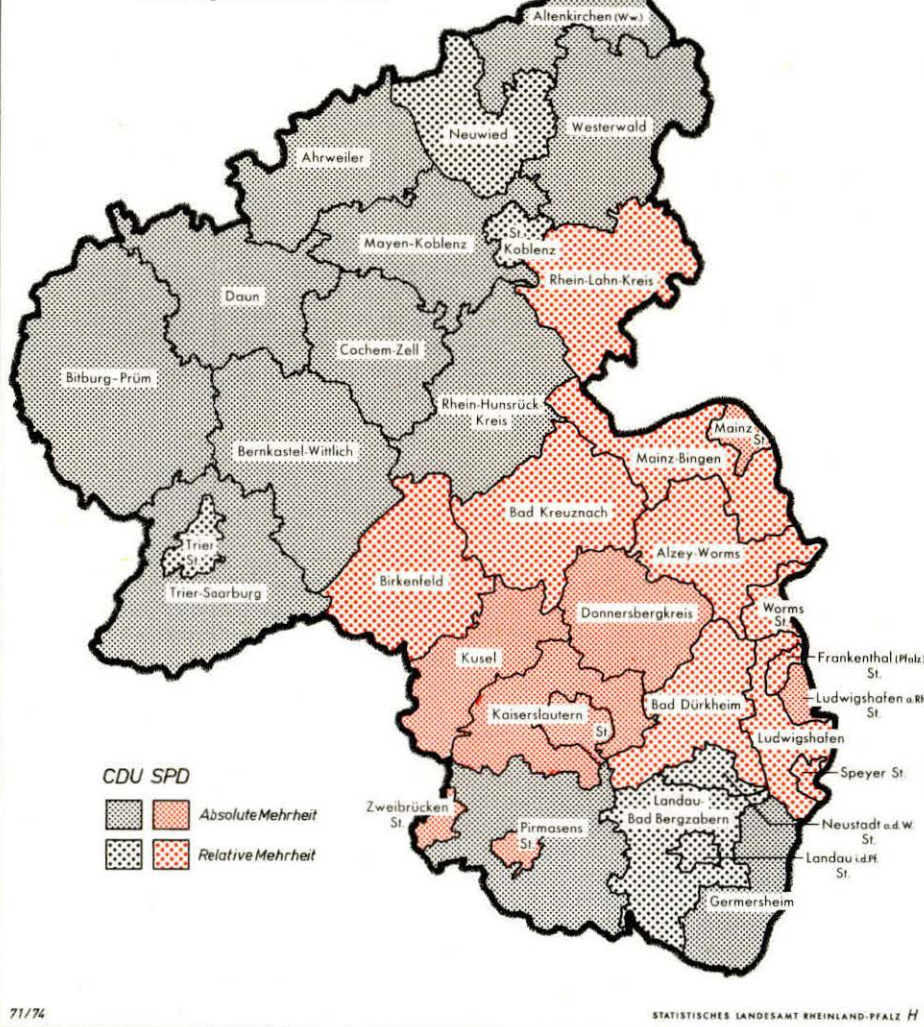
Das Wahlsystem ist von der Zahl der zugelassenen Wahlvorschläge abhängig. Wurden zwei oder mehrere Wahlvorschläge zugelassen, so wird die Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl

Landesergebnisse der Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen 1953 - 1974

Wahl ¹⁾	Wahlberechtigte		Wahlberechtigte	Ungültige Stimmen	Gültige Stimmen	CDU		SPD		FDP		Sonstige Parteien		Wählergruppen	
	1 000	%				Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
B 1953	2 143	1 843	86,0	3,7	1 775	924 932	52,1	482 686	27,2	214 805	12,1	152 940	8,6	-	-
L 1955	2 151	1 635	76,0	3,1	1 584	741 384	46,8	501 751	31,7	201 847	12,7	93 627	5,9	45 220	2,9
K 1956	2 175	1 732	79,6	4,2	1 658	681 895	41,1	655 753	39,5	204 232	12,3	23 184	1,4	93 091	5,6
B 1957	2 237	1 976	88,3	3,9	1 899	1 019 709	53,7	578 203	30,4	185 288	9,8	115 805	6,1	-	-
L 1959	2 267	1 749	77,2	2,1	1 712	829 236	48,4	596 984	34,9	165 937	9,7	120 197	7,0	-	-
K 1960	2 288	1 823	79,7	4,0	1 750	793 486	45,3	659 733	37,7	218 531	12,5	24 388	1,4	53 771	3,1
B 1961	2 348	2 070	88,2	4,8	1 970	964 270	48,9	659 830	33,5	259 578	13,2	86 255	4,4	-	-
L 1963	2 363	1 784	75,5	1,8	1 752	777 838	44,4	713 469	40,7	177 377	10,1	83 802	4,7	-	-
K 1964	2 363	1 923	81,4	3,2	1 861	813 223	43,7	798 074	42,9	188 982	10,2	15 649	0,8	44 700	2,4
B 1965	2 404	2 114	88,0	2,8	2 056	1 013 573	49,3	754 175	36,7	209 028	10,2	78 954	3,8	-	-
L 1967	2 387	1 873	78,5	1,5	1 844	861 142	46,7	679 177	36,8	153 089	8,3	150 551	8,1	-	-
K 1969	2 382	1 837	77,1	3,7	1 770	754 013	42,6	721 843	40,8	160 151	9,0	48 683	2,7	85 088	4,9
B 1969	2 410	2 097	87,0	2,0	2 056	982 640	47,8	825 379	40,1	128 650	6,3	119 431	5,8	-	-
L 1971	2 585	2 053	79,4	1,3	2 026	1 012 847	50,0	821 350	40,5	120 444	5,9	71 731	3,5	-	-
K 1969/72	2 441	1 860	76,2	3,2	1 801	790 260	43,9	741 863	41,2	143 976	8,0	45 682	2,5	79 301	4,4
B 1972	2 624	2 404	91,6	1,1	2 378	1 090 339	45,9	1 067 953	44,9	193 499	8,1	26 070	1,1	-	-
K 1974	2 634	2 135	81,1	2,2	2 088	1 077 283	51,6	741 052	35,5	182 639	8,7	25 223	1,2	62 241	3,0

1) B = Bundestagswahl, L = Landtagswahl, K = Kommunalwahlen (Kreistagswahlen und Stadtratswahlen der kreisfreien Städte).

**Mehrheitsverhältnisse
in den Stadträten der kreisfreien Städte
und den Kreistagen der Landkreise**
(Wahlergebnisse 1969-1972)



wahl regelmäßig nur bei Gemeinderatswahlen gewählt wird. So wurden auch bei den Wahlen am 17. März nur 1 236 von 2 371 Gemeinderatswahlen kleinerer Gemeinden (1969: 1 366 von 2 592 Gemeinderatswahlen und eine von 128 Verbandsgemeinderatswahlen) als Mehrheitswahlen durchgeführt. In den übrigen Städten und Gemeinden dagegen sowie in den Verbandsgemeinden, in den Kreisen und im Gebiet des Bezirksverbands Pfalz wurde nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.

**Erhebliche Zunahme der
Parteiwahlvorschläge**

Wahlvorschläge konnten von Parteien und Wählergruppen eingereicht werden; sie mußten zum Nachweis ihrer Ernsthaftigkeit von einer Mindestzahl von Wahlberechtigten, je nach der Einwohnerzahl für die Gemeinderatswahl von 10 bis 200, für die Kreistagswahl von 140 bis 200, für die Wahl zum Bezirkstag von mindestens 800 Wahlberechtigten unterschrieben sein. Bei Wahlvorschlägen von Parteien und

durchgeführt. Wurde nur ein oder kein gültiger Wahlvorschlag eingereicht, so findet Mehrheitswahl statt.

Bei der Verhältniswahl kennzeichnet der Wähler auf dem Stimmzettel den Wahlvorschlag, dem er seine Stimme geben will. Den Wahlvorschlägen, die mehr als 5% der Stimmen erhalten haben, werden nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt Sitze zugeteilt. Für die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Bewerber ist deren Reihenfolge auf dem Wahlvorschlag maßgebend. Es handelt sich somit um eine starre Listenwahl. Bei Mehrheitswahl kann jeder Wahlberechtigte bis doppelt so viele wählbare Personen aufschreiben, als Ratsmitglieder zu wählen sind. Gewählt sind diejenigen Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben.

Da mit der Größe des Wahlbezirks die Wahrscheinlichkeit wächst, daß mehr als ein gültiger Wahlvorschlag eingereicht wird, nimmt es nicht wunder, daß nach den Grundsätzen der Mehrheits-

Wählergruppen, die dem Vertretungsorgan eines übergeordneten Wahlgebietes oder bereits der bisherigen Vertretung angehört hatten, genügten fünf Unterschriften.

Für die Wahlen zu den 2 371 Gemeinderäten (1969: 2 592) wurden insgesamt 3 833 Wahlvorschläge zugelassen (1969: 4 379). Die CDU kandidierte in 738 Gemeinden (1969: 539), die SPD in 813 (1969: 605) und die FDP in 216 (1969: 133). Die NPD war in 8 (1969: 7), die DKP in 17 Gemeinden (1969: 3) mit Wahlvorschlägen vertreten. Den insgesamt 1 792 Parteiwahlvorschlägen (1969: 1 287) standen 2 041 Wahlvorschläge (1969: 3 092) von Wählergruppen zu den Gemeinderatswahlen gegenüber.

Bei den Wahlen zu den 166 Verbandsgemeindevertretungen (1969: 128) wurden 616 Wahlvorschläge (1969: 432) zugelassen, hiervon entfielen 166 auf die CDU (1969: 124), ebenfalls 166 auf die SPD (1969: 115), 123 auf die FDP (1969: 61) und 5 auf die NPD. Neben diesen 460 Wahlvorschlägen von

Parteien wurden 156 Wahlvorschläge (1969: 132) von Wählergruppen zugelassen.

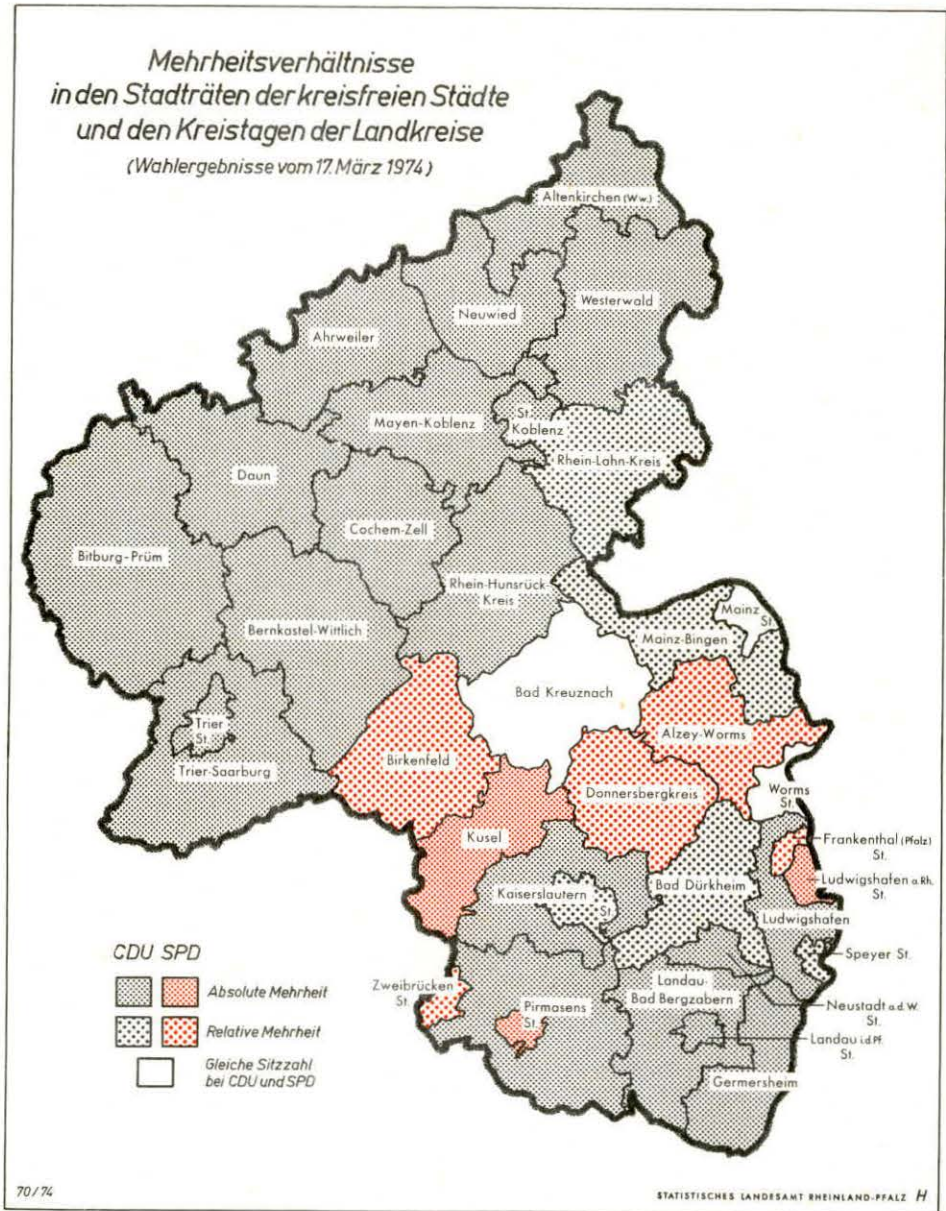
An allen 24 Kreistagswahlen (1969: 28) beteiligten sich CDU, SPD und FDP mit Wahlvorschlägen. Daneben waren in 7 Landkreisen Wahlvorschläge der NPD und in 2 Landkreisen Wahlvorschläge der DKP zugelassen. Die Wählergruppen traten mit 13 Wahlvorschlägen in 12 Landkreisen auf. 1969 kandidierten CDU, SPD und FDP ebenfalls in allen Landkreisen mit eigenen Wahlvorschlägen, die NPD trat in 6 Landkreisen auf. Die Wählergruppen hatten in 13 Landkreisen 15 Wahlvorschläge eingereicht.

Um Sitze im Bezirkstag des Bezirksverbands Pfalz bewarben sich schließlich CDU, SPD, FDP und NPD. 1969 hatte neben diesen Parteien eine Wählergruppe kandidiert.

Hohe Wahlbeteiligung

Die Zahl der Wahlberechtigten zu den Stadtratswahlen der kreisfreien Städte und den Wahlen zu den Kreistagen stieg seit den letzten allgemeinen Kommunalwahlen im Jahre 1969 um 252 000 auf 2 634 000. Die erhebliche Zunahme ist insbesondere eine Folge der Ausdehnung des aktiven Wahlrechts auf die 18- bis unter 21jährigen, die erstmals bei den Teilkommunalwahlen im Jahre 1970 wahlberechtigt waren. Insgesamt machten 2 135 000 Wahlberechtigte von ihrem Wahlrecht Gebrauch, das sind 298 000 Personen mehr als bei den Wahlen im Jahre 1969. Die Wahlbeteiligung stieg um 4 Prozentpunkte von 77,1% auf 81,1%.

Nach den Ergebnissen der bisher im Lande durchgeführten Wahlen zeigten die Wahlberechtigten im allgemeinen an Kommunalwahlen ein stärkeres Interesse als an Landtagswahlen; noch höher ist allerdings die Beteiligung an den Wahlen zum Bundestag. So gaben bei den Kommunalwahlen 1974, obwohl es sich mit 81,1% um eine für Kommunalwahlen hohe Wahlbeteiligung handelt, rund 11% weniger Wahlberechtigte ihre Stimme ab als bei den Bundestagswahlen 1972, bei denen mit einer Wahl-



beteiligung von 91,6% die bislang höchste Ziffer erreicht wurde. Die Beteiligung an der Kommunalwahl 1974 liegt aber um 1,7 Prozentpunkte höher als an der Landtagswahl. Die Wahlbeteiligung lag sowohl in den kreisfreien Städten (75,5%) als auch in den Landkreisen (83,2%) um 4,4 bzw. 5 Prozentpunkte höher als bei den vorangegangenen Kommunalwahlen. Die höchste Beteiligungsziffer unter den kreisfreien Städten registrierte Neustadt a. d. Weinstr. (83,9%) vor Frankenthal (80,5%) und Mainz (80,3%), die niedrigste Koblenz (68,8%). Bei den Landkreisen führt der Kreis Pirmasens (87,0%) vor den Kreisen Ludwigshafen (86,1%), Landau-Bad Bergzabern (85,7%) und Cochem-Zell, Trier-Saarburg, Alzey-Worms (jeweils 85,3%); der Landkreis Birkenfeld meldete die geringste Wahlbeteiligung (76,8%).

Wähler, die am Wahltag aus wichtigem Grund verhindert sind, ihre Stimme persönlich abzugeben, können seit 1960 durch Briefwahl an der Wahl teilnehmen. Hiervon haben bei den Kommunalwahlen

Stimmenverteilung in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1969/72 und 1974
(Für 1969/72 auf den Gebietsstand 17. 3. 1974 umgerechnete Ergebnisse)

Verwaltungsbezirk	Jahr	CDU	SPD	FDP	Son- stige Par- teien	Wäh- ler- grup- pen
%						
Stadtratswahlen der kreisfreien Städte						
Koblenz	1970	49,3	44,4	6,3	-	-
	1974	55,4	34,6	8,9	1,1	-
Trier	1969	42,6	37,0	5,2	-	15,2
	1974	56,7	31,0	7,0	1,1	4,3
Frankenthal (Pfalz)	1969	26,9	46,7	2,8	-	23,7
	1974	39,7	40,7	6,0	-	13,6
Kaiserslautern	1969	30,0	50,8	8,2	11,0	-
	1974	44,7	41,1	9,1	5,1	-
Landau i. d. Pfalz	1972	46,1	37,0	5,2	-	11,7
	1974	48,6	31,1	9,5	-	10,8
Ludwigshafen a. Rhein	1969	33,2	58,4	5,1	3,3	-
	1974	39,5	53,2	5,3	1,9	-
Mainz	1969	38,0	49,2	8,3	4,6	-
	1974	45,0	44,1	8,4	2,4	-
Neustadt a.d. Weinstr.	1969	42,6	33,9	4,8	6,3	12,5
	1974	59,9	25,8	4,8	4,1	5,4
Pirmasens	1972	34,4	50,5	3,1	5,5	6,5
	1974	41,9	47,2	3,8	2,2	5,0
Speyer	1969	34,5	43,1	5,6	-	16,9
	1974	44,0	34,4	6,3	2,9	12,4
Worms	1969	29,9	45,9	5,6	-	18,7
	1974	38,5	39,7	6,1	2,5	13,2
Zweibrücken	1972	32,0	47,1	6,5	4,0	10,3
	1974	39,4	39,6	8,9	3,3	8,8
Kreisfreie Städte insgesamt	1969/72	37,2	47,1	5,9	3,2	6,6
	1974	46,3	40,5	7,1	2,3	3,9
Kreistagswahlen						
Regierungsbezirk Koblenz						
Ahrweiler	1970	69,5	26,5	4,0	-	-
	1974	72,1	20,5	7,4	-	-
Altenkirchen (Ww.)	1969	50,2	37,8	11,9	-	-
	1974	53,4	32,2	10,2	-	4,2
Bad Kreuznach	1969	33,2	44,9	12,4	-	9,6
	1974	42,1	40,0	11,2	1,3	5,3
Birkenfeld	1969	24,7	45,9	10,7	7,9	10,8
	1974	38,5	39,8	13,2	2,1	6,3
Cochem-Zell	1969	68,2	23,3	8,5	-	-
	1974	73,3	18,6	8,0	-	-
Mayen-Koblenz	1970	52,4	41,8	2,9	-	2,9
	1974	57,2	36,9	5,8	-	-
Neuwied	1969	46,3	43,5	10,2	-	-
	1974	52,3	36,6	8,0	-	3,1
Rhein-Hunsrück-Kreis	1970	52,9	32,4	14,7	-	-
	1974	53,6	29,3	17,2	-	-
Regierungsbezirk Trier						
Bernkastel-Wittlich	1970	67,8	24,2	7,9	-	-
	1974	68,1	21,2	10,7	-	-
Bitburg-Prüm	1970	59,7	23,0	4,9	-	12,5
	1974	72,3	19,8	7,9	-	-
Daun	1970	74,5	21,9	3,6	-	-
	1974	76,7	17,8	5,5	-	-
Trier-Saarburg	1969	56,0	26,1	6,8	0,0	11,1
	1974	66,7	24,0	5,3	-	4,0
Landkreise zusammen	1969/70	62,9	24,2	6,2	0,0	6,7
	1974	70,0	21,2	7,5	-	1,3
Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz						
Alzey-Worms	1969	26,0	45,8	13,1	15,1	-
	1974	34,7	42,3	11,0	3,3	8,7
Bad Dürkheim	1969	34,0	45,4	7,6	8,2	4,8
	1974	46,3	42,2	9,0	2,5	-
Donnersbergkreis	1969	21,6	47,6	8,9	12,5	9,4
	1974	36,0	45,8	13,5	4,8	-
Germersheim	1969	48,4	36,4	11,7	-	3,4
	1974	53,9	30,2	11,5	-	4,4
Kaiserslautern	1972	45,3	46,4	4,2	4,1	-
	1974	46,8	37,7	7,7	3,2	4,7
Kusel	1969	23,8	50,7	7,2	14,1	4,2
	1974	31,9	48,0	8,1	5,0	7,0
Landau-Bad Bergzabern	1969	46,1	33,9	10,9	-	9,0
	1974	54,7	29,5	9,7	-	6,1
Ludwigshafen	1969	42,7	49,0	8,3	-	-
	1974	51,0	39,2	6,9	1,2	1,6
Mainz-Bingen	1969	37,6	44,8	13,1	0,3	4,3
	1974	45,4	36,7	10,4	-	7,6
Pirmasens	1972	55,5	36,4	4,9	3,2	-
	1974	61,3	30,5	8,2	-	-
Landkreise zusammen	1969/72	38,9	43,6	9,1	5,1	3,3
	1974	46,9	37,8	9,4	1,7	4,1
Landkreise insgesamt	1969/72	46,3	39,0	8,7	2,3	3,6
	1974	53,5	33,7	9,3	0,8	2,7
Stadtratswahlen und Kreistagswahlen zusammen						
Rheinland-Pfalz	1969/72	43,9	41,2	8,0	2,5	4,4
	1974	51,6	35,5	8,7	1,2	3,0

Sitzverteilung in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1969/72 und 1974
(Für 1969/72 auf den Gebietsstand 17.3.1974 umgerechnete Ergebnisse)

Verwaltungsbezirk	Jahr	Sitze ins- ge- samt	CDU	SPD	FDP	Son- stige Par- teien	Wäh- ler- grup- pen
Stadtratswahlen der kreisfreien Städte							
Koblenz	1970	53	26	24	3	-	-
	1974	55	31	19	5	-	-
Trier	1969	53	24	20	2	-	7
	1974	55	33	18	4	-	-
Frankenthal (Pfalz)	1969	37	10	18	-	-	9
	1974	43	17	18	2	-	6
Kaiserslautern	1969	53	16	27	4	6	-
	1974	55	26	24	5	-	-
Landau i. d. Pfalz	1972	31	15	12	1	-	3
	1974	39	20	12	3	-	4
Ludwigshafen a. Rhein	1969	57	19	35	3	-	-
	1974	59	24	32	3	-	-
Mainz	1969	57	23	29	5	-	-
	1974	59	27	27	5	-	-
Neustadt a. d. Weinstr.	1969	37	17	13	-	2	5
	1974	43	29	12	-	-	2
Pirmasens	1972	43	17	26	-	-	-
	1974	43	19	22	-	-	2
Speyer	1969	37	13	16	2	-	6
	1974	43	20	16	2	-	5
Worms	1969	43	13	20	2	-	8
	1974	47	19	19	3	-	6
Zweibrücken	1972	31	10	16	2	-	3
	1974	39	16	17	3	-	3
Kreisfreie Städte insgesamt	1969/72	532	203	256	24	8	41
	1974	580	281	236	35	-	28
Kreistagswahlen							
Regierungsbezirk Koblenz							
Ahrweiler	1970	39	28	11	-	-	-
	1974	41	30	8	3	-	-
Altenkirchen (Ww.)	1969	39	20	15	4	-	-
	1974	41	23	14	4	-	-
Bad Kreuznach	1969	43	14	20	5	-	4
	1974	45	13	19	5	-	2
Birkenfeld	1969	35	9	17	3	2	4
	1974	41	17	18	6	-	-
Cochem-Zell	1969	29	20	7	2	-	-
	1974	37	27	7	3	-	-
Mayen-Koblenz	1970	47	26	21	-	-	-
	1974	49	29	18	2	-	-
Neuwied	1969	43	20	19	4	-	-
	1974	49	27	18	4	-	-
Rhein-Hunsrück-Kreis	1970	35	19	11	5	-	-
	1974	41	22	12	7	-	-
Verwaltungsbezirk	Jahr	Sitze ins- ge- samt	CDU	SPD	FDP	Son- stige Par- teien	Wäh- ler- grup- pen
Rhein-Lahn-Kreis	1969	39	15	18	4	-	2
	1974	41	19	18	4	-	-
Westerwald	1969	(47)	(25)	(18)	(4)	-	-
	1974	49	28	16	5	-	-
Landkreise zusammen	1969/72	419	208	166	33	2	10
	1974	434	241	148	43	-	2
Regierungsbezirk Trier							
Bernkastel-Wittlich	1970	39	27	9	3	-	-
	1974	41	28	9	4	-	-
Bitburg-Prüm	1970	35	23	9	-	-	3
	1974	41	30	8	3	-	-
Daun	1970	29	23	6	-	-	-
	1974	33	26	6	1	-	-
Trier-Saarburg	1969	39	23	10	2	-	4
	1974	41	29	10	2	-	-
Landkreise zusammen	1969/70	142	96	34	5	-	7
	1974	156	113	33	10	-	-
Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz							
Alzey-Worms	1969	35	9	17	4	5	-
	1974	41	15	19	4	-	3
Bad Dürkheim	1969	39	14	19	3	3	-
	1974	41	20	18	3	-	-
Donnersbergkreis	1969	29	6	15	2	3	3
	1974	37	14	18	5	-	-
Germersheim	1969	35	18	13	4	-	-
	1974	41	23	13	5	-	-
Kaiserslautern	1972	39	19	20	-	-	-
	1974	41	21	17	3	-	-
Kusel	1969	35	9	19	2	5	-
	1974	41	14	21	3	-	3
Landau-Bad Bergzabern	1969	39	18	14	4	-	3
	1974	41	23	12	4	-	2
Ludwigshafen	1969	39	17	19	3	-	-
	1974	41	22	17	2	-	-
Mainz-Bingen	1969	47	19	22	6	-	-
	1974	49	23	18	5	-	3
Pirmasens	1972	39	24	15	-	-	-
	1974	41	26	12	3	-	-
Landkreise zusammen	1969/72	376	153	173	28	16	6
	1974	414	201	165	37	-	11
Landkreise insgesamt	1969/72	937	457	373	66	18	23
	1974	1 004	555	346	90	-	13
Stadtratswahlen und Kreistagswahlen zusammen							
Rheinland-Pfalz	1969/72	1 469	660	629	90	26	64
	1974	1 584	836	582	125	-	41

1974 159 647 Wahlberechtigte Gebrauch gemacht (1969: 107 440). Die Zahl der Briefwähler ist somit seit 1969 um 48,6% angestiegen, ihr Anteil an den Wählern hat um 1,7 Prozentpunkte zugenommen.

Rückgang der ungültigen Stimmen

Bei den Stadtratswahlen der kreisfreien Städte und den Kreistagswahlen gaben rund 46 500 Wähler eine ungültige Stimme ab. Damit ist der Anteil der ungültigen Stimmen auf 2,2% gesunken, eine Erscheinung, die nicht zuletzt in der zunehmenden Vereinfachung der Stimmabgabe (1974 erstmals ohne Stimmzettelschlag) ihre Ursache haben dürfte. 1952 hatte der Anteil der ungültigen Stimmen noch 5,7%, 1969 3,7% betragen. Aus einem Vergleich mit den Quoten bei Landtags- und Bundestagswahlen erhellt, daß die gleichzeitige Stimmabgabe zu mehreren Wahlen einem Teil der Wähler Schwierigkeiten bereitet. Bei der letzten Landtagswahl waren 1,3% der abgegebenen Stimmen ungültig, bei der Bundestagswahl 1,1%.

Die höchsten Anteile ungültiger Stimmen finden wir in den Landkreisen Pirmasens (4,4%), Bitburg-Prüm (4,2%), Bernkastel-Wittlich (4,1%) und Trier-Saarburg (3,8%). Demgegenüber schwanken die Anteile ungültiger Stimmen in den kreisfreien Städten nur zwischen 1,6 und 0,6%.

CDU stärkste Partei im Lande

Der Stimmenverteilung bei den Kommunalwahlen 1974 wird im folgenden die politische Struktur vor den Wahlen gegenübergestellt, d. h. als Vergleichszahlen werden die Ergebnisse der Wahlen im Jahre 1969, ergänzt um die Ergebnisse der beiden Teilkommunalwahlen in den Jahren 1970 und 1972, herangezogen. Für den neuen Landkreis Westerwald wird das zusammengefaßte Ergebnis der beiden aufgelösten Kreise und die sich daraus ergebende fiktive Sitzverteilung in den Vergleich einbezogen.

Nach dem Landesergebnis der Kommunalwahlen, als Zusammenfassung der Ergebnisse der Stadtratswahlen der 12 kreisfreien Städte und der Kreistagswahlen der 24 Landkreise verstanden, nahmen die Stimmenanteile der beiden großen Parteien weiter zu. CDU und SPD erhielten mit 87% ihren bisher höchsten Anteil am Gesamtstimmenvolumen bei Kommunalwahlen (1969/72: 85%). Die CDU ist mit 51,6% der Stimmen nicht nur die stärkste Partei geblieben, sie konnte sich vielmehr um 7,7 Prozentpunkte verbessern, während der Anteil der SPD mit 35,5% der Stimmen um 5,7 Punkte abnahm. Damit hat sich der Abstand des Stimmenanteils der beiden stärksten Parteien von 2,7 auf 16,1 Prozentpunkte vergrößert. Bei den Kommunalwahlen 1964 hatte die SPD nur um weniger als einen Punkt hinter der CDU gelegen. Die FDP konnte sich geringfügig von 8% auf 8,7% verbessern. Deutliche Absagen erteilten die Wähler dagegen der NPD mit 0,7% (1969/72: 2%) und der DKP mit 0,5% (1969/72: 0,3%). Einem Stimmenzuwachs der CDU von fast 287 000 steht bei der SPD ein Verlust von rund 800 Stimmen gegenüber, für die FDP entschieden

sich 38 700 Wähler mehr. Das Stimmenpotential der Wählergruppen nahm dagegen um mehr als 17 000 ab.

Absolute Stimmenmehrheit der CDU in 15 Landkreisen und 3 kreisfreien Städten

In den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten ergibt sich folgende Stimmenverteilung: Die CDU errang in 15 Landkreisen und 3 kreisfreien Städten die absolute Mehrheit der Stimmen und erreichte in weiteren 5 Landkreisen und 5 kreisfreien Städten Stimmenanteile zwischen 40 und 50%. Ihre höchsten Stimmenanteile erzielte die CDU in den Landkreisen Daun (76,7%), Cochem-Zell (73,3%), Bitburg-Prüm (72,3%) und Ahrweiler (72,1%). Die geringste Resonanz fand die CDU in den Landkreisen Kusel (31,9%), Alzey-Worms (34,7%), im Donnersbergkreis (36%), im Landkreis Birkenfeld (38,5%) sowie in der kreisfreien Stadt Worms (38,5%). Die SPD hat nur in 4 Landkreisen (Kusel, Donnersbergkreis, Alzey-Worms, Birkenfeld) und 5 kreisfreien Städten (Ludwigshafen a. Rh., Pirmasens, Worms, Frankenthal (Pfalz) und Zweibrücken) mehr Stimmen als die CDU erhalten; sie konnte nur noch in Ludwigshafen a. Rh. die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen. Stimmenmehrheiten verlor die SPD zugunsten der CDU in den kreisfreien Städten Speyer, Kaiserslautern und Mainz sowie in den Landkreisen Ludwigshafen, Kaiserslautern, Mainz-Bingen, Bad Dürkheim, Rhein-Lahn-Kreis und Bad Kreuznach. Ihre höchsten Stimmenanteile erreichte die SPD in der kreisfreien Stadt Ludwigshafen (53,2%), im Landkreis Kusel (48,0%), im Donnersbergkreis (45,8%), im Rhein-Lahn-Kreis (42,5%) sowie im Landkreis Alzey-Worms (42,3%); am schwächsten schnitt sie in den Landkreisen Daun (17,8%), Cochem-Zell (18,6%), Bitburg-Prüm (19,8%) und Ahrweiler (20,5%) ab. Die FDP erzielte ihre besten Ergebnisse im Rhein-Hunsrück-Kreis (17,2%), im Donnersbergkreis (13,5%) und im Landkreis Birkenfeld (13,2%).

Hohe Stimmengewinne der CDU - Verluste der SPD

Während die CDU in allen kreisfreien Städten und Landkreisen des Landes Stimmengewinne erzielte, mußte die SPD überall Einbußen verzeichnen. Die höchsten Zugewinne registrierte die CDU in den kreisfreien Städten Neustadt a. d. Weinstr. (+ 17,3 Prozentpunkte), Kaiserslautern (+ 14,7), Trier (+ 14,1) und Frankenthal (+ 12,8) sowie im Donnersbergkreis (+ 14,4), in den Landkreisen Birkenfeld (+ 13,8), Bitburg-Prüm (+ 12,6), Bad Dürkheim (+ 12,3) und Trier-Saarburg (+ 10,7). Die SPD mußte ihre deutlichsten Einbußen in den kreisfreien Städten Koblenz (— 9,8 Prozentpunkte), Kaiserslautern (— 9,7), Speyer (— 8,7) und Neustadt a. d. Weinstr. (— 8,1) sowie in den Landkreisen Ludwigshafen (— 9,8), Kaiserslautern (— 8,7) und Mainz-Bingen (— 8,1) hinnehmen.

Mehr als ein Drittel aller Gemeinderatsmandate im Wege der Mehrheitswahl vergeben

Bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen der 2 371 Gemeinden wurden insgesamt 24 486 Mandate

Berichtsmerkmal	1969/72				17. März 1974			
	insgesamt		Kreisfreie Städte		insgesamt		Kreisfreie Städte	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Stimmenverteilung								
Wahlberechtigte	2 403 265	.	691 374	.	2 629 061	.	736 872	.
Wähler	1 871 867	77,9	491 754	71,1	2 132 897	81,1	556 583	75,5
Ungültige Stimmen	62 356	3,3	9 082	1,8	51 602	2,4	5 921	1,1
Gültige Stimmen	1 809 511	96,7	482 672	98,2	2 081 295	97,6	550 662	98,9
CDU	496 394	27,4	179 738	37,2	752 361	36,1	254 842	46,3
SPD	547 597	30,3	227 368	47,1	598 791	28,8	222 969	40,5
FDP	70 906	3,9	28 624	5,9	100 065	4,8	39 059	7,1
NPD	9 076	0,5	8 279	1,7	3 492	0,2	3 087	0,6
DKP	6 670	0,4	6 119	1,3	12 140	0,6	9 420	1,7
Wählergruppen	442 313	24,4	31 616	6,6	364 564	17,5	21 285	3,9
Mehrheitswahl	235 627	13,0	-	-	249 882	12,0	-	-
Sitzverteilung								
CDU	3 196	12,7	203	38,2	5 113	20,9	281	48,4
SPD	3 123	12,4	256	48,1	3 909	16,0	236	40,7
FDP	264	1,0	24	4,5	427	1,7	35	6,0
NPD	10	0,0	8	1,5	6	0,0	-	-
Wählergruppen	8 765	34,7	41	7,7	6 331	25,9	28	4,8
Mehrheitswahl	9 879	39,1	-	-	8 700	35,5	-	-
Sitze insgesamt	25 237	100,0	532	100,0	24 486	100,0	580	100,0

vergeben. Als Folge territorialer Neugliederung auf Gemeindeebene waren 221 Gemeinderäte weniger zu wählen als im Jahre 1969. Die Zahl der Gemeinderatsmandate verringerte sich damit erneut um 1 775. Die Neugliederungsmaßnahmen hätten sich jedoch weit mehr auf die Zahl der zu wählenden Ratsmitglieder ausgewirkt, hätte nicht die neue Gemeindeordnung in fast allen Gemeindegrößenklassen eine Erhöhung der Mandatszahlen gebracht.

8 700 Sitze, das sind mit 35,5% mehr als ein Drittel aller Gemeinderatsmandate, wurden im Wege der Mehrheitswahl zugeteilt (1969/72: 39,1%). Auf Wählergruppen entfielen 6 331, das sind 25,9% der zu vergebenden Sitze. Von den übrigen 38,6% der Mandate erhielt die CDU 5 113 Sitze (20,9%; 1969/72: 12,7%), die SPD 3 909 Sitze (16%; 1969/72: 12,4%), die FDP 427 Sitze (1,7%; 1969/72: 1%) und die NPD 6 Sitze.

Da die Zahlen der in den einzelnen Gemeindegrößenklassen zu wählenden Ratsmitglieder zueinander in einem anderen Verhältnis stehen als die Einwohnerzahlen, zeigt ein Vergleich von Stimmenanteilen und Sitzverteilung keine proportionalen Zusammenhänge. So erhielt die CDU bei einem Stimmenanteil von 36,1% nur 20,9% der zu vergebenden Sitze zugeteilt. Die SPD erhielt 28,8% der Stimmen und 16% der Sitze. Demgegenüber besetzten die Wählergruppen mit einem Anteil von 17,5% der Stimmen 25,9% der Sitze und die mit einem Stimmenanteil von nur 12% in Mehrheitswahlen gewählten Ratsmitglieder sogar 35,5% aller Gemeinderatssitze. Dieses Mißverhältnis wird verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß beispielsweise in einer Gemeinde, in der 5 Ratsmitglieder zu wählen sind, im Durchschnitt auf ein Ratsmitglied 40 Einwohner, bei 7 zu wählenden Ratsmitgliedern 61 Einwohner entfallen, in Mainz

dagegen auf ein Ratsmitglied über 3 100, in Ludwigshafen über 2 900 Einwohner treffen. Da Gemeinderatswahlen vor allem in kleinen Gemeinden als Mehrheitswahlen durchgeführt werden und auch die Wählergruppen hauptsächlich in kleinen und mittleren Gemeinden vertreten sind, bei den Stadtratswahlen in den größten Gemeinden aber mehr parteipolitische Gesichtspunkte zum Tragen kommen, sind die dargestellten Relationen einleuchtend.

Dies wird auch durch eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Gemeinderatswahlen nach den Einwohner-Größenklassen, d. h. nach der Zahl der zu wählenden Ratsmitglieder deutlich. So wurden in den 1 150 Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern 95% der Gemeinderatssitze im Wege der Mehrheitswahl oder durch Wählergruppen besetzt. Auch in den 581 Gemeinden mit 500 - 1 000 Einwohnern entfallen nur etwa ein Fünftel der Gemeinderatssitze auf Wahlvorschläge von Parteien. In der Größenklasse von 1 000 - 2 500 zogen noch gegen die Hälfte der Ratsmitglieder direkt oder über Wahlvorschläge von Wählergruppen in die Gemeindeparlamente ein. Erst in den Gemeinden mit mehr als 2 500 Einwohnern sinkt der Anteil der Mandatsträger, die nicht über Wahlvorschläge von Parteien gewählt wurden, erheblich; er beträgt in der Größenklasse von 2 500 - 5 000 Einwohnern weniger als ein Fünftel, in Gemeinden von 5 000 - 7 500 Einwohnern etwas mehr als 15%, um dann in den Gemeinden zwischen 7 500 - 10 000 bzw. 10 000 bis 15 000 auf rund 8% und in den Gemeinden über 15 000 Einwohner schließlich auf knapp 6% zu sinken. Gegenüber vorangegangenen Kommunalwahlen ist eine wesentliche Zunahme der Parteimandate in den kleineren und mittleren Gemeinden, in denen die Parteien in zunehmendem Maße eigene Wahlvorschläge einreichen, zu beobachten.

Gemeindegrößenklasse	Zahl der Ratsmitglieder	Gemeinden			Sitze insgesamt	CDU	SPD	FDP	NPD	Wählergruppen	Mehrheitswahl
		insgesamt	mit Verhältniswahl	mit Mehrheitswahl							
Anzahl											
unter 300 Einwohner	5	665	49	616	3 325	26	20	3	-	196	3 080
300 - 500 "	7	485	149	336	3 395	139	133	16	-	755	2 352
500 - 1 000 "	11	581	333	248	6 391	656	643	45	5	2 314	2 728
1 000 - 2 500 "	15	413	377	36	6 194	1 891	1 321	96	-	2 346	540
2 500 - 5 000 "	19	117	117	-	2 223	953	730	109	1	430	-
5 000 - 7 500 "	21	52	52	-	1 092	491	386	49	-	166	-
7 500 - 10 000 "	23	18	18	-	414	229	135	16	-	34	-
10 000 - 15 000 "	27	14	14	-	378	207	112	29	-	30	-
15 000 und mehr "	31 u.mehr	26	26	-	1 074	521	429	64	-	60	-
Insgesamt	-	2 371	1 135	1 236	24 486	5 113	3 909	427	6	6 331	8 700
%											
unter 300 Einwohner	.	100,0	7,4	92,6	100,0	0,8	0,6	0,1	-	5,9	92,6
300 - 500 "	.	100,0	30,7	69,3	100,0	4,1	3,9	0,5	-	22,2	69,3
500 - 1 000 "	.	100,0	57,3	42,7	100,0	10,3	10,1	0,7	0,1	36,2	42,7
1 000 - 2 500 "	.	100,0	91,3	8,7	100,0	30,5	21,3	1,5	-	37,9	8,7
2 500 - 5 000 "	.	100,0	100,0	-	100,0	42,9	32,8	4,9	0,0	19,3	-
5 000 - 7 500 "	.	100,0	100,0	-	100,0	45,0	35,3	4,5	-	15,2	-
7 500 - 10 000 "	.	100,0	100,0	-	100,0	55,3	32,6	3,9	-	8,2	-
10 000 - 15 000 "	.	100,0	100,0	-	100,0	54,8	29,6	7,7	-	7,9	-
15 000 und mehr "	.	100,0	100,0	-	100,0	48,5	39,9	6,0	-	5,6	-
Insgesamt	.	100,0	47,9	52,1	100,0	20,9	16,0	1,7	0,0	25,9	35,5

In 117 von 166 Verbandsgemeinderäten CDU-Mehrheiten

Bei einer Zusammenfassung der Ergebnisse zu den Verbandsgemeinderatswahlen verteilen sich die Stimmen zu 49,9% auf die CDU, zu 31,2% auf die SPD und zu 7,7% auf die FDP; die Wählergruppen erhielten 11,1% der Stimmen. Für die NPD, die nur in 5 Verbandsgemeinden kandidiert hatte, entschieden sich nur 0,1% der Wähler. Der Vergleich mit dem bisherigen politischen Gewicht der einzelnen Gruppen zeigt bei der CDU einen Stimmengewinn von 5,1 Prozentpunkten, während die SPD 3,9 Punkte einbüßte. Die FDP beteiligte sich an 123 Verbandsgemeinderatswahlen (1969/72: 91) und erzielte 7,7% (1969/72: 4,5%). Erhebliche Stimmeneinbußen von 4,5 Prozentpunkten mußten die Wählergruppen hinnehmen; sie erhielten 11,1% der Stimmen.

In den 166 Verbandsgemeinderäten waren insgesamt 4 548 (1969/72: 3 814) Sitze zu vergeben. Aufgrund der Bestimmungen der neuen Gemeindeordnung erhöhte sich die Zahl der Sitze um 734, obwohl die Verbandsgemeinde Ringen mit Wirkung vom 16. 3. 1974 aufgelöst wurde¹⁾. Die CDU erlangte 2 322 Sitze, das entspricht einem Anteil von 51,1%. Auf die SPD entfielen 1 443 oder 31,7% der Sitze, auf die FDP 295 oder 6,5%. Die Wählergruppen stellen 488 oder 10,7% (1969/72: 15,3%) der Ratsmitglieder, das sind 95 weniger als bisher.

Die CDU verfügt in 84 der insgesamt 166 Verbandsgemeinden über die absolute Mehrheit der

Sitze. Absolute SPD-Mehrheiten finden wir in 9 Verbandsgemeinden. In 6 Verbandsgemeinden erhielten CDU und SPD die gleiche Zahl von Sitzen zugeteilt. Einfache Mehrheiten hat die CDU und die SPD jeweils in 33 Verbandsgemeinden. Den Wählergruppen gelang es nur in einer Verbandsgemeindevertretung die einfache Mehrheit der Sitze zu erreichen.

In 19 von 24 Kreistagen CDU-Mehrheiten

Im Rahmen der Wahlen zu den Kreistagen waren in 24 Landkreisen insgesamt 1 004 Mandate zu vergeben. Obwohl der Oberwesterwaldkreis und der Unterwesterwaldkreis aufgelöst und aus beiden Kreisen der Landkreis Westerwald neu gebildet wurde²⁾, erhöhte sich aufgrund der neuen Kreis-

Wahlen zu den Verbandsgemeinderäten 1969/72 und 1974

Berichtsmerkmal	1969/72 ¹⁾		17. März 1974	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Stimmenverteilung				
Wahlberechtigte	1 461 622	.	1 504 319	.
Wähler	1 107 356	75,8	1 266 049	84,2
Ungültige Stimmen	32 132	2,9	36 771	2,9
Gültige Stimmen	1 075 224	97,1	1 229 278	97,1
CDU	481 724	44,8	613 376	49,9
SPD	376 910	35,1	383 337	31,2
FDP	48 165	4,5	94 711	7,7
NPD	843	0,1	1 016	0,1
Wählergruppen	167 582	15,6	136 838	11,1
Sitzverteilung				
CDU	1 765	46,3	2 322	51,1
SPD	1 338	35,1	1 443	31,7
FDP	128	3,4	295	6,5
Wählergruppen	583	15,3	488	10,7
Sitze insgesamt	3 814	100,0	4 548	100,0

1) Ohne Verbandsgemeinde Ringen.

1) 16. Landesgesetz über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz vom 19. 12. 1973 (GVBl. S. 541).

2) 15. Landesgesetz über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz vom 8. 10. 1973 (GVBl. S. 285).

Berichtsmerkmal	1969/72		17. März 1974	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Stimmenverteilung				
Wahlberechtigte	1 749 911	.	1 897 109	.
Wähler	1 368 495	78,2	1 578 394	83,2
Ungültige Stimmen	50 085	3,7	40 618	2,6
Gültige Stimmen	1 318 410	96,3	1 537 776	97,4
CDU	610 522	46,3	822 441	53,5
SPD	514 495	39,0	518 083	33,7
FDP	115 352	8,7	143 580	9,3
NPD	28 501	2,2	10 699	0,7
DKP	-	-	2 017	0,1
Wählergruppen	47 685	3,6	40 956	2,7
Sitzverteilung				
CDU	457	48,8	555	55,3
SPD	373	39,8	346	34,5
FDP	66	7,0	90	9,0
NPD	18	1,9	-	-
Wählergruppen	23	2,5	13	1,3
Sitze insgesamt	937	100,0	1 004	100,0

ordnung die Zahl der zu vergebenden Mandate von 937 auf 1 004. Hiervon entfielen auf die CDU 555, auf die SPD 346, auf die FDP 90 und auf Wählergruppen 13 Sitze. Die CDU konnte sich um 98 Sitze nochmals erheblich verbessern und hat nunmehr 55,3% aller Mandate inne. Die SPD verlor 27 Sitze und stellt 34,5% der Kreistagsmitglieder. Die Vertreter der FDP in den Kreistagen nahmen um 24 zu, die Wählergruppen büßten 10 Mandate ein. Die NPD entsendet in keinen Kreistag mehr Vertreter.

CDU, SPD und FDP sind in allen 24 Kreistagen vertreten. Die Wählergruppen konnten in 5 Kreisparlamente Vertreter entsenden, dagegen in 7 Kreisen die 5%-Hürde nicht nehmen. NPD und DKP gelang es nicht, Vertreter in eine Kreisvertretung zu schicken. Die NPD scheiterte in 7 Landkreisen und die DKP in zwei Landkreisen an der 5%-Klausel. Nach den Wahlen am 17. März besitzt die CDU nunmehr in 16 Landkreisen die absolute und in 3 die einfache Mehrheit der Sitze. Die SPD verfügt in einem Landkreis über die absolute, in 3 Landkreisen über die einfache Mehrheit. Im Kreistag des Landkreises Bad Kreuznach verfügen CDU und SPD über die gleiche Zahl von Mandaten. In 5 Kreistagen, nämlich im Rhein-Lahn-Kreis, Bad Dürkheim, Kaiserslautern, Ludwigshafen und Mainz-Bingen wechselten die Mehrheitsverhältnisse von der SPD zur CDU. Die CDU verfügt über die Mehrheit der Mandate in den Landkreisen des Regierungsbezirks Koblenz, außer in den Kreisen Birkenfeld und Bad Kreuznach, in allen Landkreisen des Regierungsbezirks Trier sowie in den Kreisen des Regierungsbezirks Rheinhessen-Pfalz mit Ausnahme des Kreises Alzey-Worms, des Donnersbergkreises und des Landkreises Kusel. Bisher hatte es in 15 Kreisen CDU-Mehrheiten, davon in 12 Kreistagen absolute, gegeben. Die SPD hatte in zehn Kreisen die Mehrheit der Sitze, davon in dreien die absolute Mehrheit inne.

CDU erringt absolute Mehrheit der Sitze im Bezirkstag

An den Wahlen zum Bezirkstag des Bezirksverbands Pfalz beteiligten sich CDU, SPD, FDP und NPD. Die CDU verzeichnete einen Stimmenzuwachs von 11,3 Prozentpunkten und ging mit 48,4% der Stimmen erstmals als stärkste Partei aus den Bezirkstagswahlen hervor. Der SPD-Anteil fiel demgegenüber um 4,8 Punkte von 45,4 auf 40,6%. Die FDP konnte sich von 7,3 auf 8,5% verbessern. Auf 2,4% fiel die NPD, die 1969 noch 8,5% der Stimmen auf sich vereinigen konnte, zurück.

Sind auch die Ergebnisse von Kommunalwahlen grundsätzlich nicht für einen Vergleich mit Bundestags- und Landtagswahlen geeignet, so erscheint es dennoch informativ und vertretbar, das Resultat der Bezirkstagswahl in dem mit rund 945 000 Wahlberechtigten größten Wahlbezirk bei Kommunalwahlen den Ergebnissen der letzten Bundes- und Landtagswahl gegenüberzustellen. Hierbei zeigt sich, daß die Stimmenanteile der CDU bei den Bezirkstagswahlen 1974 um 2,5 bzw. 6,7 Prozentpunkte höher lagen als bei der Landtagswahl 1971 und

Wahl zum Bezirkstag des Bezirksverbandes Pfalz 1969 und 1974

Berichtsmerkmal	8. Juni 1969		17. März 1974	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Stimmenverteilung				
Wahlberechtigte	859 150	.	944 941	.
Wähler	669 932	78,0	767 060	81,2
Ungültige Stimmen	24 293	3,6	18 607	2,4
Gültige Stimmen	645 639	96,4	748 453	97,6
CDU	239 449	37,1	362 593	48,4
SPD	292 971	45,4	303 727	40,6
FDP	47 403	7,3	63 931	8,5
NPD	54 674	8,5	18 202	2,4
Wählergruppen	11 142	1,7	-	-
Sitzverteilung				
CDU	11	37,9	15	51,7
SPD	14	48,3	12	41,4
FDP	2	6,9	2	6,9
NPD	2	6,9	-	-
Sitze insgesamt	29	100,0	29	100,0

der Bundestagswahl 1972. Demgegenüber verringerten sich die Anteile der SPD gegenüber den letzten Landtagswahlen um 2,9 und sogar 8,3 Prozentpunkte gegenüber der letzten Bundestagswahl. Die FDP schnitt 2,8 Punkte besser als bei der Landtagswahl und 0,7 Punkte besser als bei der Bundestagswahl ab.

Bei der Wahl zum Bezirkstag des Bezirksverbandes Pfalz waren 29 Sitze zu vergeben. Die CDU erzielte erstmals ein besseres Ergebnis als die SPD, gewann 4 Mandate hinzu und stellt nunmehr mit 15 sogar die absolute Mehrheit der Bezirkstagsmitglieder. Die SPD verlor dagegen 2 Mandate und damit ihre traditionelle Mehrheit in diesem Vertretungsorgan; sie hat nunmehr 12 Sitze inne. Die FDP entsendet wie bisher 2 Vertreter in den Bezirkstag. 1969 hatte die NPD noch 2 Mandate errungen.

Dr. M. Unglaub

Das Projekt Landesinformationssystem Rheinland-Pfalz

Teil III: Auswertungsphase: Eine programmatische Übersicht

Während die beiden abgeschlossenen Aufbauphasen des Landesinformationssystems (LIS) vorwiegend der technischen Lösung eines leistungsfähigen Datenbanksystems, der Übernahme eines möglichst bedarfsgerechten Grunddatenmaterials und nur am Rande ersten Auswertungsmöglichkeiten gewidmet waren, konzentrieren sich die Arbeiten der 3. Phase des LIS auf die Entwicklung von Auswertungsprogrammen. Denn das Charakteristische eines Informationssystems besteht gerade darin, aus sog. Urdaten neue Informationen zu gewinnen, die auf die spezifischen Fachprobleme der Benutzer genau zugeschnitten sind. Es geht also in dieser Phase nicht darum, noch mehr oder schneller Daten zu produzieren und weiterzuvermitteln, sondern die Fähigkeit der elektronischen Datenverarbeitung zu nutzen, mühselige und zeitaufwendige Rechen- und Auswertungsoperationen durchzuführen.

Welche Auswertungsprogramme für welche Aufgaben im einzelnen bereitzustellen sind, bestimmen die Benutzer des LIS, deren Interessen vom Beirat „Landesinformationssystem“ wahrgenommen werden. Die auf diesem Wege entstehenden Wünsche, angefangen von thematischen Gemeindegrenzkarten bis hin zur regionalen Bevölkerungsprognose, werden schrittweise in Zusammenarbeit zwischen Auftraggebern und Projektgruppe LIS realisiert. Die nachfolgende Übersicht über die geplanten Vorhaben in Phase 3 versteht sich allerdings nicht als eine Aufzählung von konkreten Anforderungen, weil eine Vielzahl der erforderlichen Programme mehrfach verwendbar sind. Es handelt sich vielmehr um den Versuch einer systematischen Beschreibung künftiger Auswertungsmöglichkeiten: Räumliche, darstellerische, rechnerische bzw. mathematisch-statistische und höherwertige Auswertungen. Obwohl eine Trennung nach diesen Abschnitten nicht immer möglich ist (z. B. kann die räumliche Auswertung mit einer bestimmten Darstellungsform oder Rechenverfahren verbunden werden etc.), scheint sie dennoch zweckmäßig, weil sich dadurch die angesprochene Thematik besser verdeutlichen läßt.

Räumliche Auswertungsmöglichkeiten

Das LIS basiert auf einer statistischen Datenbank für regionale Strukturanalysen, die auch im Zuge des Ausbaus oder Verbunds mit weiteren Fachdatenbanken Grundbestandteil eines umfassenden Datenbanksystems bleiben soll. Der überwiegende Teil der darin gespeicherten Merkmale liegt gemeindeweise vor und kann daher für sämtliche übergeordneten Verwaltungsebenen dargeboten werden, wobei für bestimmte Eckdaten auch Bundes- und Ländervergleichszahlen vorhanden sind. Daneben gewinnen in verstärktem Maße Daten auf Kreisebene an Bedeutung, die entweder nur kreisweise erhoben werden oder deren Aufbereitung auf

Gemeindeebene nicht lohnend erscheint, z. B.: Bruttoinlandsprodukt, Berufsschulen, Fortschreibung der Wohnbevölkerung nach Altersjahrgang und Geschlecht usw. Aus beiden räumlichen Bezugsebenen lassen sich mit Hilfe der verfügbaren Rechenprogramme beliebige übergeordnete Räume zusammensetzen, etwa fiktive Wahlkreise, landwirtschaftliche Problemgebiete usw., auf die sich die gewünschten Daten beziehen lassen.

Funktionale Raumeinheiten dagegen, die für spezielle Aufgabengebiete der öffentlichen Körperschaften geschaffen wurden, sollen schon per Programm greifbar gehalten werden, ohne den Umweg einer Aufrechnung über darunterliegende Verwaltungseinheiten einschlagen zu müssen. Das betrifft die bereits einbezogenen landesplanerischen Gebiete ebenso wie Arbeitsamts-, Katasteramts-, Gesundheitsamts- und Fremdenverkehrsbezirke, um nur einige der wichtigsten Gebietskategorien zu nennen.

Damit sind keineswegs die Ansprüche der raumbezogenen Planung und Forschung befriedigt. Zählungsergebnisse, die nur als Summe für das gesamte Gemeindegebiet aufbereitet sind, verlieren immer mehr an Aussagekraft. Folgende Hauptgründe sind dafür verantwortlich:

- (1) Änderungen des Gebietsstandes durch die Verwaltungsreform, verbunden mit einer Vergrößerung des kleinsten Bausteins der Regionalstatistik, verursachen nicht nur einen Informationsverlust über die ehemals selbständigen Gemeinden, sondern erschweren auch einen zeitlichen Vergleich von Angaben aus aufeinanderfolgenden Erhebungen.
- (2) Die strukturelle Zusammensetzung von größeren Gemeinden und Städten ist für bestimmte Fragestellungen von entscheidender Bedeutung. Beispiel: Der Ausländeranteil der Stadt Ludwigshafen a. Rhein im Jahre 1972 beziffert sich auf 8,6% der Bevölkerung. Das soziale Problem der Ausländerzuwanderung wird erst daran in vollem Umfang deutlich, daß gerade in Stadtteilen mit schlechter Bausubstanz der Ausländeranteil bei 30%, im Kindergartenalter bei über 40% der Bevölkerung liegt.

Um diese Lücken zu schließen, soll gemeinsam mit den zuständigen Landesbehörden und kommunalen Spitzenverbänden ein geeignetes Ordnungssystem für kleinräumige Auswertungen erarbeitet werden. Nach den bisherigen Erfahrungen und Kontakten scheint ein adressenbezogenes Gliederungssystem, das auf dem Block bzw. der Blockseite als kleinste Einheit aufbaut, bevorzugt zu werden. Denkbare Alternativen, wie z. B. Planquadrate nach dem sog. Gauss-Krüger-Koordinatensystem, werden im Hinblick auf längere und aufwendigere Vorbereitungsarbeiten noch nicht für praktikabel gehalten. Wenn

auch für die Fachbereiche der kommunalen Planung immer wieder block-/blockseitenbezogene Angaben gebraucht werden, genügen der amtlichen Regionalstatistik Daten für Gemeindeteile. Eine tiefere Untergliederung liegt daher ganz im Ermessen der einzelnen Gemeinden. Die Gliederung sollte jedoch in beiderseitigem Interesse so aufeinander abgestimmt werden, daß die in der Regionalstatistik auszuweisenden Gemeindeteile in hierarchischer Reihenfolge über das Blockelement erreicht werden können.

Die bisher größte Untergliederung, die bei den Städten von Rheinland-Pfalz der Stadtteil darstellt, kann durch 2 zusätzliche Stellen zum Gemeindeschlüssel identifiziert werden. Eine dritte Stelle, wie sie in der GWA 1975 für Gemeindeteile vorgesehen ist, bliebe für eine weitere Untergliederung der einzelnen Stadtteile in maximal 9 Teile frei. Eine feinere Gliederung scheint nach dem derzeitigen Stand der Diskussionen über eine Reform der Regionalstatistik nicht erforderlich. Sollte sich dieses angestrebte kleinräumige Gliederungssystem zunächst auf die kreisfreien Städte von Rheinland-Pfalz beschränken, so könnte der bisher 3-stellige Schlüssel um weitere 3 Stellen ausgebaut und damit dem üblichen Gemeindeschlüssel angepaßt werden.

Darstellerische Auswertungsmöglichkeiten

Mit zunehmendem Informationsangebot wächst die Notwendigkeit, die Fülle an Daten durch darstellerische Mittel überschaubar zu halten, zu ordnen oder auch bildhaft zu verdeutlichen. Die listenmäßige Ausgabe von Zahlenmaterial eignet sich besonders für knappe und gezielte Anfragen, die eine möglichst rasche Antwort erfordern (Einzel- und Sammelabruf). Größere Aufträge dagegen werden am zweckmäßigsten tabellarisch zusammengestellt. Dafür steht ein Tabellenprogramm zur Verfügung, mit dem frei wählbare Übersichtstabellen ausgedruckt werden können. Regelmäßig wiederkehrende fachspezifische Wünsche sollen durch ein Standardtabellenprogramm aufgefangen werden, das den Rahmen für diejenigen Datenkomplexe bildet, die entweder

Beispiel 1: Kreuztabelle
Kreisfreie Stadt Kaiserslautern

Investitionen, Beschäftigte und Umsatz im Bauhauptgewerbe
1970 und 1971

Bauhauptgewerbe				
Investitionen Beschäftigte Umsatz	Hoch- und Tiefbau	Spezial- bau	Stukka- teur- gewerbe, Gipserei und Ver- putzerei	Zimme- rei und Dach- deckerei
Anlageinvestitionen 1970 (1 000 DM)	9 350	53	26	253
Beschäftigte 1970	2 625	85	221	353
Umsatz 1970 (1 000 DM)	86 143	3 666	4 813	11 629
Anlageinvestitionen 1971 (1 000 DM)	5 769	51	100	422
Beschäftigte 1971	2 699	79	200	303
Umsatz 1971 (1 000 DM)	124 869	3 943	5 573	12 260

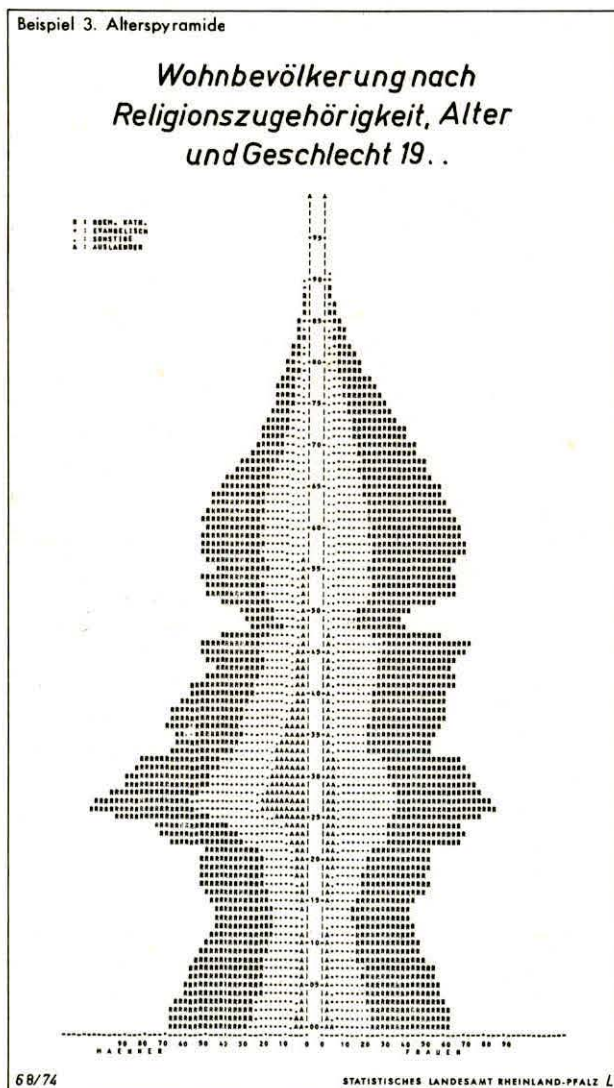


- unaufgefordert an interessierte Benutzer geliefert werden, sobald neue Angaben vorliegen oder
- auf Abruf bereitstehen.

Diese Tabellenform, deren Vorspalte nur den Gebietseinheiten vorbehalten ist, soll um eine Variante bereichert werden: Bei der Kreuztabelle form können klassifizierte Merkmale in Kopfzeilen und -spalten einander gegenübergestellt werden, womit die auf einer Merkmalskala verteilten Werte nach einer weiteren Merkmalskala aufgegliedert werden.

Hiermit kann leicht festgestellt werden, ob und auf welche Weise zwei/mehrere Merkmale voneinander abhängen. Vermutete sachlogische Zusammenhänge (Korrelationen) lassen sich mit diesem Anordnungsschema erstmals veranschaulichen. Darüberhinaus kann die Kreuztabelle als Input-Output-Tabelle für die Daten benutzt werden, die über Empfangs- und Lieferungsbeziehungen miteinander verknüpft sind, z. B. Wanderungs- bzw. Pendlerverflechtung der Gebietsteile des Landes usw. Außerdem entspricht sie der sog. Kontingenztafel des χ^2 -Tests, ein Hypothesenprüfverfahren, dessen praktische Anwendung mit dieser Darstellungsform erleichtert wird. Schließlich ermöglicht sie eine analytische Betrachtung von Verlaufsstatistiken, indem die Daten von jeweils zwei Erhebungen in einer Längsschnittuntersuchung miteinander verglichen werden. Die Merkmale der Erhebung im Zeitpunkt t werden in den Kopfzeilen, die Merkmale der Erhebung t+n in den Kopfspalten aufgetragen, so daß mittels dieser Technik beispielsweise die strukturellen Veränderungen zwischen Großzählungen näherungsweise skizziert werden können.

Beispiel 3. Alterspyramide



Im Mittelpunkt statistischer Auswertungen stehen häufig Untersuchungen über die Häufigkeitsverteilung eines Merkmals nach räumlichen, sachlichen und zeitlichen Gesichtspunkten. Aufschluß darüber gibt u. a. das sog. Histogramm, mit dem die unterschiedlichen Merkmalsausprägungen säulenartig aufgezeichnet werden. Zur näheren Erläuterung dieser diskreten Verteilung finden sich Angaben über die Zahl der beobachteten Fälle, den Wertebereich, den kleinsten und größten Wert, das arithmetische Mittel, die Standardabweichung, den Variationskoeffizienten und u. U. die Schiefe der Verteilung.

Von einer ähnlichen optischen Wirkung sind die sog. Alterspyramiden, womit die Altersstruktur einer Bevölkerung/Bevölkerungsgruppe typisiert werden kann. Aus nachstehendem Beispiel geht hervor, daß Alterspyramiden je nach Merkmalskombination in sich weiter differenziert werden können: nach Geschlecht, Berufstätigkeit, Familienstand, Staatsangehörigkeit usw.

Der Bedarf an Kartogrammen, die mit den Kreisgrenzen- und Mittelbereichsgrenzenkarten von Rheinland-Pfalz begonnen wurden, richtet sich in

erster Linie auf Verbandsgemeindengrenzen- und Gemeindegrenzenkarten. Mit Blick auf die vorhandenen Kartenversionen soll eine detailliertere Beurteilung der geographischen Verteilung dadurch erreicht werden, daß die Verbandsgemeindengrenzenkarte für jeden der drei Regierungsbezirke, die Gemeindegrenzenkarte für jeden der übergeordneten Kreise erstellt wird. Den landesplanerischen Erfordernissen entsprechend können thematische Karten auf weitere Raumeinheiten, etwa Regionen, übertragen werden.

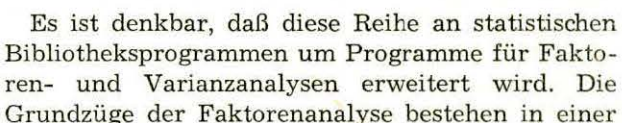
Das Darstellungsprogramm soll durch einfache Kurvenabbildungen vervollständigt werden, die über den Schnelldrucker wiedergegeben werden können. Dazu gehören einfache Regressionsgeraden, die durch eine Punktwolke der zugrunde gelegten Daten beschrieben werden. Die exakte Lage der Geraden ergibt sich aus den Angaben zu den beiden Regressionskoeffizienten, die gemeinsam mit Korrelationskoeffizient und anderen relevanten Maßen als Legende erscheinen. Ein Sonderfall der Regressionsgeraden ist die Trendgerade, weil hier statt eines Merkmals die Zeit als unabhängige Variable fungiert. Sie gibt die Grundrichtung für die zeitliche Entwicklung eines Beobachtungsgegenstandes zu erkennen. Man benutzt sie deshalb nicht nur für eine Glättung von Zeitreihen, wobei saisonale oder konjunkturelle Schwankungen eliminiert werden, sondern auch als Prognoseverfahren ohne erklärendes Modell (Trendextrapolation).

Ein anderes Kurviendiagramm, mit dem sich Ungleichgewichte in der Verteilung demonstrieren lassen, ist die Lorenzkurve. Aus der Einbuchtung der Kurvenpunkte gegenüber einer vorgegebenen 45° Linie kann sofort auf den Grad der Abweichung gegenüber einer gleichmäßigen Verteilung geschlossen und durch einen Koeffizienten quantifiziert werden. Prägnantes Beispiel dafür sind die Bevölkerungsagglomerationen, die durch verschiedene Dichteziffern gemessen werden können (Bevölkerungsdichte, Wohndichte etc.), deren Ausmaß hier jedoch reines Zufallsprodukt sind.

Rechnerische und mathematisch-statistische Auswertungsmöglichkeiten

Nach dem derzeitigen Entwicklungsstand können die gespeicherten Daten über die 4 Grundrechenarten mittels einfacher algebraischer Rechenregeln verknüpft werden (Berechnung von Prozentwerten, Durchschnittsangaben, Veränderungsraten, Saldierungen, Quotienten usw.). Um den steigenden Anforderungen komplizierterer Auswertungen gewachsen zu sein, soll das rechnerische Instrumentarium um folgende Rechenarten erweitert werden: Radizieren, Potenzieren, Logarithmieren und Exponentialwertberechnungen. Auf Differenzieren, Integrieren und sonstige Rechenarten wird verzichtet, weil sie stetige Verteilungen voraussetzen, die bei Zählungsergebnissen nicht vorkommen können. Mit diesen Rechenoperationen können nicht nur LIS-fremde Daten ausgewertet, sondern auch einige mathematisch-statistische Methoden über mehrere

Ein Programm für arithmetische-, geometrische- und Trendextrapolationen kann in Verbindung mit dem entsprechenden Darstellungsprogramm für Zeitreihenanalysen und einfache Prognosen genutzt werden.



Auswahl von möglichst vielen Kennziffern, die in einem bestimmten Zusammenhang mit einem noch zu messenden Begriff, z. B. dem Entwicklungspotential eines Raumes, stehen. Die Kennziffern werden miteinander korreliert, wobei es Hauptaufgabe der Faktorenanalyse ist, diese Variablen auf wenige dominante Faktoren zu reduzieren, die zu einem gemeinsamen Index zusammengefaßt werden können.

Die Varianzanalyse ist ein Entscheidungskriterium darüber, inwieweit statistische Durchschnittsangaben signifikant sind, d. h. die Gesamtstreuung der einzelnen Beobachtungsgrößen noch innerhalb eines bestimmten Sicherheitskorridors liegt. Beispiel: Untersuchung von Nivellierungs- und Differenzierungstendenzen in den Durchschnittsverdiensten der Arbeitnehmer.

Auswertungen für Analysen, Prognosen und Planungen

Die oben besprochenen Verarbeitungsprogramme überlassen es generell dem Konsumenten, für welche Zwecke er die gebotenen Auswertungsmöglichkeiten beanspruchen will. Analyse-, Prognose- und Planprogramme hingegen sind auf spezifische Fachprobleme ausgerichtet und daher auch an ganz bestimmte Eingabedaten gebunden. Hilfsmittel für ihre Ausgestaltung sind mathematisch-statistische Methoden, die entweder unmittelbar oder mittelbar - als modifizierte Programme oder Programmbündel - dem Repertoire an statistischen Bibliotheksprogrammen entnommen werden können.

Analyseprogramme dienen der Beschreibung und Erklärung eines Ist-Zustandes. Das bedeutet, daß bereits einfache statistische Kennzahlen, die standardmäßig für ein bestimmtes Untersuchungsobjekt benötigt werden, zu einem solchen Programm zusammengefaßt werden können. Beispiel: Indikatoren, die das Freizeitpotential eines Raumes messen (Anteil der Waldfläche an Gesamtfläche, . . .) oder branchen- und regionaltypische Konjunkturindikatoren, die in einem Kennzifferntableau ein Gesamtbild der Konjunkturlage zeichnen.

Als ersten Ansatzpunkt, der Katalysator für weitere Aufträge an das LIS sein soll, wird ein Programm für die sog. Shift-Analyse entwickelt, die eine Orientierungshilfe landesplanerischer und regionalpolitischer Aktivitäten sein soll und in der Zwischenzeit verschiedene Formen der Verfeinerung erfahren hat (Ansatz von E. Dunn, Bergschnitt, Baumgart, Gerfin, Prognos AG). Im Mittelpunkt der Betrachtung steht das Wirtschaftswachstum der Teilgebiete einer Volkswirtschaft, das sich auf differenzierte Weise vollzieht und damit die politischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse unterschiedlich beeinflußt. Diese Methode beantwortet nicht nur die Frage des regionalen Wachstumsgefälles, sondern isoliert näherungsweise auch dessen Verursachungsfaktoren:

- (1) Regionale Standortverhältnisse, die sich in branchenspezifischer Standortgunst oder -ungunst niederschlagen (Regionaleffekt).

- (2) Ungleichmäßige räumliche Verteilung schnell wachsender Wirtschaftszweige (Struktureffekt).

Eine Quantifizierung dieser Größen erfolgt anhand der Bruttoinlandsprodukt- oder auch Industriebeschäftigtenentwicklung sowie den entsprechenden Beiträgen der Wirtschaftsbereiche der Partialräume im Vergleich zu einem übergeordneten Raum. Auf nähere methodische Erläuterungen kann hier nicht eingegangen werden. Der Nutzen dieser Analyse liegt einmal darin begründet, das entscheidende Ziel der Regionalpolitik - Angleichung der Lebensverhältnisse - ständig überwachen zu können, zum anderen geeignete Mittel für eine Verbesserung des Soll-Ist-Verhältnisses ergreifen zu können.

Die weiteren Bemühungen zielen auf automatisierbare Prognosen. Ohne eine breite Informationsbasis und den Einsatz moderner Prognoseverfahren kann den verantwortlichen Instanzen das benötigte aktuelle Zahlenmaterial nicht in ausreichendem Maße geliefert werden, ein Tatbestand, der zu einer Inanspruchnahme der Datenbank-Technik geradezu herausfordert. Hierbei nimmt der Bedarf an einer regionalisierbaren Bevölkerungsprognose eine Schlüsselposition ein, da sie von fast allen Fachbereichen gleichermaßen benötigt wird. Teilt man die Bevölkerungsprognose nach Altersgruppen auf, so erhält man: Bevölkerung unter 3 Jahren, Bevölkerung im Kindergartenalter, Bevölkerung im schulpflichtigen Alter, Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, Bevölkerung über der beruflichen Altersgrenze. Daraus können direkt weitere Prognosen/Planungen abgeleitet werden: Planung von Kinderhorten, Kinderkrippen, Prognose der Kindergartenbevölkerung, Schülerprognose und Lehrerbedarfsprognose, Erwerbspersonenprognose, Planung von Altersheimen. Indirekte Verbindungen bestehen zur Prognose des Bruttoinlandsprodukts, zu Arbeitsmarktprognosen, Investitionsprognosen, Energiebedarfsprognosen, Prognosen der privaten Haushalte etc. Grundlage einer regionalisierten Bevölkerungsprognose soll die koordinierte Bevölkerungsprognose des Statistischen Bundesamtes sein, deren Annahmen den regionalen Besonderheiten entsprechend modifiziert werden müssen. Das Modell besteht aus 2 Abschnitten:

- 1) Einer Vorausschätzung der Geburten und Sterbefälle
- 2) Einer Vorausschätzung der Fort- und Zuzüge.

Eine Zusammenführung beider Teile zu einem einheitlichen Modell erfolgt durch folgende Rechenmethode: Eine Basisbevölkerung zum 1. 1. eines Jahres - nach Altersjahrgängen und Geschlecht gegliedert - wird um die zu errechnenden Geburten und Zuwanderungen dieses Jahres vermehrt und um die Sterbefälle und Abwanderungen des gleichen Jahres vermindert. Danach werden die einzelnen Geburtsjahrgänge in das nächst höhere Jahr übernommen und erneut um die rechnerisch ermittelten Geborenen, Gestorbenen, Zu- und Fortgezogenen dieses Jahres korrigiert. Dieser Prozeß wiederholt sich solange, bis das Ende des Prognosezeitraumes erreicht ist.

Nach Analyse- und Prognoseprogrammen sind Planungsprogramme das „missing link“ zur Verwirklichung der politischen Leitziele.

Problem- bereich	Entscheidungskriterien			
	Zustand	Entwicklungs- aussichten	Maßnahmen	Ziel
	Was liegt vor? Analyseprogramm	Was wird sein? Prognoseprogramm	Was ist zu tun? Planprogramm	Was wollen wir?
Wirtschaft Finanzen ↓	→	→	→	

Planprogramme sind eine logische Folge von Prognosen und sollten deshalb auf dem zunächst beginnenden Prognoseprogramm, der regionalen Bevölkerungsprognose, aufbauen. Hier könnte, wie schon angedeutet, regionale Kindergartenplanung, Schulplanung, Planung von Heimen der Altenhilfe, aber auch auf Grund der besonderen Aktualität Berufsförderungsplanung ansetzen. Zweck dieser Programme ist es, die Wirkung eines bestimmten Ein-

satzes von Mitteln im Hinblick auf eine gewollte Soll-Größe abschätzen zu können.

Abschließend sei eine grundsätzliche Bemerkung zur Auswertungsphase des Landesinformationssystems erlaubt: Es wäre ein Irrtum zu glauben, daß mit dem Ausbau des Informationssystems Entscheidungen oder Fachplanungen „automatisiert“ werden und darum nur noch für einige Spezialisten durchsichtig sind. Eine kritische Bewertung, die Frage der Zuverlässigkeit, das Pro und Kontra mehrerer Alternativen oder Modelle werden notwendiger denn je. Der technische Fortschritt wirkt sich allein darin aus, daß neue Perspektiven einer Auswertung des amtlichen Datenmaterials eröffnet werden, die bisher die zeitlichen, finanziellen und personellen Möglichkeiten gesprengt hätten. Der Benutzer wird sich künftig bei Benutzung des LIS - nach Erreichen der Endausbauphase, was noch Jahre in Anspruch nehmen wird! - endlich Sachproblemen zuwenden können, vor denen er in der Vergangenheit mangels Zeit oder adäquater Informationen kapitulieren mußte.

Diplom-Volkswirt H. Mayer

Pendelwanderung der Schüler und Studierenden

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970

Wie 1961, so wurden auch bei der Volks- und Berufszählung 1970 als Ausbildungspendler die Schüler und Studierenden erfaßt, die täglich zwischen Wohnsitzgemeinde und Ausbildungsort pendeln. Die Darstellung des Pendlergeschehens ist aber 1970 in umfassenderer Weise möglich als 1961. Über regionale Pendlerhäufigkeit, Richtung der Pendlerströme, verkehrspolitisch und demographisch relevante Kriterien hinaus kann der den Bildungspolitiker interessierende Zusammenhang zwischen Pendelwanderung und Art der besuchten Ausbildungsstätten dargestellt werden.

Die auf dem Erhebungsbogen an Schüler und Studierende gerichtete Frage nach Art der besuchten Schule war zu beantworten, indem eine der vorgegebenen Möglichkeiten, nämlich Volksschule, Berufsschule, Realschule, Gymnasium, Berufsfach-/Fachschule, Ingenieurschule oder Hochschule, markiert wurde. Die Abgrenzung und Benennung der verschiedenen Ausbildungsgänge stimmt aber mit der heutigen Situation in Rheinland-Pfalz nicht mehr überein.

Seit Inkrafttreten des Gesetzes über die öffentlichen Grund-, Haupt- und Sonderschulen vom 9. Mai 1968 in der Fassung vom 10. Juli 1969 wurde der historische Begriff der Volksschule grundsätzlich durch den Begriff der Grund- und Hauptschule ersetzt. Um hinter der allgemein üblichen Terminologie nicht hinterherzuhinken, wurde auch in der textlichen Kommentierung der neue Begriff übernommen. Unter dem den Begriff der Volksschule ersetzenden Begriff der Grund- und Hauptschule werden reine Grundschulen, reine Hauptschulen, organisatorisch miteinander verbundene Grund- und Hauptschulen sowie Volksschulen alter Art, die weder der Anforderung nach getrennten Jahrgangsklassen noch der nach Mehrzügigkeit genügen, subsumiert. Schüler- und Pendlerzahlen von kooperativen Gesamtschulen, die neben Grund- und Hauptschule auch Realschule und Gymnasium organisatorisch in sich vereinigen,

wurden, da 1970 dieser moderne Schultyp als Schulversuch nur in Altenkirchen vertreten war, nach den für die Auswertung vorgesehenen Schultypen aufgeteilt und zugeordnet.

Ebenso gibt es den Begriff der Ingenieurschule heute nicht mehr. Durch das Fachhochschulgesetz vom 1. Juni 1970 wurden vom 1. August 1971 an die Ingenieurschulen und die höheren Fachschulen zu Fachhochschulen. Im Rahmen dieser Auswertung wurde der frühere Begriff jedoch beibehalten, weil er zum Zeitpunkt der Volkszählung noch Gültigkeit hatte und die anderen zu Fachhochschulen gewordenen höheren Fachschulen, die in dem Zählungswerk unter der Kategorie „Berufsfach-/Fachschulen“ erfaßt wurden, überhaupt nicht zu eliminieren wären.

Die Schüler und Studenten, die am Ausbildungsort einen zweiten Wohnsitz begründen, fallen nicht unter den Begriff der Ausbildungspendler, der auf den täglichen Ortswechsel zwischen Wohn- und Schulort abhebt, denn sie werden als sog. Fernpendler gesondert ausgewiesen. Auch die Schüler von Berufsschulen und Teilzeit-Berufsaufbauschulen, für die Wohn- und Schulort auseinanderfallen, gelten nicht als Ausbildungspendler, weil diese Schulen keine Vollzeitschulen sind. Berufsaufbauschüler in Vollzeitschulen gelten als Berufsfach-/Fachschüler und als solche gegebenenfalls auch als Pendler.

Jeder vierte Schüler oder Studierende pendelt

Von den 588 917 Schülern und Studenten überschreiten auf ihrem täglichen Weg zwischen Wohnung und Schule 135 400 die Grenze ihrer Wohn-gemeinde. Das bedeutet, daß etwa jeder vierte in der schulischen Ausbildung befindliche junge Mensch pendelt. Da die kreisfreien Städte mit ihrem mannigfaltigen Angebot an Bildungseinrichtungen

einem viel größeren Teil ihrer jungen Bürger den angestrebten Ausbildungsgang am Wohnort selbst ermöglichen als das bei den kreisangehörigen Gemeinden der Fall ist, erhöht sich der Anteil der Ausbildungspendler an der Zahl der Schüler und Studenten am Wohnort erheblich, wenn man diese Relation auf die Landkreise beschränkt. In den kreisangehörigen Gemeinden sind es rund 129 560 Jugendliche oder 30% der Schüler und Studenten, die zweimal täglich zwischen Wohn- und Ausbildungsort pendeln.

Die Notwendigkeit des Pendelns stellt sich für Studierende und Schüler weiterführender Schulen oft zwingender als für Berufstätige, die unter Umständen auch innerhalb der ländlichen Wohngemeinde einen Arbeitsplatz finden könnten. Realschulen, Gymnasien, Berufsaufbau-, Berufsfach-/Fachschulen, Fachhochschulen und Universitäten werden im Hinblick auf einen bestimmten Einzugsbereich aber notwendigerweise an zentralen Orten errichtet, so daß der auf dem Lande wohnende Schüler, der eine solche Schule besuchen will, in der Regel zum Pendler werden muß.

Zahl der Ausbildungspendler seit 1961 nahezu verdreifacht

In dem Zeitraum seit der letzten Volkszählung im Jahre 1961 ist die Zahl der Schüler und Studierenden um 26,5% gestiegen. Das ist eine Folge des Hereinwachsens geburtenstarker Jahrgänge in das schulpflichtige Alter und der gegenüber früheren Zeiten verlängerten Schulausbildung weiter Bevölkerungskreise. Die Zahl der Ausbildungspendler aber erhöhte sich im gleichen Zeitraum (unbereinigt) um 189,3%. In diesen Zahlen schlägt sich der in dem letzten Jahrzehnt eingetretene Wandel der Bildungsstruktur von Rheinland-Pfalz nieder, insbesondere die um einer größeren Effizienz der Volksschulbildung willen vorgenommene Zusammenfassung ungegliederter oder wenig gegliederter „Zwergschulen“ in zentral gelegene größere Einheiten, sogenannte „Mittelpunktschulen“, die im Grundschulbereich in Jahrgangsklassen, im Hauptschulbereich nach Möglichkeit auch mehrzünftig gegliedert sein sollen.

Durch diese organisatorischen Maßnahmen verminderte sich die Zahl der Grund- und Hauptschulen in dem Zeitraum von 1961 (3 179) bis 1970 (2 019) um mehr als ein Drittel mit dem Ergebnis, daß viele Grund- und Hauptschüler nicht mehr am Wohnort, sondern in einer nahegelegenen größeren Gemeinde zur Schule gehen und somit zu Ausbildungspendlern geworden sind.

Hohe Pendlerquoten in den Eifelkreisen

Die Ausbildungspendler wohnen in ihrer ganz überwiegenden Zahl in den Landkreisen. Nur 4% pendeln aus einer kreisfreien Stadt zu einer außerhalb gelegenen Ausbildungsstätte. In den Landkreisen zeigen die Pendlerquoten der Schüler und Studierenden erhebliche regionale Abstufungen, die von vielen Faktoren bedingt werden. Die wichtigsten sind Bevölkerungsdichte und die gemeindliche Struktur innerhalb der Kreise.

In dünn besiedelten Gebieten erfordern die Ansprüche, die an ein modernes Schulwesen gestellt werden – Jahrgangsklassen und Mehrzügigkeit – auch für Grund- und Hauptschulen ein räumlich großes Einzugsgebiet. Hier sind naturgemäß die Pendlerquoten unter den Schülern erheblich höher als in dicht besiedelten Landkreisen. Da das Überschreiten einer Gemeindegrenze das Kriterium der Pendlereigenschaft ausmacht, weisen jene Verwaltungsbezirke besonders hohe Auspendlerquoten auf, in denen das Kreisgebiet in eine Vielzahl kleinster Gemeinden aufgeteilt ist. Beide Gesichtspunkte treffen in besonderem Maße auf die Landkreise Bitburg-Prüm und Daun zu, die hinsichtlich des Anteils der Pendler unter den Schülern und Studierenden mit Quoten von 40,5% bzw. 42,2% an der Spitze aller Landkreise rangieren. Die gleichen Gegebenheiten gelten in abgeschwächter Form auch für den Oberwesterwald- und den Rhein-Hunsrück-Kreis, für die sich Pendleranteile von 39,9 bzw. 38,2% errechnen. Auch in den Landkreisen Donnersberg, Kusel, Rhein-Lahn, Unterwesterwald, Trier-Saarburg und Altenkirchen muß mehr als ein Drittel der Schüler zwischen Wohn- und Ausbildungsort pendeln.

Extrem niedrig liegen im Vergleich hierzu die Pendlerquoten der Schüler und Studierenden mit 16,7 bis 23,4% in den Kreisen Germersheim, Bad Dürkheim, Mayen-Koblenz und Pirmasens. Ebenfalls unterdurchschnittliche Pendlerquoten ergeben sich in den Kreisen Bernkastel-Wittlich, Ludwigshafen, Neuwied, Kaiserslautern, Ahrweiler, Mainz-Bingen und Zweibrücken. Hier wirken eine höhere Bevölkerungsdichte und die auf größere Kommunen angelegte Gemeindestruktur auf eine größere Zahl näher beieinanderliegender Ausbildungsstätten hin, die mehr Schülern und Studenten als in dünn besiedelten kleingemeindlich strukturierten Gebieten das Pendeln zwischen Wohnort und Schule erspart.

In Landau 46% mehr Schüler in Ausbildung als dort wohnen

Die kreisfreien Städte und großen kreisangehörigen Gemeinden zeichnen sich als Ausbildungszentren ersten Ranges ab. Im Schnitt bieten die kreisfreien Städte 15% mehr Schülern Ausbildungsmöglichkeiten an, als in ihnen wohnen. Aber dieser Mittelwert errechnet sich aus sehr stark streuenden Einzelwerten. In Landau gehen 46% mehr Schüler ihrer Ausbildung nach als dort zu Hause sind; in Speyer und Zweibrücken übersteigt die Zahl der Schüler am Schulort die der Schüler am Wohnort um 28 bzw. 21%. Auch die großen kreisangehörigen Gemeinden haben für die nähere Umgebung als Ausbildungszentren große Bedeutung. Die Zahl der in Bingen, Bad Kreuznach und Idar-Oberstein zur Schule gehenden Jugendlichen übertrifft die der einheimischen Schüler um 39, 24 bzw. 21%. Ludwigshafen fällt insofern aus dem Rahmen, als dort die Zahl der Ausbildungspendler höher ist als die der Einpendler, so daß sich der Anteil der Schüler am Schulort nur auf 99,6% der Schüler am Wohnort stellt. Diese zunächst frappierende Tatsache erklärt sich aus der überaus engen Ver-

Schüler und Studierende sowie Ausbildungspendler am Wohn- und Schulort nach Verwaltungsbezirken 1970

Verwaltungsbezirk	Schüler und Studierende am Wohnort		Schüler und Studierende am Schulort		Schüler und Studierende am Schulort in % der Schüler und Studierenden am Wohnort
	insgesamt	Auspender	insgesamt	Einpender	
Kreisfreie Stadt Koblenz	18 243	578	21 421	3 756	117,4
Landkreise					
Ahrweiler	16 585	4 356	15 562	3 333	93,8
Altenkirchen (Ww.)	19 776	6 639	19 275	6 138	97,5
Bad Kreuznach	22 552	6 971	22 192	6 611	98,4
Bad Kreuznach, St.	6 152	296	7 649	1 793	124,3
Birkenfeld	15 389	4 575	15 166	4 352	98,6
Idar-Oberstein, St.	6 048	164	7 332	1 448	121,2
Cochem-Zell	10 782	3 155	10 169	2 542	94,3
Mayen-Koblenz	29 850	6 714	28 139	5 003	94,3
Andernach, St.	4 120	260	4 708	848	114,3
Neuwied	23 204	5 852	22 802	5 450	98,3
Neuwied, St.	9 581	515	10 495	1 429	109,5
Oberwesterwaldkreis	12 764	5 092	12 003	4 331	94,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	14 628	5 583	14 283	5 238	97,6
Rhein-Lahn-Kreis	17 390	6 234	16 948	5 792	97,5
Lahnstein, St.	2 997	255	3 550	808	118,5
Unterwesterwaldkreis	13 758	4 881	12 775	3 898	92,9
Reg. Bez. Koblenz	214 921	60 630	210 735	56 444	98,1
Kreisfreie Stadt Trier	17 443	75	20 567	3 199	117,9
Landkreise					
Bernkastel-Wittlich	18 515	4 585	18 431	4 501	99,5
Bitburg-Prüm	17 041	6 906	17 062	6 927	100,1
Daun	10 457	4 408	10 473	4 424	100,2
Trier-Saarburg	21 077	7 300	18 590	4 813	88,2
Reg. Bez. Trier	84 533	23 274	85 123	23 864	100,7
Kreisfreie Städte					
Frankenthal (Pfalz)	6 070	346	6 631	907	109,2
Kaiserslautern	15 157	261	17 766	2 870	117,2
Landau i. d. Pfalz	5 612	151	8 208	2 747	146,3
Ludwigshafen a. Rhein	24 641	2 108	24 553	2 020	99,6
Mainz	29 125	546	34 844	6 265	119,6
Neustadt a. d. Weinstr.	7 917	509	8 636	1 228	109,1
Pirmasens	8 296	261	9 234	1 199	111,3
Speyer	6 826	241	8 735	2 150	108,0
Worms	11 707	599	12 589	1 481	107,5
Zweibrücken	5 027	165	6 105	1 243	121,4
Landkreise					
Alzey-Worms	15 637	5 095	14 705	4 163	94,0
Bad Dürkheim	18 172	4 003	16 546	2 377	91,1
Donnersbergkreis	11 182	4 213	10 926	3 957	97,7
Germersheim	16 274	2 724	15 064	1 514	92,6
Kaiserslautern	15 744	4 136	13 768	2 160	87,4
Kusel	13 915	5 032	13 327	4 444	95,8
Landau-Bad Bergzabern	16 880	5 471	15 300	3 891	90,6
Ludwigshafen	18 434	4 617	14 187	370	77,0
Mainz-Bingen	23 521	6 244	21 653	4 376	92,1
Bingen, St.	3 658	217	5 096	1 655	139,3
Ingelheim am Rhein, St.	3 044	381	3 181	518	104,5
Pirmasens	13 752	3 224	12 150	1 622	88,4
Zweibrücken	5 574	1 550	4 312	288	77,4
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	289 463	51 496	289 239	51 272	99,9
Rheinland-Pfalz	588 917	135 400	585 097	131 580	99,4
Kreisfreie Städte	156 064	5 840	179 289	29 065	114,9
Landkreise	432 853	129 560	405 808	102 515	93,8

Stadt Gemeinde	Verwaltungsbezirk	Schüler der weiterführenden Schulen		Einpenderquote
		am Schulort	Einpender	
2 000 und mehr Einpender				
Koblenz	Kreisfreie Stadt	10 135	3 675	36,3
Trier	Kreisfreie Stadt	8 898	2 740	30,8
Kaiserslautern	Kreisfreie Stadt	7 478	2 726	36,5
Landau i. d. Pfalz	Kreisfreie Stadt	4 752	2 659	56,0
Mainz	Kreisfreie Stadt	20 009	6 116	30,6
Speyer	Kreisfreie Stadt	4 617	2 070	44,8
1 000 - 2 000 Einpender				
Ludwigshafen a. Rhein	Kreisfreie Stadt	7 226	1 795	24,8
Neustadt a. d. Weinstr.	Kreisfreie Stadt	3 211	1 163	36,2
Pirmasens	Kreisfreie Stadt	2 992	1 075	35,9
Worms	Kreisfreie Stadt	4 490	1 413	31,5
Zweibrücken	Kreisfreie Stadt	2 511	1 105	44,0
Bad Neuenahr-Ahrweiler	Landkreis Ahrweiler	2 370	1 146	48,4
Betzdorf	Landkreis Altenkirchen (Ww.)	1 967	1 493	75,9
Altenkirchen (Westerwald)	Landkreis Altenkirchen (Ww.)	1 285	1 031	80,2
Bad Kreuznach	Landkreis Bad Kreuznach	3 513	1 603	45,6
Mayen	Landkreis Mayen-Koblenz	2 427	1 353	55,7
Neuwied	Landkreis Neuwied	3 603	1 176	32,6
Westerburg	Oberwesterwaldkreis	1 242	1 014	81,6
Montabaur	Unterwesterwaldkreis	1 825	1 325	72,6
Bitburg	Landkreis Bitburg-Prüm	1 678	1 063	63,3
Alzey	Landkreis Alzey-Worms	1 622	1 043	64,3
Landstuhl	Landkreis Kaiserslautern	1 553	1 084	69,8
Kusel	Landkreis Kusel	1 845	1 518	82,3
Bingen	Landkreis Mainz-Bingen	2 693	1 594	59,2
500 - 1 000 Einpender				
Frankenthal (Pfalz)	Kreisfreie Stadt	2 303	798	34,7
Idar-Oberstein	Landkreis Birkenfeld	2 394	755	31,5
Cochern	Landkreis Cochem-Zell	941	648	68,9
Andernach	Landkreis Mayen-Koblenz	2 043	809	39,6
Linz am Rhein	Landkreis Neuwied	1 154	796	69,0
Simmern	Rhein-Hunsrück-Kreis	924	662	71,6
Boppard	Rhein-Hunsrück-Kreis	1 453	632	43,5
Lahnstein	Rhein-Lahn-Kreis	1 390	588	42,3
Wittlich	Landkreis Bernkastel-Wittlich	1 757	921	52,4
Prüm	Landkreis Bitburg-Prüm	1 420	763	53,7
Daun	Landkreis Daun	1 053	550	52,2
Gerolstein	Landkreis Daun	891	549	61,6
Saarburg	Landkreis Trier-Saarburg	1 084	720	66,4
Grünstadt	Landkreis Bad Dürkheim	1 006	644	64,0
Bad Bergzabern	Landkreis Landau-Bad Bergzabern	792	544	68,7
Oppenheim	Landkreis Mainz-Bingen	685	532	77,7
300 - 500 Einpender				
Remagen	Landkreis Ahrweiler	742	343	46,2
Wissen	Landkreis Altenkirchen (Ww.)	825	469	56,8
Kirn	Landkreis Bad Kreuznach	705	396	56,2
Sobernheim	Landkreis Bad Kreuznach	632	352	55,7
Birkenfeld	Landkreis Birkenfeld	1 039	476	45,8
Vallendar	Landkreis Mayen-Koblenz	673	462	68,6
Dierdorf	Landkreis Neuwied	721	482	66,9
Sankt Goarshausen	Rhein-Lahn-Kreis	572	494	86,4
Diez	Rhein-Lahn-Kreis	745	452	60,7
Bernkastel-Kues	Landkreis Bernkastel-Wittlich	784	457	58,3
Traben-Trarbach	Landkreis Bernkastel-Wittlich	725	408	56,3
Morbach	Landkreis Bernkastel-Wittlich	411	314	76,4
Hillesheim	Landkreis Daun	377	301	79,8
Hermeskeil	Landkreis Trier-Saarburg	732	498	68,0
Wörrstadt	Landkreis Alzey-Worms	563	467	82,9
Bad Dürkheim	Landkreis Bad Dürkheim	889	425	47,8
Kirchheimbolanden	Donnersbergkreis	652	494	75,8
Germersheim	Landkreis Germersheim	1 410	460	32,6
Kandel	Landkreis Germersheim	522	412	78,9
Lauterecken	Landkreis Kaiserslautern	404	308	76,2
Edenkoben	Landkreis Landau-Bad Bergzabern	479	369	77,0
Annweiler am Trifels	Landkreis Landau-Bad Bergzabern	684	320	46,8

Stadt Gemeinde	Verwaltungsbezirk	Schüler der weiterführenden Schulen		Einpendlerquote
		am Schulort	Einpendler	
100 - 300 Einpendler				
Adenau	Landkreis Ahrweiler	339	222	65,5
Meisenheim	Landkreis Bad Kreuznach	341	105	30,8
Zell (Mosel)	Landkreis Cochem-Zell	394	248	62,9
Bendorf	Landkreis Mayen-Koblenz	381	247	64,8
Neustadt (Wied)	Landkreis Neuwied	389	253	65,0
Hachenburg	Oberwesterwaldkreis	323	204	63,2
Bad Marienberg (Ww.)	Oberwesterwaldkreis	257	158	61,5
Streithausen	Oberwesterwaldkreis	275	146	53,1
Kastellaun	Rhein-Hunsrück-Kreis	344	258	75,0
Kirchberg (Hunsrück)	Rhein-Hunsrück-Kreis	161	124	77,0
Bad Ems	Rhein-Lahn-Kreis	622	289	46,5
Nastätten	Rhein-Lahn-Kreis	298	223	74,8
Nassau	Rhein-Lahn-Kreis	233	157	67,4
Katzenelnbogen	Rhein-Lahn-Kreis	185	142	76,8
Höhr-Grenzhausen	Unterwesterwaldkreis	535	253	47,3
Neumagen-Dhron	Landkreis Bernkastel-Wittlich	312	225	72,1
Konz	Landkreis Trier-Saarburg	545	291	53,4
Eisenberg (Pfalz)	Donnersbergkreis	449	277	61,7
Winnweiler	Donnersbergkreis	398	265	66,6
Rockenhausen	Donnersbergkreis	324	231	71,3
Wörth am Rhein	Landkreis Germersheim	380	260	68,4
Ingelheim a. Rhein	Landkreis Mainz-Bingen	857	247	28,8
Dahn	Landkreis Pirmasens	620	298	48,1
Waldfischbach-Burgalben	Landkreis Pirmasens	492	282	57,3

bindung zu Mannheim. Beide Städte, nur durch den Rhein getrennt, bilden faktisch eine Einheit, so daß für viele Schüler die ihnen gemäße Bildungsanstalt in Mannheim verkehrsmäßig leichter zu erreichen sein mag als in einem entlegenen Ludwigshafener Stadtteil.

Die durch die territoriale Verwaltungsreform bewirkten gebietlichen Veränderungen schränken die Aussagekraft des zeitlichen Vergleichs stark ein. Aber es verdient trotzdem hervorgehoben zu werden, daß im Regierungsbezirk Trier die Zahl der Ausbildungspendler von 1961 bis 1970 um 235%, in den Regierungsbezirken Koblenz und Rheinhessen-Pfalz aber nur um 193 bzw. 169% gestiegen ist. Hier zeigt sich die Auswirkung der in diesem Zeitraum erfolgten Verdichtung des Netzes von Realschulen, Gymnasien und weiterführenden beruflichen Schulen besonders in den Gebieten der Eifel und des Hunsrücks, die dort die Schülerzahlen der weiterführenden Schulen überdurchschnittlich erhöhte. Natürlich hat auch der Ausbau von größeren und besser differenzierenden Grund- und Hauptschulsystemen gerade in diesen Gebieten dazu geführt, daß ein relativ höherer Prozentsatz von Schülern als in dichter besiedelten Gegenden zu Ausbildungspendlern wurde.

Einer gesonderten Betrachtung bedürfen die Orte, in denen im Vergleich zu allen übrigen Gemeinden eine so große Zahl von auswärtigen Schülern und Studenten ihrer Ausbildung nachgehen, daß man sie als Ausbildungszentren ansprechen kann. Hierbei stellt sich die Frage der Abgrenzung nicht nur in zahlenmäßiger, sondern auch in sachlicher Hinsicht. Als Ausbildungszentren wurden 1961 die zentralen Ausbildungsorte mit 100 und mehr einpen-

delnden Schülern und Studierenden nachgewiesen. Unter diese Kategorie würden aber 1970 nicht nur jene Ausbildungsstandorte fallen, die durch ein differenziertes Bildungsangebot eine erhebliche Ausstrahlung auf das Umland ausüben, sondern auch die im Zuge der organisatorischen Reform der Grund- und Hauptschulen entstandenen Mittelpunktschulen, die sich zwar durch hohe Einpendlerzahlen auszeichnen, aber als Ausbildungszentrum deshalb nicht angesprochen werden können, weil sie im allgemeinen nur den Schultyp der Grund- und Hauptschule anbieten. Das Modell der kooperativen Gesamtschule, die alle Schulgattungen des Sekundarbereiches umfaßt, ist 1970 nur in Altkirchen vertreten gewesen. Andererseits ist es von Interesse, auch das durch die veränderte Schulorganisation im Grund- und Hauptschulbereich bewirkte Pendlergeschehen darzustellen. Um beiden Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, wurden die Ausbildungszentren des Grund- und Hauptschulbereichs und die des Bereichs der weiterführenden Schulen getrennt ausgewiesen. Da die Mittelpunktschulen eine Organisationsform des Grund- und Hauptschulbereichs im ländlichen Raum sind, während die weiterführenden Schulen überwiegend in den Städten angesiedelt sind, gibt es nur wenige Gemeinden, die als zentraler Standort für beide schulischen Bereiche von Bedeutung sind.

86 Ausbildungszentren des weiterführenden Schulbereichs

Am Zählungstichtag existierten in Rheinland-Pfalz 86 Gemeinden, die als zentrale Standorte weiterführender Schulen (Ausbildungszentren) 100 und mehr Einpendler aufnehmen. In den weiterführenden

den Schulen dieser Städte werden 93,9% der Real-
schüler, Gymnasiasten, Berufsfach-/Fach-/Inge-
nieur- und Hochschüler ausgebildet und für 93,1%
der Ausbildungspendler, die weiterführende allge-
mein- oder berufsbildende Schulen besuchen, sind
sie das Ziel täglichen Pendelns. 24 dieser Schulorte
nehmen mehr als 1 000 Pendler auf, in 16 Gemein-
den liegt die Zahl der einpendelnden Schüler und
Studenten zwischen 500 und 1 000 und für 46 wei-
tere Schulorte zwischen 100 und 500. Der Anteil der
Einpendler an den Schülerzahlen ist in der Regel
sehr hoch. Nur in 28 Zentren ergibt sich eine Ein-
pendlerquote von weniger als 50%, in 37 zentralen
Ausbildungsorten liegt sie zwischen 50 und 70%
und in 21 Gemeinden geht sie darüber hinaus. Die
höchsten Einpendlerquoten verzeichnen die Schul-
orte von bescheidener Größe, die in gewisser räum-
licher Entfernung zu den Ballungszentren ange-
siedelt sind, selbst nur eine geringe Schülerzahl
stellen, aber für ein weites Einzugsgebiet die einzi-
ge Alternative zu den örtlichen Hauptschulen bieten.
Das trifft in besonderem Maße auf die Gemeinden
Altenkirchen, Westerburg, Kusel, St. Goarshausen
und Wörrstadt zu, in denen mehr als 80% der Schü-
ler an weiterführenden Schulen Auswärtige sind.

Mainz und Koblenz bedeutendste Ausbildungszentren

Das bedeutendste Ausbildungszentrum ist die
Landeshauptstadt Mainz. Am Erhebungstichtag
war sie die einzige Universitätsstadt des Landes;
der Lehrbetrieb an der Universität Trier-Kaisers-
lautern wurde erst zum Wintersemester 1970 auf-
genommen. Die Palette der Bildungsstätten in der
Stadt Mainz ist äußerst umfangreich; denn außer
der Universität umfaßt sie eine Ingenieurschule,
eine Fachoberschule, eine Berufsaufbauschule als
Vollzeitschule, sechs Fachschulen, vierzehn Berufs-
fachschulen, sieben Gymnasien und drei Realschu-
len. Rund 20 000 Schüler und Studenten besuchen
die Schulen und Hochschulen der Stadt Mainz, fast
jeder dritte pendelt täglich von auswärts ein. Der
Einzugsbereich der Einpendler reicht im Norden bis
Koblenz, im Süden bis Ludwigshafen und in öst-
licher Richtung bis Frankfurt. Der größte geschlos-
sene Pendlerstrom (1 566) kommt aus der benach-
barten hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden.
Insgesamt pendeln 43% der auswärtigen Schüler
und Studierenden aus Hessen ein. Die meisten in
Mainz ihrer Ausbildung nachgehenden Tagespend-
ler (insgesamt 30,6%) haben ihren Wohnsitz je-
doch in dem benachbarten Landkreis Mainz-Bingen.
Als Herkunftsgemeinden sind hier in erster Linie
Budenheim mit 322, Nieder-Olm mit 207, Ingelheim
am Rhein mit 201, Heidesheim am Rhein mit 155
und Bingen mit 151 Pendlern zu nennen. Aus den
schon mehr an der Peripherie gelegenen Städten
Worms und Bad Kreuznach kommen 183 bzw. 157
Pendler.

Der Bedeutung und Ausstrahlungskraft nach an
zweiter Stelle steht als Ausbildungszentrum die
Stadt Koblenz. Dort existieren drei Realschulen,
sieben Gymnasien, acht Berufsfachschulen, eine Be-
rufsaufbauschule als Vollzeitschule, zwei Fachschu-

len, drei Fachoberschulen, eine Ingenieurschule und
eine Abteilung der Erziehungswissenschaftlichen
Hochschule. Damit bietet sich eine solche Fülle von
Ausbildungsmöglichkeiten an, daß der Einzugsbe-
reich weit über das unmittelbare Umland hinaus-
reicht. Sein Radius erstreckt sich bis Bonn, Monta-
baur, Bingen und Trier. An den weiterführenden
Schulen der Stadt gehen 10 135 Schüler ihrer Aus-
bildung nach. 3 675 kommen von auswärts. Die
größten geschlossenen Pendlerströme entsenden die
Gemeinden Neuwied (222), Lahnstein (211), Mül-
heim-Kärlich (217), Vallendar (165), Waldesch (135),
Bendorf (178), Andernach (98), Urbar (94), Höhr-
Grenzhausen (87) und Kobern-Gondorf (86).

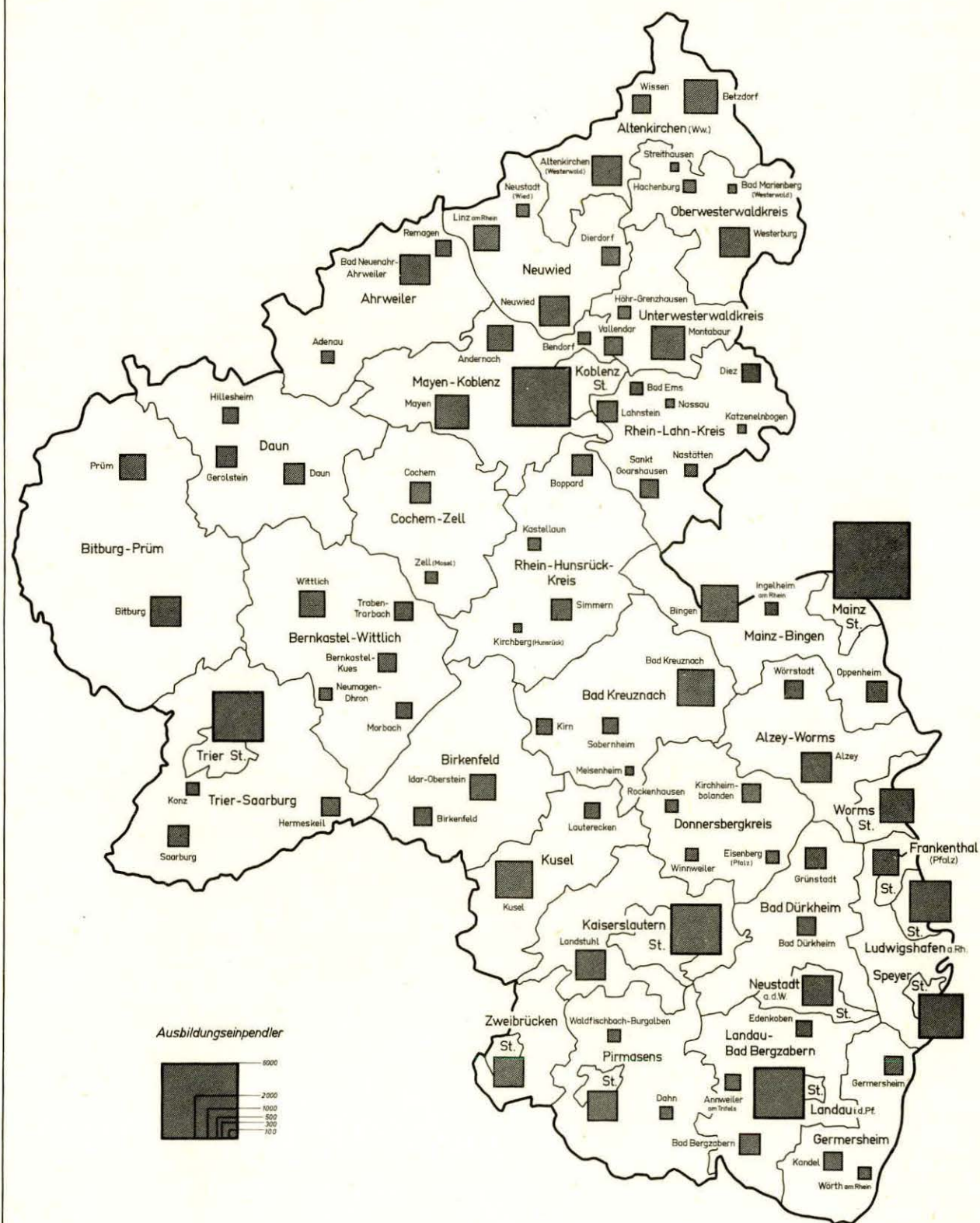
Mehr als jeweils 2 000 Einpendler gehen in den
Städten Trier, Kaiserslautern, Landau und Speyer
ihrer Ausbildung nach. Den Städten Trier und Kai-
serslautern kam am Stichtag der Volkszählung als
Ausbildungszentren noch nicht die Bedeutung zu,
die sie heute als Standorte der zweiten Landesuni-
versität besitzen, aber von dieser höchsten Ausbil-
dungsstufe abgesehen, steht in beiden Städten ein
ebenso breitgefächertes Angebot schulischer Bil-
dungsmöglichkeiten zur Verfügung wie in Mainz
und Koblenz. Das Entsprechende gilt für die kreis-
freie Stadt Landau, die zwar keine Ingenieurschule
aber eine Abteilung der Erziehungswissenschaftli-
chen Hochschulen des Landes beherbergt. In Speyer
ist das schulische Angebot etwas schmaler als in den
anderen kreisfreien Städten, deren Einpendlerzah-
len die Grenze von 2 000 Schülern übersteigen, aber
die Verwaltungswissenschaftliche Hochschule, die
hier ihren Sitz hat, verleiht der Stadt eine zentrale
Bedeutung ganz spezieller Art. Allerdings kommen
die an diesem Institut Studierenden aus der ganzen
Bundesrepublik und sie unterhalten in aller Regel
in Speyer einen zweiten Wohnsitz; damit sind sie
den Ausbildungsfernpendlern zuzuordnen.

In Landau und Speyer bemißt sich der Anteil
der Auswärtigen an den Schülerzahlen auf 45 bis
50%, während in Trier und Kaiserslautern die
Pendlerquoten zwischen 30 und 37% liegen. Der
Einzugsbereich dieser vier kreisfreien Städte ist
wesentlich enger umgrenzt als derjenige der zwei
größten Ausbildungszentren des Landes.

Während von den nach Mainz und Koblenz ein-
pendelnden Schülern und Studenten nur 33 bzw.
54% aus den diesen kreisfreien Städten zugeord-
neten Landkreisen Mainz-Bingen bzw. Mayen-Ko-
blenz kommen, haben zwei Drittel bis drei Viertel
der Ausbildungseinpendler der Städte Trier, Kai-
serslautern, Landau und Speyer ihren Wohnsitz in
den sie umgebenden Landkreisen.

Zu den Ausbildungszentren, die an den weiter-
führenden Schulen 1 000 bis 2 000 auswärtige Schü-
ler aufnehmen und damit zu den größten des Lan-
des zählen, gehören neben den kreisfreien Städten
Ludwigshafen, Worms, Zweibrücken, Neustadt a. d.
Weinstr. und Pirmasens die kreisangehörigen Ge-
meinden Bad Neuenahr-Ahrweiler, Betzdorf, Alten-
kirchen, Bad Kreuznach, Mayen, Westerburg, Neu-
wied, Montabaur, Bitburg, Alzey, Landstuhl, Kusel
und Bingen.

Ausbildungszentren Weiterführende Schulen und Hochschulen 1970



169 zentrale Schulorte im Grund- und Hauptschulbereich

Von den 169 zentralen Schulorten für Grund- und Hauptschulen nehmen die meisten (74) 100 bis 200 auswärtige Schüler auf; in 38 Gemeinden bewegen sich die Einpendlerzahlen zwischen 200 und 300; 30 Schulorte zählen 300 bis 400 und 17 weitere 400 bis 500 Einpendler. In Meisenheim, Idar-Oberstein, Puderbach, Asbach, Bad Marienberg, Kirchberg, Wittlich, Kyllburg, Winnweiler und Bad Bergzabern geht die Zahl der einpendelnden Grund- und Hauptschüler über 500 hinaus.

Die Schüler-/Pendlerrelation ist von vielen Faktoren abhängig. Sie wird bestimmt durch die Größe der Gemeinden, in denen die Schulen ihren Standort haben, durch die nach organisatorischen und administrativen Gesichtspunkten vorgenommene Zuordnung und durch die Bevölkerungsdichte. In 51 der 169 Schulorte schwanken die Einpendlerquoten von 50 bis zu 70%, in jeweils 96 Orten liegen sie unter 30% bzw. bewegen sich zwischen 30 und 50% und in 22 Gemeinden beträgt der Anteil der auswärtigen Schüler mehr als 70% der Schüler insgesamt. Das Einzugsgebiet der Mittelpunktschulen ist auf den Nachbarschaftsbereich, in der Regel auf die Verbandsgemeinde, begrenzt.

Die Hälfte der Ausbildungspendler sind Grund- oder Hauptschüler

Fast die Hälfte der 135 400 Ausbildungspendler sind Grund- und Hauptschüler. Dennoch ist die Pendlerquote, das heißt, der Anteil der Schüler, die an einem anderen als ihrem Wohnort zur Schule gehen müssen, an der Zahl aller Schüler dieses Schultyps mit 14,4% sehr viel geringer als die Pendlerquote, die sich für die Schüler der anderen Schularten errechnet. Das bedeutet, daß trotz der organisatorischen Reform der Grund- und Hauptschulen sechs von sieben Volksschülern am Ort des Wohnsitzes die Schule besuchen können. Von den Realschülern, den Berufsfach- und Fachschülern sowie den Studenten der Ingenieurschulen pendelt demgegenüber jeder zweite. Das Netz der Gymnasien (128 Schulen) ist erheblich dichter als das der Realschulen (84). Daher liegt die Pendlerquote der Gymnasiasten (44,3%) nicht unerheblich unter derjenigen der Realschüler (50,0%). Von den Studierenden an den Hochschulen pendelt nur etwa jeder dritte. Die Pendlerquote der Studenten ist vergleichsweise niedrig, weil weit mehr Studenten am Hochschulort einen zweiten Wohnsitz unterhalten als täglich zwischen Wohn- und Hochschulort pendeln.

Die Zusammensetzung der Ausbildungspendler nach der Gattung der besuchten Schule ist in Stadt und Land sehr unterschiedlich. Das Pendeln von Grund- und Hauptschülern zu zentral gelegenen Mittelpunktschulen ist weitgehend ein Spezifikum ländlicher Gebiete (eine Ausnahme macht die kreisfreie Stadt Kaiserslautern, wo die Grund- und Hauptschüler des eingemeindeten Ortsteils Erlenbach in die benachbarte kreisangehörige Gemeinde

Otterberg zu Schule gehen). Aus diesem Grunde entfallen in den kreisfreien Städten nur 9,1%, in den kreisangehörigen Gemeinden aber 47,3% der Ausbildungspendler auf Schüler von Grund- und Hauptschulen.

Diese Zahlen machen die unterschiedliche Ausgangsposition der Schüler aus Stadt und Land deutlich. Die in den Landkreisen wohnenden Schüler müssen teilweise schon in der elementaren, weitgehend aber in der sekundären Ausbildungsstufe pendeln, was insbesondere dann zwingend ist, wenn weiterführende Schulen besucht werden. So nimmt es nicht wunder, daß von den aus den Landkreisen kommenden Ausbildungspendlern 90% eine allgemeinbildende Schule besuchen, während das nur auf 48,3% der Schüler und Studenten aus den kreisfreien Städten zutrifft. Aus diesen städtischen Gemeinden, deren Standortvorteil gerade auf dem Bildungssektor evident ist, pendelt die Mehrzahl (51,6%) der jungen Menschen, die auswärts ihrer Ausbildung nachgehen, in berufsbildende Schulen und Hochschulen. Der Anteil der diese Schulgattung besuchenden Ausbildungspendler aus den Landkreisen stellt sich demgegenüber nur auf 9,7%, was nicht ausschließt, daß die absolute Zahl mit 12 692 Schülern und Studenten weit über derjenigen der kreisfreien Städte (3 014) liegt.

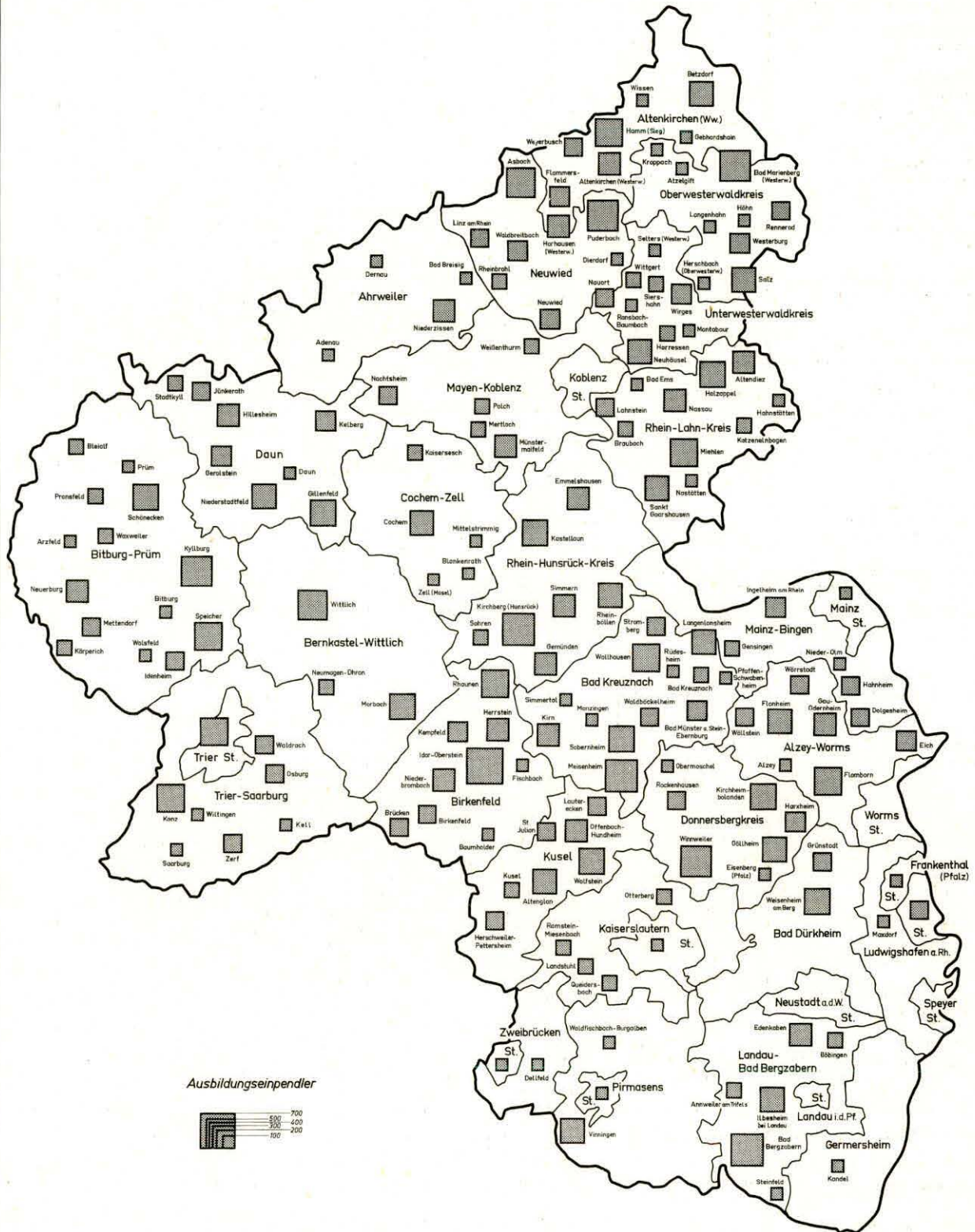
Wenn dennoch rund 2 300 Schüler aus kreisfreien Städten auspendeln, um eine Realschule oder ein Gymnasium zu besuchen, so mag dies darin begründet sein, daß 1970 nicht in jeder kreisfreien Stadt eine Realschule existierte oder die Nachfrage nach Realschulplätzen die Zahl der örtlich verfügbaren Plätze überstieg. Ebenso ist auch nicht überall die gesamte Palette gymnasialer Schultypen vertreten.

Von den 135 400 Ausbildungspendlern sind 72 483 männlichen und 62 917 weiblichen Geschlechts. Da die Pendlerquote der Schülerinnen (22,3%) nur geringfügig hinter derjenigen der Schüler (23,7%) zurückbleibt, ist das zahlenmäßige Überwiegen der Jungen weitgehend auf den Männerüberschuß in den unteren Altersjahrgängen der Wohnbevölkerung und weniger auf eine größere Mobilität der männlichen Schüler und Studenten zurückzuführen. Die Verteilung der männlichen und weiblichen Ausbildungspendler auf die Schularten zeigt Abweichungen in den Relationen, die denjenigen entsprechen, wie sie für die Schüler und Studenten insgesamt gegeben sind. Relativ mehr Mädchen als Jungen, die zwischen Wohn- und Schulort pendeln, besuchen eine Grund- und Hauptschule, eine Realschule oder eine Berufsfach- bzw. Fachschule. Umgekehrt sind unter den Ausbildungspendlern, die in einem Gymnasium, einer Ingenieur- oder Hochschule ihrer Ausbildung nachgehen, die männlichen Schüler zahlenmäßig stärker vertreten als die Mädchen.

70% der Ausbildungspendler unter 15 Jahre alt

70,8% der Ausbildungspendler befinden sich im schulpflichtigen Alter bis zu fünfzehn Jahren, 18,5% sind fünfzehn bis achtzehn Jahre und 10,7% über achtzehn Jahre alt. Die Altersstruktur der

Zentrale Schulorte Grund- und Hauptschulen 1970



Ausbildungsauspendler nach Geschlecht, Altersgruppen, Schularten und Verwaltungsbezirken 1970

Verwaltungsbezirk	Ins- gesamt	Männer	Frauen	Altersgruppe in Jahren			Schulart ¹⁾					
				unter 15	15 - 18	18 und mehr	Grund- und Haupt- schule	Real- schule	Gym- nasium	Berufs- fach- und Fach- schule	Inge- nieur- schule	Hoch- schule
				Anzahl			%					
Kreisfreie Stadt Koblenz	578	400	178	32,4	20,2	47,4	9,9	0,7	48,1	10,4	1,4	29,6
Landkreise												
Ahrweiler	4 356	2 420	1 936	65,9	22,0	12,0	38,0	16,7	30,8	8,1	0,5	5,9
Altenkirchen (Ww.)	6 639	3 558	3 081	75,8	16,4	7,8	48,2	18,4	25,0	6,1	0,9	1,4
Bad Kreuznach	6 971	3 693	3 278	76,4	15,6	8,0	59,3	5,0	24,8	7,5	1,0	2,3
Bad Kreuznach, St.	296	202	94	13,2	25,3	61,5	9,5	3,0	17,9	30,1	8,4	31,1
Birkenfeld	4 575	2 389	2 186	83,3	13,1	3,7	66,7	9,9	18,3	4,7	0,1	0,4
Idar-Oberstein, St.	164	103	61	54,9	25,6	19,5	37,2	1,8	45,1	7,3	0,6	7,9
Cochem-Zell	3 155	1 622	1 533	74,5	19,4	6,1	52,7	14,7	24,8	6,3	0,5	1,0
Mayen-Koblenz	6 714	3 665	3 049	65,3	22,5	12,2	30,9	17,3	39,4	7,2	1,5	3,6
Andernach, St.	260	160	100	17,3	28,8	53,8	11,5	6,2	23,1	26,5	5,0	27,7
Neuwied	5 852	3 079	2 773	72,0	16,6	11,4	44,9	17,8	26,1	5,7	1,7	3,8
Neuwied, St.	515	291	224	27,2	18,8	54,0	2,5	1,2	48,0	14,8	8,9	24,7
Oberwesterwaldkreis	5 092	2 664	2 428	80,4	15,4	4,2	56,1	16,1	21,9	4,9	0,5	0,5
Rhein-Hunsrück-Kreis	5 583	2 950	2 633	81,1	13,7	5,2	62,2	9,8	21,1	5,4	0,5	1,0
Rhein-Lahn-Kreis	6 234	3 273	2 961	75,9	16,0	8,1	55,2	13,4	22,8	5,7	1,0	1,9
Lahnstein, St.	255	116	139	31,8	29,4	38,8	5,9	15,7	40,4	16,5	4,7	16,9
Unterwesterwaldkreis	4 881	2 614	2 267	73,4	18,3	8,3	46,0	9,1	34,7	7,2	1,4	1,6
Reg. Bez. Koblenz	60 630	32 327	28 303	74,4	17,1	8,5	50,3	13,3	26,7	6,3	0,9	2,4
Kreisfreie Stadt Trier	75	44	31	21,3	21,3	57,3	8,0	24,0	16,0	5,3	1,3	45,3
Landkreise												
Bernkastel-Wittlich	4 585	2 269	2 316	74,6	19,8	5,6	49,5	16,1	27,2	6,0	0,5	0,7
Bitburg-Prüm	6 906	3 505	3 401	84,2	12,8	3,0	69,6	11,5	13,9	4,3	0,3	0,3
Daun	4 408	2 317	2 091	82,8	13,8	3,4	65,9	7,5	22,3	3,8	0,0	0,4
Trier-Saarburg	7 300	3 758	3 542	77,2	16,7	6,1	53,8	10,0	28,8	5,9	0,7	0,8
Reg. Bez. Trier	23 274	11 893	11 381	79,6	15,6	4,7	59,8	11,2	22,8	5,0	0,4	0,7
Kreisfreie Städte												
Frankenthal (Pfalz)	346	185	161	9,2	28,6	62,1	3,2	7,5	24,9	26,0	6,6	31,8
Kaiserslautern	261	162	99	41,8	6,9	51,3	43,7	1,9	3,4	12,3	2,7	36,0
Landau i. d. Pfalz	151	102	49	23,8	24,5	51,7	9,9	21,2	13,9	23,8	9,9	21,2
Ludwigshafen a. Rhein	2 108	1 348	760	24,8	18,4	56,8	2,8	3,5	44,0	11,4	5,2	33,0
Mainz	546	351	195	18,3	15,9	65,8	5,9	2,4	39,2	12,6	13,2	26,7
Neustadt a. d. Weinstr.	509	306	203	24,4	17,7	58,0	7,3	22,0	20,0	14,5	7,9	28,3
Pirmasens	261	154	107	54,4	22,2	23,4	5,7	30,7	14,3	25,0	14,3	10,0
Speyer	241	164	77	4,6	12,4	83,0	3,7	2,9	7,5	30,3	7,9	47,7
Worms	599	413	186	19,9	21,2	58,9	9,5	7,3	35,1	15,9	7,7	24,5
Zweibrücken	165	120	45	4,8	19,4	75,8	3,6	2,4	8,5	27,3	7,3	50,9
Landkreise												
Alzey-Worms	5 095	2 696	2 399	71,2	18,9	9,9	45,1	14,9	29,2	5,9	0,7	4,1
Bad Dürkheim	4 003	2 186	1 817	61,2	24,2	14,7	29,4	9,6	45,1	10,9	1,3	3,7
Donnersbergkreis	4 213	2 231	1 982	78,8	15,6	5,6	61,5	7,7	24,5	4,9	0,7	0,7
Germersheim	2 724	1 504	1 220	57,6	26,8	15,6	16,7	18,5	48,8	10,4	0,9	4,7
Kaiserslautern	4 136	2 183	1 953	63,8	24,8	11,5	26,4	21,5	40,4	8,8	1,5	1,5
Kusel	5 032	2 735	2 297	73,8	19,5	6,7	51,3	10,9	29,0	7,5	0,6	0,8
Landau-Bad Bergzabern	5 471	2 861	2 610	71,4	18,8	9,8	46,2	10,7	34,5	5,2	0,6	2,9
Ludwigshafen	4 617	2 535	2 082	56,2	28,0	15,8	12,9	19,1	51,9	10,2	1,3	4,7
Mainz-Bingen	6 244	3 427	2 817	63,1	19,7	17,2	33,9	13,3	33,9	8,9	1,6	8,6
Bingen, St.	217	143	74	9,2	17,1	73,7	3,2	10,6	18,4	17,5	3,2	47,0
Ingelheim am Rhein, St.	381	201	180	34,4	23,6	42,0	5,8	19,9	30,2	20,5	4,2	19,4
Pirmasens	3 224	1 733	1 491	66,9	24,6	8,6	31,8	15,1	44,0	7,8	0,4	1,0
Zweibrücken	1 550	867	683	68,3	25,4	6,3	35,3	17,1	38,1	7,8	0,3	1,5
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	51 496	28 263	23 233	62,5	21,4	16,1	33,9	13,2	36,5	8,6	1,6	6,1
Rheinland-Pfalz	135 400	72 483	62 917	70,8	18,5	10,7	45,7	12,9	29,8	7,0	1,1	3,5
Kreisfreie Städte	5 840	3 749	2 091	24,1	18,8	57,1	9,1	6,5	32,7	14,6	6,4	30,6
Landkreise	129 560	68 734	60 826	72,9	18,5	8,7	47,3	13,2	29,7	6,6	0,8	2,3

1) Nach dem Bildungssystem z. Z. der Zählung.

Ausbildungspendler zeigt eine starke Abweichung zwischen Stadt und Land. Zwar stimmen die Anteilsätze der 15- bis 18jährigen Pendler nahezu überein, aber während fast drei von vier Ausbildungspendlern aus den Landkreisgemeinden unter 15 Jahre alt sind, trifft dies nur auf einen von vier Ausbildungspendlern aus den kreisfreien Städten zu. Besonders signifikant ist die Abweichung bei den über 18 Jahre alten Pendlern, zu denen in den kreisfreien Städten mit einem Anteil von 57,1% mehr als die Hälfte, in den kreisangehörigen Gemeinden aber nur 8,7% der Ausbildungspendler zählen. Diese stark divergierende Altersstruktur der Ausbildungspendler spiegelt die unterschiedliche Ausgangsposition der Schüler aus Stadt und Land wider, auf die zuvor verwiesen worden war.

Jeder zweite Ausbildungsfernpendler ist Student

Außer den 135 400 Schülern und Studierenden, die die örtliche Distanz zwischen Wohn- und Ausbildungsort durch tägliches Pendeln überwinden, ermittelte die Volks- und Berufszählung 1970 25 812 weitere Schüler und Studierende, die ebenfalls nicht am Familienwohnsitz ihrer Ausbildung nachgehen können, aber am Ausbildungsort einen zweiten Wohnsitz unterhalten und somit zu den Ausbildungsfernpendlern zählen. Sie kehren nur an den Wochenenden oder in größeren zeitlichen Abständen - etwa in den Semesterferien - an den Familienwohnsitz zurück. Dort gehören sie nicht zur Wohnbevölkerung und sind deshalb in den Pendlerzahlen nicht enthalten.

Etwa 26% der Ausbildungsfernpendler haben ihren Familienwohnsitz in den kreisfreien Städten und rund 74% kommen aus den kreisangehörigen Gemeinden des Landes. In den meisten kreisfreien Städten übertrifft die Zahl der Ausbildungsfernpendler diejenige der Tagespendler, während die Zahl der aus den Landkreisen stammenden Ausbildungsfernpendler hinter derjenigen der Tagespendler außerordentlich stark zurückbleibt. In den kreisfreien Städten Frankenthal, Ludwigshafen, Mainz, Neustadt und Worms, von denen aus die Universitätsstädte Mannheim, Heidelberg und Frankfurt leicht erreichbar sind, übersteigt demgegenüber die Zahl der Schüler und Studierenden, die täglich zwischen Wohnort und Ausbildungsstätte pendeln, die Zahl derjenigen, die am Ausbildungsort einen

Zweitwohnsitz unterhalten und den Fernpendlern zuzurechnen sind.

Nahezu die Hälfte der Ausbildungsfernpendler studiert an einer Hochschule, 19% an einer Berufsfach-, Fach- oder Ingenieurschule. Die Schüler an allgemeinbildenden Schulen - es dürfte sich hierbei vorzugsweise um Internatsschüler handeln - stellen ein knappes Drittel der Ausbildungsfernpendler; in dieser Gruppe dominieren die Gymnasiasten stark.

Die Mädchen sind unter den Ausbildungsfernpendlern zahlenmäßig geringer vertreten als es ihrem Anteil an den in Ausbildung befindlichen Personen entspricht. 48% der Schüler und Studierenden, 46% der Ausbildungstagespendler, aber nur 38% der Ausbildungsfernpendler sind weiblichen Geschlechts.

Dabei schwankt die Geschlechterrelation unter den Ausbildungsfernpendlern je nach Art der besuchten Schule erheblich. Unter den Ausbildungsfernpendlern, die eine Realschule oder eine Berufsfach- bzw. Fachschule besuchen, sind die Mädchen überrepräsentiert, während sie unter den fern vom Familienwohnsitz ihrer Ausbildung nachgehenden Schülern und Studenten an Grund- und Hauptschulen, an Gymnasien, Ingenieur- und Hochschulen weniger zahlreich vertreten sind als es nach ihrem Anteil an den auf diese Schularten entfallenden Schülerzahlen zu erwarten wäre.

Die Tatsache, daß nahezu 70% der Ausbildungsfernpendler dem Bereich der berufsbildenden Schulen und Universitäten zuzuordnen sind, schlägt sich in der Altersgliederung nieder. Mehr als die Hälfte dieser Schüler und Studierenden sind über 20 Jahre alt. Wegen des von den Männern zu leistenden Wehrdienstes ist der Anteil der über 20jährigen mit 64,4% bei den männlichen Personen erheblich höher als bei den Frauen, wo er sich nur auf 45,6% stellt. Natürlich ist in diesem Zusammenhang auch der Umstand relevant, daß die von den Mädchen bevorzugte Berufsfach- und Fachschulausbildung von kürzerer Dauer ist als die von den Männern mehr als von Frauen wahrgenommene Ausbildung an Ingenieur- und Hochschulen. 19% der Jungen und 37% der Mädchen, die fern vom Familienwohnsitz zur Schule gehen, sind 15 bis 20 Jahre alt, während auf die unter 15 Jahre alten Anteile von 16 bzw. 18% entfallen.

Dr. G. Nellessen-Schumacher

Produktionsverhältnisse im Baumobstanbau 1972

Angesichts der in den letzten Jahren in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) häufiger aufgetretenen Überangebote bei einzelnen Obstarten erließ der Rat der EG unter dem 26. Juli 1971 die Richtlinie 71/286/EWG über die Durchführung statistischer Erhebungen zur Ermittlung des Produktionspotentials bestimmter Baumobstanlagen. Sie sollen, beginnend 1972, alle fünf Jahre durchgeführt werden und einheitliche Beobachtungen sowie mittelfristige Vorausschätzungen der Erzeugung und des Marktangebotes von Tafeläpfeln, Tafelbirnen, Pfirsichen und Apfelsinen in der Gemeinschaft ermöglichen. Für die genannten Obstarten sind im wesentlichen - in der

Bundesrepublik Deutschland allerdings nur bei Äpfeln und Birnen - die Sorten und Pflanzdichten sowie die Pflanzjahre nachzuweisen.

Die erforderliche nationale Rechtsgrundlage für die Baumobsterhebung 1972 bildete das Gesetz über eine Zählung in der Land- und Forstwirtschaft vom 23. 12. 1970 (BGBl. I S. 1852). Sie fand hier gemeinsam mit der als Nacherhebung zur Landwirtschaftszählung 1971 ablaufenden Gartenbauerhebung Ende 1972 statt und erstreckte sich über die Forderungen der EG hinausgehend, auf Äpfel, Birnen, Süß- und Sauerkirschen, Pflaumen, Zwetschen, Mirabellen, Renekloden, Apriko-

Betriebsgrößen- klasse nach der Baumobstfläche	Insgesamt		Äpfel		Birnen		Süßkirschen		Sauerkirschen		Pflaumen und Zwetschen	
	Be- triebe	Fläche	Be- triebe	Fläche	Be- triebe	Fläche	Be- triebe	Fläche	Be- triebe	Fläche	Be- triebe	Fläche
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
unter 0,2 ha	1 430	193	484	37	227	10	470	30	845	80	316	17
0,2 - 0,5 "	2 216	699	950	135	486	35	1 003	103	1 551	304	763	69
0,5 - 1 "	1 508	1 022	759	193	386	58	803	128	1 210	454	703	109
1 - 2 "	844	1 138	545	276	253	71	516	124	699	455	467	131
2 - 3 "	312	747	246	198	130	53	209	68	286	279	211	100
3 - 5 "	255	949	234	329	110	60	174	69	232	297	188	118
5 und mehr "	169	1 336	159	533	110	113	132	82	158	354	124	130
Insgesamt	6 734	6 084	3 377	1 700	1 702	399	3 307	605	4 981	2 223	2 772	674

sen, Pfirsiche und Walnüsse, wenn sie zu Verkaufszwecken als Hauptnutzung auf einer Fläche von 10 ar und mehr angebaut wurden. Baumobst als Hauptnutzung lag dann vor, wenn auf einer Fläche nur Obstbäume standen. Waren neben den Obstbäumen auch noch andere Kulturen vorhanden, so galt Baumobst dann als Hauptnutzung, wenn sich die Bäume noch nicht im Ertragsalter befanden bzw. der erzielbare Erlös aus der Obsternte normalerweise höher zu veranschlagen war als der Erzeugungswert aus der Unter- bzw. Zwischenkultur.

Vergleichsmöglichkeiten zu den Ergebnissen der Obstbaumzählung 1965 sind wegen der unterschiedlichen Abgrenzung der Erfassungsbereiche, besonders hinsichtlich Hauptnutzung und Verkaufsanbau, kaum gegeben. Gegenüber den Flächenangaben für die Obstanlagen aus der jährlichen Bodennutzungserhebung bestehen insofern entscheidende Unterschiede, als bei der letzteren auch der teilweise noch recht erhebliche Selbstversorgeranbau enthalten ist.

Äpfel und Sauerkirschen führend

Im Jahre 1972 befaßten sich in Rheinland-Pfalz rund 6 700 Betriebe auf einer Fläche von 6 100 ha mit dem Verkaufsanbau von Baumobst. Die Gesamtzahl der Obstbäume belief sich auf 2,7 Mill. Auf den Tafelobstanbau entfielen gut 3 800 ha. Abgesehen von den Sauerkirschen, die größtenteils an die Verwertungsindustrie gehen, dienten bei Mirabellen und Renekloden 35%, bei Pflaumen und Zwetschen 23%, bei Süßkirschen 16%, bei Pfirsichen 5%, bei Aprikosen 10%, bei Äpfeln 6% und bei Birnen 4% der Flächen nicht der Erzeugung von Frischware. Unter den einzelnen Regierungsbezirken hatte Rheinhessen-Pfalz mit seinen Anbauschwerpunkten in Rheinhessen und der Vorderpfalz die meisten Obstbaubetriebe (5 400) in seinen Grenzen. Es folgte in weitem Abstand der Bezirk Koblenz (1 130) mit dem Anbauzentrum am Mittelrhein und im Landkreis Ahrweiler. Im Bezirk Trier fanden sich, vorwiegend im klimatisch bevorzugten Moseltal und den angrenzenden Gebieten, nur rund 160 Betriebe mit Baumobst als Hauptnutzung. Von der Anbaufläche kamen allein 4 900 ha auf den südlichen Landesteil. Rund 1 060 ha lagen im Bezirk Koblenz und rund 130 ha in Trier.

Ein Blick auf die Gliederung nach dem Umfang der Baumobstfläche läßt erkennen, daß sie in mehr als der Hälfte aller Betriebe keine 0,5 ha erreich-

te. Mit knapp 900 ha waren sie lediglich zu 15% an der Gesamtfläche aller Betriebe beteiligt. Zwischen 0,5 und 1 ha wies ein Viertel der Betriebe mit 17% der Fläche nach. Eine Obstfläche von 1 bis 2 ha bewirtschafteten 850 Betriebe (13%). Die zugehörige Fläche machte knapp 20% aus. Obstbau auf mehr als 2 ha wurde nur in 11% der Fälle betrieben, zu ihnen gehörten mit 3 000 ha jedoch über die Hälfte aller Anlagen und Bäume.

Mit Anteilen von 37 bzw. 28% an der gesamten Baumobstfläche waren Sauerkirschen und Äpfel die verbreitetsten Obstarten in Rheinland-Pfalz. Wegen der bei den Sauerkirschen üblichen größeren Standweiten rangierten von der Zahl der Bäume her gesehen die Äpfel (43%) eindeutig an der Spitze. Größere Verbreitung hatten ferner Pflaumen und Zwetschen (11%), Süßkirschen (10%) und Birnen (7%). Die übrigen Arten blieben jeweils unter 3% der Anbaufläche. Während vor allem Äpfel, Birnen, Süß- und Sauerkirschen eine gleichmäßigere Verteilung auf den Norden und Süden des Landes zeigten, konzentrierte sich der Anbau von Pflaumen und Zwetschen, Mirabellen, Renekloden, Pfirsichen und Aprikosen vorwiegend im südlichen Landesteil. Dies trifft im besonderen Maße für letztere zu, die im Raum Mainz/Bingen ein geschlossenes Anbaugbiet aufweisen, das darüber hinaus das größte in der Bundesrepublik darstellt.

Golden Delicious und Cox Orange bevorzugte Apfelsorten

Für die Rentabilität des Obstbaues kommt besonders beim Kernobst der Sortenfrage eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Hier gilt es in erster Linie solche Sorten zu wählen, die auch über eine gute Lagerfähigkeit verfügen und somit im Winterhalbjahr mit den Importen aus den Ländern der südlichen Hemisphäre konkurrieren können. Dies ist bei den im Land vorherrschenden Apfelsorten Golden Delicious und Cox Orange in der Regel gegeben. Mit 560 bzw. 320 ha entfielen auf sie gut 33 bzw. 19% der gesamten Apfelfläche. Nicht zuletzt auch wegen ihrer ansprechenden Geschmacksrichtung haben sie vornehmlich in den letzten zehn Jahren einen gewaltigen Aufschwung genommen. Das Gegenteil ergab sich beim Weißen Klarapfel und bei der Sorte Lodi, die 1972 lediglich noch 3 bzw. 8% der Anbaufläche ausmachten. Die zur Reifezeit dieser beiden auch von der Qua-

Obstart Sorte	Ins- gesamt	Mit einem Alter der Bäume von ... Jahren						Mit ... Bäumen pro ha			
		unter 1	1 - 4	5 - 9	10 - 14	15 - 24	25 und mehr	unter 400	400 - 800	800 - 1 600	1 600 und mehr
		ha									
Äpfel	1 700	34	312	647	365	221	120	411	726	500	64
Golden Delicious	564	11	159	282	87	22	3	80	263	195	26
Cox Orange	322	6	41	125	83	61	5	50	119	139	13
James Grieve	133	1	10	58	38	22	4	23	70	40	1
Lodi	132	0	7	61	46	16	2	31	77	23	1
Birnen	399	2	42	146	101	61	47	154	169	73	3
Williams Christ	93	0	12	35	25	15	6	28	44	20	0
Alexander Lucas	85	1	10	41	23	7	4	24	41	19	2
Clapps Liebling	52	0	3	11	11	14	13	33	14	4	0
Gellerts Butterbirne	46	0	6	19	9	5	7	19	18	9	0
Süßkirschen	605	5	58	138	124	163	116	562	40	2	0
Sauerkirschen	2 223	28	434	801	573	294	93	1 208	967	46	2
Pflaumen und Zwetschen	674	11	67	112	144	241	99	520	148	6	-
Mirabellen und Renekloden	141	1	19	23	34	42	22	122	18	1	0
Aprikosen	153	1	7	25	62	48	10	131	21	1	-
Pfirsiche	168	4	29	45	56	32	2	61	99	7	1

lität her nicht besonders befriedigenden Frühsorten bereits auf dem Markt befindlichen Äpfel aus den französischen Früherntegebieten haben weitgehend zu ihrem Niedergang beigetragen. Größere Bedeutung hatten ferner noch der James Grieve (8%) sowie die seit längerem bewährten Sorten Boskoop (6%), Goldparmäne (6%) und Geheimrat Oldenburg (5%). In den Birnenanlagen standen Williams Christ (23%), Alexander Lucas (21%), Clapps Liebling (14%) und Gellerts Butterbirne (12%) an führender Stelle.

Bei Äpfeln und Birnen vorwiegend niedrige Baumformen

Die im Rahmen der Aufbereitung der Erhebung anhand der angegebenen Pflanzabstände vorgenommene Einteilung der Baumobstflächen nach der Zahl der Bäume pro ha läßt aus betriebswirtschaftlicher Sicht insofern wertvolle Schlüsse zu, als im modernen Obstbau neben niederen Baumformen auch durch entsprechende Standweiten ein hoher Mechanisierungsgrad der Baum- und Bodenpflegemaßnahmen sowie der Erntearbeiten angestrebt wird. Dabei muß selbstverständlich immer ein Kompromiß zwischen den Vorteilen einer Arbeitsvereinfachung und einem möglichen höheren Hektarertrag gefunden werden. Vom obstbaulichen Standpunkt her richtet sich der Baumabstand und damit die Pflanzdichte dagegen immer nach der zu erwartenden Wuchskraft der Arten, Sorten und Unterlagen sowie der allgemeinen standortbedingten Wuchsleistung.

Im Jahre 1972 standen beim Kernobst ein Viertel der Apfel- und gut ein Drittel der Birnbäume auf Flächen mit weniger als 400 Bäumen je ha. Hierbei handelte es sich neben vereinzelt auftretenden Hoch- und Halbstämmen um Viertelstammanlagen. Knapp die Hälfte aller Apfel- und Birnenbestände fand sich in Anlagen mit Pflanzdichten von 400 bis 800 Bäumen pro ha. Hier dürften Büsche und Spindeln von mittlerer Triebstärke sowie sehr schwach wachsende Viertelstämme im Vordergrund gestanden haben. 800 bis 1 600 Bäume pro ha, größten-

teils wohl Büsche und Spindeln auf schwach bis sehr schwach wachsender Unterlage, ergaben sich für 29% der Apfel- und knapp 20% der Birnenflächen. Ausgesprochene Dichtpflanzungen mit 1 600 und mehr Bäumen wurden bei Birnen kaum, bei Äpfeln immerhin 64 ha (3,8%) festgestellt. Im Gegensatz dazu sind beim Steinobst, verbunden mit dem Vorkommen höherer Baumformen, allgemein größere Baumabstände üblich. Mit Ausnahme von Sauerkirschen und Pfirsichen errechneten sich hier, für teilweise mehr als drei Viertel aller Flächen, Standräume von weit mehr als 25 Quadratmeter pro Baum, was einer Dichte von weniger als 400 Bäumen pro ha entspricht. Lediglich bei den bereits genannten Sauerkirschen und Pfirsichen, wo der Busch eine größere Verbreitung erlangt hat, war die Klasse von 400 bis 800 Bäumen je ha mit 44 bzw. 59% ungleich stärker vertreten.

17% Junganlagen

Im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit des Obstbaues spielt auch das Alter der Bäume eine entscheidende Rolle, wobei allerdings der Zeitpunkt, von dem ab mit rückläufigen Erträgen zu rechnen ist, je nach Obstart und Baumform erhebliche Unterschiede aufweist. Nach den Angaben der Auskunftspflichtigen waren im Jahre 1972 in Rheinland-Pfalz 8,4% der Obstflächen älter als 25 Jahre, 18% befanden sich im Alter von 15 bis 24 Jahren. 10 bis 14 Jahre wies ein Viertel und 5 bis 9 Jahre ein Drittel der Bestände auf. Damit dürfte mehr als die Hälfte aller Anlagen in vollem Ertrag gestanden haben. Der Anteil der noch nicht bzw. erst wenig ertragsfähigen Junganlagen bis 4 Jahre machte rund 17% aus, wobei lediglich 85 ha oder 1,4% im Herbst 1972 angelegt wurden.

Die einzelnen Obstarten zeigten dagegen teilweise einen völlig anderen Altersaufbau. So fällt vor allem das Vorherrschen der älteren Bestände von 15 und mehr Jahren bei Pflaumen und Zwetschen (51%), Süßkirschen sowie Mirabellen und Renekloden (je 46%) und Aprikosen (38%) bei gleichzei-

tig niedrigem Anteil der Junganlagen auf, die maximal 14% erreichten. Überdurchschnittlich viel Junganlagen ergaben sich dagegen bei Sauerkirschen (21%) sowie Äpfeln und Pfirsichen (je 20%). Diese Arten lagen neben Pflaumen und Zwetschen auch bei den Neupflanzungen unter 1 Jahr weit an

der Spitze. Angesichts dieser Tatsache können in den nächsten Jahren diese Obstarten weiterhin ihre Stellung halten, während die Bedeutung der übrigen zunehmend geringer werden dürfte.

Diplom-Agraringenieur W. Laux

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 685	3 698	3 691	3 693	3 695
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 204	2 137	1 616	2 191	2 098	1 112 ^p	1 414 ^p	2 217 ^p	2 062 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,0	5,8	5,7	7,0	6,9	3,5 ^p	5,0 ^p	7,1 ^p	6,8 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 420	3 083	2 928	3 247	3 124	2 886 ^p	2 685 ^p	3 113 ^p	3 272 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,3	8,3	10,3	10,4	10,3	9,2 ^p	9,5 ^p	9,9 ^p	10,8 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene) 3)	Anzahl	3 660	3 682	3 479	3 800	3 689	3 633 ^p	3 403 ^p	3 933 ^p	3 783 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,9	10,0	12,3	12,1	12,2	11,6 ^p	12,0 ^p	12,5 ^p	12,4 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	82	76	77	67	80	93	52	81	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	24,0	24,7	26,3	20,6	25,6	32,2	19,4	26,0	...
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	- 240	- 599	- 551	- 553	- 565	- 747 ^p	- 718 ^p	- 820 ^p	- 511 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,7	- 1,6	- 1,9	- 1,8	- 1,9	- 2,4 ^p	- 2,5 ^p	- 2,6 ^p	- 1,7 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 377	10 464	8 616	10 136	10 515
* Fortgezogene	Anzahl	9 150	8 997	7 379	7 967	8 428
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 227	1 467	1 237	2 169	2 087
* Innerhalb d. Landes Umgezogene ⁴⁾	Anzahl	10 508	10 958	8 672	9 450	10 043
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	12,9	14,7	20,3	12,9	10,8	37,6	38,1	33,2	29,5
* Männer	1 000	7,8	8,5	14,0	7,4	5,3	25,1	25,2	21,0	17,5
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	776	715	3 229	675	108	1 461	1 395	681	238
Bauberufe	Anzahl	887	1 006	1 617	789	439	4 779	5 024	4 397	3 559
Industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	5 746	6 256	7 931	5 650	4 877	16 474	16 946	15 089	12 507
Offene Stellen	Anzahl	27 090	28 810	29 938	31 513	32 787	15 064	15 929	17 115	17 323
Männer	Anzahl	16 842	18 662	19 608	20 228	21 136	9 419	9 683	10 091	10 042
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	316	444	509	539	481	197	281	307	297
Bauberufe	Anzahl	2 623	2 704	3 163	3 216	3 258	848	780	803	967
Industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	11 549	13 068	13 172	13 820	14 554	5 816	6 018	6 466	6 536
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	678	693
* Milchkühe	1 000	251	250
* Schweine	1 000	744	737	.	773	.	.	.	727	.
* Zuchtsauen	1 000	70	71	.	73	.	.	.	72	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	42	45	.	45	.	.	.	47	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	16	16	14	14	15	19	15	17	18
* Kälber	1 000	1	1	1	1	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000	98	93	90	93	104	97	84	91	102
* Hausschlachtungen	1 000	18	18	22	21	19	26	20	21	17
* Schlachtmengen ⁵⁾	1 000 t	11,1	10,5	9,5	10,0	11,4	10,8	9,3	10,4	12,3
* Rinder	1 000 t	4,3	4,3	3,7	4,0	4,3	4,8	4,0	4,5	5,0
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,6	6,2	5,7	5,9	6,9	5,9	5,2	5,7	7,1
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier ⁶⁾	1 000	165	167	250	300	250	168	153	248	198
* für Legehennenküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	61	68	94	48	57	105	83	53	102
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	80	78	72	86	85	73	71	85	86
* an Molkereien geliefert	%	83,1	84,5	81,7	82,0	84,3	83,3	82,5	82,2	85,3
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,4	10,3	10,3	11,0	11,4	9,4	10,1	10,9	11,4

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Inneren und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	3 059	2 997	3 007	3 008	2 998	2 959	2 944	2 938	2 925
* Beschäftigte	1 000	404	407	404	406	405	403	401	401	400
* Arbeiter 2)	1 000	298	299	297	298	298	293	292	292	291
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	45 571	45 676	44 800	47 628	44 642	45 014	42 166	44 601	43 705
Löhne und Gehälter	Mill. DM	591	669	578	611	613	656	616	684	705
* Löhne	Mill. DM	384	434	370	400	399	423	386	437	453
* Gehälter	Mill. DM	207	235	208	211	215	233	230	247	252
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	76	74	73	69	68	99	94	107	88
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	87	92	80	94	92	92	84	86	93
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	4	1	1	2	1	2	2	2	2
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	83	91	79	92	91	90	82	84	91
* Heizölverbrauch	1 000 t	207	216	232	247	228	215	191	201	189
* leichtes Heizöl	1 000 t	40	39	48	48	43	42	38	39	33
* schweres Heizöl	1 000 t	167	177	184	199	185	173	153	162	156
* Stromverbrauch	Mill. kWh	847	871	816	882	847	894	854	968	946
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	299	283	284	308	280	294	289	325	286
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 815	3 125	2 909	3 120	2 965	3 431	3 550	3 668	3 633
* Auslandsumsatz	Mill. DM	637	757	700	720	718	920	1 113	1 154	1 084
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1962 = 100	234	246	241	240	261	224	238	243 ^p	261 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	247	262	262	259	277	244	258	262 ^p	277 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1962 = 100	247	263	262	259	279	242	257	262	278
Energiewirtschaft	1962 = 100	228	245	255	246	246	269	274	265 ^p	258 ^p
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1962 = 100	264	283	284	283	303	267	287	286	304
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	180	179	123	166	203	108	125	158	181
Chemische Industrie	1962 = 100	317	341	363	346	365	341	365	348	372
* Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	322	334	318	316	358	290	312	327	363
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1962 = 100	299	270	253	242	290	203	251	260	318
* Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	183	191	203	202	204	171	185	195	187
Schuhindustrie	1962 = 100	102	89	113	103	89	91	94	90	80
* Nahrungs- und Genußmittel- industrien	1962 = 100	182	196	184	175	188	200	175	182	207
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	166	161	126	141	174	120	130	140	171
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	103	103	.	102	.	.	.	98	.
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1962 = 100	223	247	.	228	.	.	.	208	.
* Handwerksumsatz	VjD 1962 = 100	227	258	.	229	.	.	.	214	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	221	234	305	283	230	328	287
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 266	1 454	1 273	1 394	1 365	1 638	1 556
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	384	517	421	462	476	634	610
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	1 088	1 155	1 137	1 198	1 104	1 313	1 214
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,3	0,1	0,4	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2
Gasbezug 4)	Mill. cbm	119	127	141	147	70	166	147	144	...
Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	120	127	142	147	71	166	147	144	...
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	89 423	87 137	84 209	86 505	87 408	81 822	79 386	80 008	80 774
Facharbeiter	Anzahl	48 787	48 502	45 349	48 442	48 719	45 478	44 366	44 728	45 412
Fachwerker und Werker	Anzahl	26 017	23 651	23 918	23 230	23 821	21 289	20 076	20 419	20 600
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 348	12 311	9 690	11 723	12 443	9 580	9 346	10 467	11 999
Privater Bau	1 000	7 887	7 271	5 907	6 920	7 402	5 813	5 546	6 092	6 748
Wohnungsbau	1 000	5 235	4 935	3 978	4 811	5 188	3 838	3 595	4 040	4 473
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	122	94	53	74	66	66	67	94	84
Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 530	2 242	1 876	2 035	2 148	1 909	1 884	1 958	2 191
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	5 461	5 040	3 783	4 803	5 041	3 767	3 800	4 375	5 251
Hochbau	1 000	1 346	1 142	992	1 259	1 203	879	914	1 024	1 228
Tiefbau	1 000	4 115	3 898	2 791	3 544	3 838	2 888	2 886	1 827	4 023
Straßenbau	1 000	1 909	1 836	1 273	1 667	1 807	1 287	1 247	1 524	1 826
Löhne und Gehälter	Mill. DM	131	139	100	119	128	122	110	118	136
* Löhne	Mill. DM	118	124	86	106	115	106	95	103	121
* Gehälter	Mill. DM	13	15	13	13	13	16	15	15	15
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	332	347	214	279	242	256	287	267	299

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ungerechnet auf den Heizwert von 8 400 Kcal/Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere (n) Bundesländer (n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Ab März 1974 vorläufige Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 496	1 418	1 399	1 458	1 403	974	792	1 036	1 243
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 332	1 282	1 245	1 307	1 241	859	733	970	1 186
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 813	1 627	1 627	1 666	1 706	1 242	1 085	1 089	1 232
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	273	267	261	264	276	213	193	191	220
* Wohnfläche	1 000 qm	313	281	288	292	294	219	182	179	203
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	253	268	223	244	245	270	208	174	197
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 010	1 128	700	1 276	970	1 050	725	601	549
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	110	141	91	164	86	163	114	115	72
* Nutzfläche	1 000 qm	175	201	136	226	174	191	126	122	102
* Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	2 742	3 282	3 446	3 279	3 362	2 616	2 218	1 986	2 181
Bauleistungspreise (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel- schwerer Boden)	1962 = 100	124	132	125	.	.	.	137	.	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	189	201	195	.	.	.	206	.	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	192	208	199	.	.	.	215	.	.
Leichttrennwand	1962 = 100	197	213	204	.	.	.	218	.	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahl- betonfertigteilen)	1962 = 100	176	190	181	.	.	.	195	.	.
Beton für Wände	1962 = 100	182	197	187	.	.	.	199	.	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	137	147	139	.	.	.	159	.	.
Innenwandputz	1962 = 100	198	222	206	.	.	.	230	.	.
Deckenputz	1962 = 100	191	214	199	.	.	.	221	.	.
Außenwandputz	1962 = 100	205	230	215	.	.	.	236	.	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	170	189	178	.	.	.	193	.	.
Zimmertür, einflügelig	1962 = 100	182	202	195	.	.	.	221	.	.
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	737,5	866,8	803,8	870,5	796,3	1 068,0	1 065,4	1 256,4	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	25,5	41,4	30,7	32,8	32,9	43,5	38,2	47,4	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	712,0	825,5	777,1	837,6	763,3	1 024,6	1 027,2	1 209,0	...
* Rohstoffe	Mill. DM	10,3	11,5	10,9	11,7	12,4	11,9	10,3	13,1	...
* Halbwaren	Mill. DM	35,5	44,8	39,0	44,5	40,3	63,8	73,5	110,8	...
* Fertigwaren	Mill. DM	666,3	769,1	723,3	781,5	710,7	948,9	943,4	1 085,0	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	235,3	280,2	243,9	286,7	255,0	354,6	358,7	419,2	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	431,0	488,9	479,4	494,8	455,6	594,3	584,7	665,8	...
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
EG-Länder	Mill. DM	350,1	402,3	379,9	410,8	379,8	505,3	509,4	599,8	...
Frankreich	Mill. DM	122,9	133,1	125,7	137,7	131,5	171,1	159,6	175,9	...
Belgien-Luxemburg	Mill. DM	51,4	60,8	57,0	58,7	57,7	64,5	73,8	85,2	...
Niederlande	Mill. DM	55,7	69,3	64,4	78,6	60,7	94,3	103,1	124,6	...
Italien	Mill. DM	65,4	73,6	70,3	63,4	70,1	99,3	91,0	119,9	...
Großbritannien	Mill. DM	38,3	46,6	44,2	51,8	37,5	53,3	56,1	66,3	...
Republik Irland	Mill. DM	1,7	2,6	1,7	2,3	3,3	3,6	3,0	9,2	...
Dänemark	Mill. DM	14,7	18,8	16,6	18,4	18,3	19,3	22,9	24,8	...
Österreich	Mill. DM	33,8	35,8	39,5	36,3	35,7	37,2	40,3	43,1	...
Schweiz	Mill. DM	41,7	46,1	43,7	49,9	43,0	54,0	52,8	64,9	...
USA und Kanada	Mill. DM	49,2	54,9	54,1	57,2	60,8	50,0	58,8	52,0	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	103,9	133,0	121,7	128,7	109,4	196,7	167,9	190,8	...
Ostblockländer	Mill. DM	36,0	48,1	41,0	44,8	40,0	54,7	57,7	76,7	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	480,5	522,7	498,7	522,7	509,0	694,6	654,6	697,3	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	83,3	103,1	114,5	104,4	109,6	115,7	92,2	114,4	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	397,2	419,7	384,3	418,3	399,4	578,9	562,4	583,0	...
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	105	108	106	106	107	107	106	107	...
* Umsatz	1970 = 100	122	135	115	135	137	126	116	140	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100	119	130	104	114	122	126	114	134	...
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	124	139	121	141	138	129	125	143	...
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1970 = 100	122	133	96	127	148	128	96	134	...
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1970 = 100	131	150	136	151	152	125	134	168	...
Elektrotechnische, feinmechani- sche und optische Erzeugnisse	1970 = 100	124	137	104	116	118	135	116	136	...
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	1970 = 100	115	117	119	161	145	82	85	118	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	100	100	94	97	101	94	93	97	...
Teilbeschäftigte	1970 = 100	117	115	108	109	115	108	115	111	...
* Umsatz	1970 = 100	112	116	89	111	118	90	102	113	...
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	113	120	77	101	119	80	89	104	...
Gaststättengewerbe	1970 = 100	109	116	98	118	116	98	112	120	...
Fremdenverkehr										
in 286 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	261	256	116	151	249	114	119	155	...
* Auslandsgäste	1 000	54	49	13	18	46	13	13	18	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	988	998	455	598	921	445	472	605	...
* Auslandsgäste	1 000	134	122	34	42	110	30	32	45	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	3 099	3 143	2 748	3 561	3 499	2 518	2 637	2 944	...
* Gütereingang	1 000 t	1 555	1 677	1 474	1 773	1 824	1 355	1 389	1 575	...
* Güterversand	1 000 t	1 544	1 466	1 274	1 788	1 675	1 163	1 248	1 369	...
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 166	3 649	3 546	4 158	3 373	3 089	2 942	3 646	3 518
Ladung	1 000 t	2 604	2 679	2 098	2 808	2 790	2 487	2 404	2 799	2 648
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	65	72	61	68	81	79	81	76	74
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 580	4 140	4 167	4 709	3 915	2 672	3 446	4 331	3 869
Ladung	1 000 t	1 158	1 323	1 135	1 356	1 411	1 273	1 456	1 645	1 405
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	60	70	59	63	78	74	78	72	70
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 664	11 174	13 181	17 225	15 054	7 003	8 207	11 718	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	165	212	130	345	389	76	149	286	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	10 427	9 899	11 849	15 247	13 381	6 256	7 249	10 211	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	613	580	643	788	717	330	368	549	...
Zugmaschinen	Anzahl	391	406	503	742	482	291	390	602	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	450	481	350	302	801	249	269	565	...
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderte Personen	1 000	28 074	29 796	32 070	29 770	25 215	31 071	35 856	31 809	...
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	23 892	24 734	26 836	24 102	22 195	25 851	29 540	26 143	...
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	3 674	4 549	4 967	5 313	2 597	4 986	5 999	5 288	...
Berufsverkehr	1 000	900	1 017	1 254	1 133	1 083	1 026	1 007	1 004	...
Gelegenheitsverkehr	1 000	508	514	267	355	423	234	317	378	...
Ausflugsfahrten	1 000	110	103	47	64	79	40	54	67	...
Ferienziel - Reisen	1 000	3	3	0	1	2	0	1	1	...
Mietwagenverkehr	1 000	395	408	220	290	342	194	262	310	...
Wagenkilometer	1 000	11 704	12 996	10 954	12 433	10 903	12 171	11 528	12 425	...
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl		7 595	7 256	7 142	6 716	7 559	5 277	5 454	6 343	6 690
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 912	1 802	1 665	1 685	1 776	1 205	1 233	1 525	1 735
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 683	5 454	5 477	5 031	5 783	4 072	4 221	4 818	4 955
bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten	Anzahl	4 470	4 832	4 243	3 873	4 515	3 123	3 259	3 714	3 835
über 1 000 DM bei einem Beteiligten	Anzahl	1 213	1 215	1 234	1 158	1 268	949	962	1 104	1 120
* Getötete Personen	Anzahl	101	90	68	97	73	61	50	59	69
Pkw - Insassen	Anzahl	56	46	39	58	39	28	19	23	39
Fußgänger	Anzahl	24	23	21	25	16	22	15	19	15
* Verletzte Personen	Anzahl	2 759	2 559	2 484	2 304	2 618	1 580	1 675	2 136	2 447
Pkw - Insassen	Anzahl	1 859	1 652	1 835	1 545	1 838	993	1 019	1 350	1 478
Fußgänger	Anzahl	331	318	328	344	258	267	255	283	302
Schwerverletzte	Anzahl	946	854	855	801	824	544	602	710	809
Pkw - Insassen	Anzahl	587	490	570	478	502	305	322	386	412
Fußgänger	Anzahl	169	155	172	183	131	130	132	142	163
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	44 981	41 755	39 598	41 124	38 864	44 347	39 420	54 436	...
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 115	1 079	1 047	1 154	1 038	941	918	1 093	...
Telegramme	1 000	40	36	30	35	38	29	28	31	...
Postcheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	1108 815	1252 762	1039 141	1192 828	1208 212	1344 859	1157 830	1265 736	...
Lastschriften	1 000 DM	1103 065	1253 489	1042 639	1199 442	1209 553	1343 074	1140 443	1269 916	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	22 352	23 330	23 680	23 328	22 887	27 310	22 337	23 151	...
Auszahlungen	1 000 DM	24 564	30 567	24 226	28 637	29 381	29 417	27 727	32 093	...
Hörfunk- und Fernsehsehteilnehmer 1)										
Tonrundfunk	1 000	1 099	1 115	1 104	1 105	1 105	1 117	1 118	1 119	...
Fernsehrundfunk	1 000	984	1 001	991	992	992	1 004	1 005	1 007	...

1) Ab 1.1.1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehsehteilnehmer.

Zahlungspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	26 531	29 977	26 869	27 434	27 521	29 696	29 721	30 042	29 929
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	26 265	29 811	26 595	27 233	27 329	29 524	29 549	29 849	29 728
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	6 552	7 607	6 484	6 933	6 895	7 515	7 502	7 831	7 630
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	6 407	7 430	6 327	6 735	6 713	7 338	7 327	7 602	7 395
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	146	176	157	198	182	177	174	229	234
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 365	3 395	3 403	3 437	3 457	3 207	3 058	3 035	3 066
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 996	2 999	3 020	3 056	3 106	2 815	2 668	2 682	2 702
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	369	395	383	380	351	391	390	353	364
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	16 348	18 810	16 709	16 862	16 977	18 803	18 989	18 984	19 032
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	12 539	14 121	12 750	12 883	13 036	14 093	14 255	14 237	14 258
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 810	4 689	3 959	3 980	3 941	4 710	4 734	4 747	4 773
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	23 587	26 828	24 088	23 939	24 202	26 795	27 034	26 813	27 142
* Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	8 355	10 561	8 724	8 584	8 846	10 513	10 689	10 479	10 771
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 968	8 817	7 211	7 172	7 462	8 744	8 860	8 775	9 133
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 388	1 744	1 513	1 412	1 384	1 769	1 829	1 705	1 638
* Spareinlagen	Mill. DM	13 742	14 711	13 866	13 849	13 845	14 720	14 773	14 756	14 790
* bei Sparkassen	Mill. DM	8 479	8 861	8 564	8 558	8 560	8 851	8 882	8 878	8 896
* Gutschriften auf Sparkonten ³⁾	Mill. DM	757	778	725	665	663	957	745	779	770
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	617	725	677	683	667	949	692	796	735
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁴⁾	Anzahl	17	22	18	31	6	17	42	39	20
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	3 639	18 079	876	8 530	1 642	7 930	19 771	102 983	11 760
* Vergleichsverfahren	Anzahl	1	1	-	-	-	4	1	1	-
* Wechselproteste ⁵⁾	Anzahl	1 536	1 604	1 317	1 404	1 496	1 928	1 806	1 819	1 697
* Wechselsumme	1 000 DM	4 898	5 008	3 300	3 957	5 045	6 862	7 990	8 055	7 533
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	525 232	614 781	578 776	619 758	379 542	557 170	645 375	740 911	390 744
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	341 080	431 750	368 934	478 750	208 745	346 715	428 251	558 347	209 800
* Lohnsteuer ⁶⁾	1 000 DM	207 791	264 818	300 410	163 363	163 165	282 395	369 344	192 416	184 143
* Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	31 436	39 883	118 161	-	-	-	162 802	-	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	87 108	102 542	21 054	227 126	19 529	45 076	16 126	249 450	19 611
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	6 980	7 869	5 674	1 039	2 463	3 718	5 517	4 377	3 443
* Körperschaftsteuer ⁷⁾	1 000 DM	39 202	56 522	41 796	87 222	23 588	15 526	37 264	112 104	2 603
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	8 305	7 244	36 570	-	-	-	27 722	-	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	184 152	183 031	209 842	141 008	170 797	210 455	217 124	182 564	180 944
* Umsatzsteuer	1 000 DM	136 255	137 107	164 817	104 263	129 604	172 196	162 834	107 844	130 158
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	47 897	45 924	45 025	36 745	41 193	38 259	54 290	74 720	50 786
* Bundessteuern	1 000 DM	108 701	100 046	108 477	113 032	89 775	89 451	106 461	94 224	83 105
* Zölle	1 000 DM	7 806	6 949	6 570	6 053	5 782	5 355	6 229	8 418	3 481
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	93 404	83 209	95 720	93 732	77 829	77 425	94 823	71 377	74 731
* Landessteuern	1 000 DM	44 597	49 828	58 011	42 401	38 912	46 265	58 724	27 103	39 614
* Vermögensteuer	1 000 DM	9 969	12 766	24 828	2 232	1 718	4 997	28 214	13 687	2 460
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	24 155	25 607	23 024	28 395	26 564	30 839	21 497	30 334	27 546
* Biersteuer	1 000 DM	5 904	6 294	4 638	5 113	5 713	6 095	5 090	5 266	5 369
* Gemeindesteuern ⁸⁾	1 000 DM	281 926	328 243	-	305 787	-	-	-	-	-
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 552	8 608	-	4 785	-	-	-	-	-
* Grundsteuer B ⁹⁾	1 000 DM	34 377	37 647	-	29 939	-	-	-	-	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	198 901	237 996	-	224 200	-	-	-	-	-
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	16 389	19 219	-	19 500	-	-	-	-	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	391 359	424 982	409 704	417 119	330 693	379 186	435 237	458 927	327 716
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	149 914	190 160	161 964	212 040	91 584	150 435	187 142	248 243	90 638
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	120 015	119 869	136 397	91 667	112 428	134 605	138 417	115 798	114 423
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	12 730	14 907	2 866	380	36 906	4 695	3 217	662	39 550
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	288 219	343 212	312 927	356 529	244 558	309 626	344 311	362 033	259 611
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	149 897	189 374	160 495	212 040	90 305	150 435	183 612	248 109	89 825
* Anteil an den Steuern v. Umsatz ¹⁰⁾	1 000 DM	80 995	89 104	91 555	101 708	78 435	108 233	98 758	86 159	90 622
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	12 730	14 907	2 866	380	36 906	3 775	3 217	662	39 550
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	328 353	390 518	-	323 565	-	-	-	-	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ¹¹⁾	1 000 DM	122 457	148 511	-	210 032	-	-	-	-	-
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	122 871	151 759	-	31 947	-	-	-	-	-

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Finanzierungs-AG, Mainz, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie die Postcheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsgutschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen; ab 1974 einschl. steuerähnliche Einnahmen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 10) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 11) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	312	344	.	.	336	339
* Männliche Arbeiter	DM	341	375	.	.	367	368
* Facharbeiter	DM	364	397	.	.	389	390
* Angelernte Arbeiter	DM	329	364	.	.	355	357
* Hilfsarbeiter	DM	287	317	.	.	310	304
* Weibliche Arbeiter	DM	208	228	.	.	222	236
* Hilfsarbeiter	DM	197	215	.	.	211	224
Bruttostundenverdienste	DM	7,15	7,96	.	.	7,76	8,23
* Männliche Arbeiter	DM	7,64	8,50	.	.	8,26	8,79
* Facharbeiter	DM	8,15	8,98	.	.	8,74	9,30
* Angelernte Arbeiter	DM	7,37	8,25	.	.	8,01	8,54
* Hilfsarbeiter	DM	6,38	7,23	.	.	7,03	7,36
* Weibliche Arbeiter	DM	5,18	5,75	.	.	5,64	6,04
* Hilfsarbeiter	DM	4,87	5,41	.	.	5,30	5,73
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	43,6	43,0	.	.	43,3	41,2
Männliche Arbeiter	Std.	44,5	44,1	.	.	44,4	41,8
Weibliche Arbeiter	Std.	40,1	39,4	.	.	39,4	39,0
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 680	1 971	.	.	1 933	2 035
* männlich	DM	1 517	1 744	.	.	1 714	1 810
* weiblich	DM	1 824	2 105	.	.	2 077	2 180
Technische Angestellte	DM	1 187	1 345	.	.	1 306	1 401
* männlich	DM	1 932	2 223	.	.	2 174	2 287
* weiblich	DM	1 989	2 271	.	.	2 220	2 336
* weiblich	DM	1 358	1 510	.	.	1 468	1 561
im Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 157	1 341	.	.	1 347	1 413
* männlich	DM	1 150	1 319	.	.	1 323	1 395
* weiblich	DM	1 504	1 711	.	.	1 721	1 794
* weiblich	DM	915	1 021	.	.	1 018	1 103
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 433	1 674	.	.	1 657	1 757
* männlich	DM	1 301	1 481	.	.	1 472	1 564
* weiblich	DM	1 657	1 880	.	.	1 874	1 972
Technische Angestellte	DM	1 013	1 131	.	.	1 115	1 211
* männlich	DM	1 910	2 191	.	.	2 140	2 250
* weiblich	DM	1 968	2 239	.	.	2 189	2 303
* weiblich	DM	1 331	1 482	.	.	1 428	1 536
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ¹⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 122	1 111	1 104	1 105	1 107	1 116	1 114
Pflichtmitglieder	1 000	676	677	673	674	675	678	675
Rentner	1 000	366	370	367	368	368	374	375
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,9	5,6	6,5	6,0	5,3	4,6	6,3
Männer	%	5,0	5,7	6,7	6,2	5,4	4,7	6,3
Frauen	%	4,6	5,3	6,1	5,7	4,9	4,3	6,2
Arbeiterrentenversicherung ²⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	394 570	409 369	402 124	402 943	404 546	414 567	415 891	417 843	416 937
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	130 911,3)	150 244	137 043	138 277	139 172	160 062	161 182	163 026	161 222
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	9 794	9 176	14 060	11 785	6 816	26 090	27 595	25 663	20 635
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	8 748	8 155	12 945	10 427	5 806	24 676	25 951	23 255	18 506
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	153	149	.	150	.	.	.	147	.
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	38 326	40 965	40 553	40 627	41 027	42 739	44 276	43 951	43 890

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung. - 3) Einschl. Nachzahlungen nach dem 15. Renten Anpassungsgesetz.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973					1974		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 672	61 973 ^p	61 818 ^p	61 844 ^p	61 880 ^p	62 101 ^p
Eheschließungen 1)	Anzahl	34 594	32 879 ^p	17 814 ^p	24 543 ^p	34 427 ^p	30 410 ^p	17 068 ^p	22 028 ^p	32 736 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	58 435	52 970 ^p	52 934 ^p	50 853 ^p	55 418 ^p	52 193 ^p	53 899 ^p	48 555 ^p	54 279 ^p
Gestorbene 3)	Anzahl	60 939	60 919 ^p	72 883 ^p	58 955 ^p	61 029 ^p	66 884 ^p	64 259 ^p	58 179 ^p	66 265 ^p
Geburtenüberschuß	Anzahl	- 2 504	- 7 949 ^p	- 19 949 ^p	- 8 102 ^p	- 5 611 ^p	- 14 691 ^p	- 10 360 ^p	- 9 624 ^p	- 11 986 ^p
Arbeitslose	1 000	246	273	356	347	287	486	620	620	562
Männer	1 000	141	150	223	219	169	294	383	379	329
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	20 028	20 356 ^p	.	.	20 332	20 356 ^p	.	.	21 400 ^p
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	292	290	297	262	283	286	310	270 ^r	299
Milcherzeugung	1 000 t	1 791	1 772	1 663	1 612	1 936	1 595	1 708	1 648 ^r	1 961
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte	1 000	8 340	8 368	8 303	8 363	8 348	8 321	8 267	8 252	8 232
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	934	929	946	926	973	839	919	882	910
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	49 668	55 578	51 198	50 997	56 902	57 366	57 949	57 248	63 904
Auslandsumsatz	Mill. DM	9 950	11 936	10 556	10 813	12 262	13 641	13 470	13 790	15 944
Produktionsindex (von Kalendernunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	166	179	162	178	178	185	167	180	182 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	167	180	165	181	180	188	180	183	184 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	164	177	160	176	176	183	164	178	197 ^p
Energiewirtschaft	1962 = 100	232	256	282	281	265	308	291	288	284 ^p
Bergbau	1962 = 100	94	94	100	102	98	100	98	99	99 ^p
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	169	182	164	181	182	189	169	183	185 ^p
Grundstoffe und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	191	212	190	207	210	200	198	214	217 ^p
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	162	177	157	177	178	199	163	180	179 ^p
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	163	167	157	176	173	171	150	166	172 ^p
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	1962 = 100	148	153	134	142	141	157	144	147	147 ^p
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	152	150	107	116	132	116	110	123	139 ^p
Steinkohlenförderung	1 000 t	8 539	8 112 ^p	9 214	8 680	9 221	7 017	8 640	7 805	8 300
Braunkohlenförderung	1 000 t	9 201	9 888 ^p	10 730	9 409	9 810	10 884	11 236	10 150	16 654
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 667	3 069 ^p	2 858	2 746	3 154	3 113	3 295	3 190	3 561
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 596 ^r	4 077 ^p	3 844	3 712	4 302	3 955	4 363	4 162	4 689
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 599	3 059 ^p	2 956	2 891	3 212	2 732	3 427 ^r	3 210	3 592
Stromerzeugung	Mill. kWh	22 898	24 916	27 930	25 190	26 571	28 426	28 996 ^r	25 970	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 682	3 933	8 265	7 683	8 059	8 373	4 255	3 968	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 533	1 508	1 446	1 437	1 486	1 429	1 363	1 338	1 359
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	210	196	158	154	189	128	148	149	168
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 170	6 445	5 275	4 366	5 076	9 060	5 134	4 412	4 965
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	64 053	54 841	49 495	51 568	65 900	32 302	29 170
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	188	220	189	187	219	290	202	190	222
Großhandel										
Umsatz	1970 = 100	107 ^r	128 ^r	112 ^r	115 ^r	131 ^r	135 ^r	134 ^r	132 ^r	142 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	148	166	140	139	166	155	155 ^p	149	171
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	10 010	12 120	11 711	11 802	12 358	12 029	13 946	12 363	15 080 ^r
Ausfuhr	Mill. DM	11 333	14 873	13 311	13 742	14 686	15 059	17 518	17 436	19 711
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	1 323	2 753	1 600	1 940	2 328	3 030	3 572	5 073	4 631

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf den Heizwert von 8 400 Kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973					1974		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	92	98	98	97	97	95	107
Binnenschifffahrt	1970 = 100	96	102	74	94	103	92
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1970 = 100	96	108	102	106	104	112
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	100	103	110	102	97	103	101
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1970 = 100	103	107	107	118	111	113	110
Geld und Kredit (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)										
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	45 767	47 429	42 630	43 300	44 673	47 429	44 735	44 962	46 224 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	681 676	756 976	683 063	691 826	699 767	756 976	756 485	760 397	762 518 ^P
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	569 672	631 587	569 707	578 295	585 294	631 587	630 110	632 825	637 103 ^P
Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken 3)	Mill. DM	112 004	125 389	113 356	113 531	114 473	125 389	126 831	127 572	125 415 ^P
Spareinlagen	Mill. DM	565 845	634 201	563 521	574 103	578 928	634 201	624 228	634 924	631 938 ^P
Index der Aktienkurse	31.12.65 = 100	261 673	280 486	262 986	263 960	263 693	280 486	280 694	281 722	281 687 ^P
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	150,5	144,7	157,7	156,3	163,9	123,2	127,4	126,0	122,9
		79,4	70,8	77,1	75,9	75,4	69,7	70,4	68,1	64,3
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	7 133	8 385	7 428	4 946	10 960	16 383	8 348	5 451	11 636
Lohnsteuer	Mill. DM	4 095	5 105	5 757	4 032	3 775	7 916	6 459	4 596	4 109
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	3 915	4 152	4 972	5 081	3 633	6 308	4 932	5 189	3 825
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 846	2 938	3 771	3 629	2 471	3 262	3 745	3 504	2 402
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 498	2 812	1 690	2 560	2 584	4 696	1 307	2 764	2 652
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63 = 100	118,7	...	120,4	121,8	124,8	124,5	120,6 ^P	119,6 ^P	117,9 ^P
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4) 5)	1962/63 = 100	127,3	...	127,9	131,0	131,9	138,3	140,2	142,6	143,1
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1962 = 100	116,1	123,8	119,5	120,7	121,4	128,3	131,8	134,8	136,9
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	174,3	187,1	.	180,3	.	.	.	193,9	.
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	126,7	130,9	.	127,7	.	.	.	139,2	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 = 100	111,1	118,8	115,2	116,0	116,8	122,9	123,7	124,8	125,2
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	109,7	118,0	114,8	115,6	116,4	120,0	121,4	121,8	122,3
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	112,3	120,7	116,4	117,2	118,2	124,5	125,3	126,2	127,3
Wohnungsmiete	1970 = 100	112,5	119,2	116,5	116,9	117,7	121,6	122,6	123,2	123,8
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	110,1	128,2	117,0	118,5	118,7	161,3	153,4	156,1	150,1
Übriges für die Haushaltsführung	1970 = 100	109,7	114,3	113,3	113,5	113,7	117,0	118,9	119,8	120,8
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1970 = 100	114,0	122,6	117,4	119,1	120,6	126,4	126,4	129,9	131,1
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	113,8	121,6	117,4	118,8	119,5	125,0	126,1	127,2	128,2
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	108,1	113,7	111,1	111,6	112,4	116,0	118,9	119,9	120,7
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1970 = 100	111,9	117,8	114,0	114,9	115,2	121,0	121,4	122,7	123,2
Preisindex für die Lebenshaltung der 4 - Personen - Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	1970 = 100	110,7	118,2	114,8	115,6	116,3	121,9	122,9	123,8	124,3
Löhne in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	116,9	129,1	122,8
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	120,5	134,1	128,0
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	120,6	133,2	127,9
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	122,0	135,7	129,8
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	97,0	97,0	96,1
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	98,7	98,8	98,6

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig).

Trotz Aussetzung der 7 b-Abschreibung neuer Wohnungsbaurekord

Ein bisher in der Nachkriegszeit noch nie erreichtes Ergebnis an fertiggestellten Wohnungen konnte 1973 registriert werden. Insgesamt wurden im Wohn- und Nichtwohnbau 38 356 Wohnungen fertiggestellt, das sind 14,2% mehr als im Vorjahr. Damit kam es zu einer Verbesserung des Rekordergebnisses von 1972, als 33 572 Wohneinheiten von den Bauämtern als bezugsfertig gemeldet worden waren. Die hohe Zahl der Fertigstellungen ergab sich trotz der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung (Aussetzung der 7 b-Abschreibung ab Mitte Mai) in erster Linie durch den extrem hohen Bauüberhang von knapp 65 000 Wohnungen an der Jahreswende 1972/73. Bedingt durch die allgemeine wirtschaftspolitische Lage, insbesondere der hohen Kreditzinsen, ist 1974 mit einem niedrigeren Ergebnis als im Vorjahr zu rechnen.

Von den im Wohnbau fertiggestellten 37 805 Einheiten (+ 14,8%) waren die privaten Haushalte als stärkste Bauherrengruppe mit einem Anteil von 65,8% vertreten, auf Wohnungsbaugesellschaften verschiedener Art entfiel rund ein Viertel der Fertigstellungen. Der schon in den letzten Jahren zu beobachtende Rückgang der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern hielt weiter an; auf diesen Typ entfielen 50,2% der Wohnungen, die restlichen 49,8% auf Mehrfamilienhäuser. 1971 lautete hier noch die Relation 61,5 zu 38,5%.

Hinsichtlich der Raumzahl der Wohnungen ergaben sich kaum nennenswerte Verschiebungen. Großraumwohnungen mit fünf und mehr Räumen rangieren weiterhin an der Spitze (47,8%). Insgesamt nahm die Wohnfläche pro Einheit geringfügig von 93,8 auf 93,3 qm ab, gestiegen sind jedoch die Baukosten. Im Durchschnitt mußten für den Kubikmeter 145,6 DM aufgebracht werden, ein Wert, der genau um 10% über dem des Vorjahres liegt (132,4 DM). Etwas niedriger stellte sich die Steigerungsquote (9,5%) bei den Kosten pro Wohnung (76 830 DM). Von den fertiggestellten Wohnungen lag knapp ein Viertel in Gemeinden unter 2 000 Einwohnern, gut ein Fünftel in den Großstädten mit einer Bevölkerung von mehr als 100 000. hw

Erhebliche Steigerungsraten im sozialen Wohnungsbau

Die Bedeutung des sozialen Wohnungsbaus hat 1973 weiter zugenommen. Insgesamt wurden in Rheinland-Pfalz 4 638 öffentlich geförderte Wohnungen fertiggestellt, das sind 19% mehr als 1972. Von den dabei im Wohnbau bezugsfertig gewordenen 4 572 Einheiten zählten in der Hälfte der Fälle gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen zu den Bauherren, auf Private kamen 40%.

Die überwiegende Mehrzahl der im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau errichteten Gebäude stellten die Ein- und Zweifamilienhäuser dar (88%), in denen jedoch nur 37% der Wohnungen lagen. Der Rest befand sich in Mehrfamilienhäusern. Gegenüber dem Vorjahr zeigt sich eine Verschiebung zu Wohnungen mit fünf und mehr Räumen; sie erreichten einen Anteil von 51%, diejenigen mit vier Räumen 31%. Entsprechend ist die Raumzahl je Wohnung im Schnitt geringfügig gestiegen (4,7) und die Wohnfläche größer geworden (89,5 qm). Erheblich höher belief sich die Steigerungsrate bei den Kosten. Hier zog der Kubikmeter durchschnittlich um 13% auf 142,4 DM im Preis an, während es bei den Kosten pro Wohnung 11% waren (69 376 DM). hw

Beachtlicher Rückgang der Baulandverkäufe im zweiten Halbjahr 1973

War schon in den ersten sechs Monaten des Jahres 1973 in Rheinland-Pfalz ein leichter Rückgang der Baulandveräußerungen gegenüber dem entsprechenden Vergleichszeitraum des Vorjahres zu beobachten, so setzte sich dieser Trend im zweiten Halbjahr in weit stärkerem Maße fort. Von Januar bis Juni hatten 7 570 Grundstücke den Eigentümer gewechselt, in den folgenden Monaten bis Jahresende konnten dagegen nur noch 5 866 Kauffälle registriert werden. Verglichen mit den Ermittlungsergebnissen beider Zeiträume im Jahr vorher ergibt sich damit ein Rückgang um 4,1 bzw. 23,1%. Bei der umgesetzten Fläche zeigt sich die rückläufige Entwicklung noch deutlicher. Die mit 879 Hektar im ersten und mit 661 Hektar im zweiten Halbjahr 1973 festgestellte verkaufte Baulandfläche ist um 15,9 bzw. 24,0% kleiner als im vorausgegangenen Jahr. Gründe für diese Einschränkung dürften - zumindest in den ersten beiden Quartalen - die Bodenpreissteigerungen sowie die teilweise überhitzte Preissituation im Baugewerbe gewesen sein. Auswirkungen zeigten sicherlich aber auch die hohen Kapitalzinsen und die ab Anfang Mai ausgesetzte 7 b-Abschreibung, wogegen gewisse Sättigungserscheinungen auf dem Wohnungsmarkt weniger ausschlaggebend gewesen sein dürften.

Der Preis für einen Quadratmeter baureifen Landes stieg von 28,01 DM im Durchschnitt des zweiten Halbjahres 1972 um 4,9% auf 29,37 DM in der ersten Hälfte des Jahres 1973. In den folgenden sechs Monaten zeichnete sich alsdann bei dieser Baulandart ein Rückgang des Preises ab. Mit 27,57 DM lag er um 6,1% unter dem des ersten Halbjahres. Beim Rohbauland, der nach dem baureifen Land bedeutsamsten Baulandart, zeigte sich dagegen keine Beruhigung im Preisauftrieb. Die Steigerungen betrugen in den genannten Zeiträumen 5,8 und 11,1%, denen ein Preisstand von 22,60 DM, 23,90 und 26,55 DM zugrunde lag. Im Durchschnitt aller Verkäufe des Jahres 1973 ergab sich für baureifes Land ein Quadratmeterpreis von 28,59 DM (1972 = 27,64 DM) und für Rohbauland ein solcher von 24,89 DM (1972 = 24,61 DM). Bei der Beobachtung der Preisentwicklung ist jedoch zu beachten, daß sich die Kauffälle in zeitlicher Hinsicht immer aus anders gearteten Einzelverkäufen zusammensetzen, was die Durchschnitte nicht unwesentlich beeinflussen kann.

Rund 95% der insgesamt im Jahre 1973 erfaßten 13 436 Kaufgeschäfte und 87% der umgesetzten Flächen in Höhe von 1 540 Hektar entfielen auf Wohngebiete in offener Bauweise und auf Dorfgebiete. Weitgehend daraus abzuleiten und eine Folge der Struktur des Landes sind die hohen Anteile von 64% der Kauffälle und 57% der Fläche, die auf Gemeinden bis zu 5 000 Einwohner entfallen. Die durchschnittlichen Quadratmeterpreise baureifen Landes lagen in Gemeinden bis zu 2 000 Einwohner mit 14,51 DM (1972 = 14,82 DM) erfahrungsgemäß am niedrigsten. Sie erhöhten sich mit zunehmender Einwohnerzahl kontinuierlich und erreichten in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern eine Höhe von 111,28 DM (1972 = 79,57 DM). Beim Rohbauland ergab sich in der Gemeindegrößenklasse bis 2 000 Einwohner ein durchschnittlicher Quadratmeterpreis von 14,68 DM (1972 = 14,61 DM). Er streute in den Gemeindegrößen ab 2 000 bis unter 100 000 Einwohner zwischen 20 und 24 DM und erhöhte sich in den Großstädten auf 50,12 DM (1972 = 54,19). wf

Weiterer Rückgang der Straßenverkehrsunfälle im 1. Quartal 1974

Der bereits im vergangenen Jahr beobachtete Rückgang der Zahl der Straßenverkehrsunfälle und deren Opfer setzte sich im 1. Quartal d. J. unverändert fort. So ereigneten sich in den Monaten Januar bis März auf den rheinland-pfälzischen Straßen 17 074 Unfälle gegenüber 20 710 im gleichen Vorjahreszeitraum (— 17,6%). Am stärksten verringerte sich die Zahl der Personenschadensunfälle um 1 014 oder 20,4% auf 3 963. Bei diesen Unfällen wurden 170 Personen getötet (— 92 oder 35,1%), 1 856 schwer (— 565 oder 23,3%) und 3 535 leicht verletzt (— 1 100 oder 23,7%). Bei den tödlich verletzten Unfallopfern handelte es sich zu 41,2% um PKW-Insassen, zu 33,0% um Fußgänger sowie 8,8% um Radfahrer. Den stärksten Rückgang verzeichnete hierbei die Zahl der getöteten PKW-Insassen (— 70 oder 50,0%) und Fußgänger (— 26 oder 31,7%). Auch bei den Schwerverletzten verringerte sich die Zahl der verunglückten PKW-Insassen (— 522 oder 34,0%) und der Fußgänger (— 106 oder 20,8%) am meisten, während die Kraftrad- (+ 42 oder 34,4%) und die Fahrradfahrer (+ 24 oder 30,8%) erheblich häufiger schwer verletzt wurden, daß sie stationär behandelt werden mußten.

U. a. als Folge der bis 15. März 1974 geltenden beschränkten Geschwindigkeitsbeschränkungen auf den Bundesautobahnen und den übrigen Außerortsstraßen verringerte sich die Zahl der Unfälle mit Personenschaden und nur Sachschaden über 1 000 DM bei einem der Beteiligten außerhalb von Ortschaften mit — 905 oder 28,2% relativ gesehen erheblich stärker als innerhalb von Ortschaften (— 701 oder 13,1%). Auf den Außerortsstraßen, für die in dieser Zeit Tempo 80 galt, wurden 822 oder 28,3% weniger Unfälle dieser Art gezählt als im gleichen Vorjahreszeitraum. Aber auch auf den Bundesautobahnen, wo die Höchstgeschwindigkeit auf 100 km pro Stunde beschränkt war, wurde ein kaum weniger günstiges Ergebnis erzielt (— 83 oder 26,9%).

Von den 170 Unfalltoten waren 7 auf den rheinland-pfälzischen Abschnitten der Bundesautobahnen verunglückt. Das ist die Hälfte der im 1. Quartal 1973 registrierten Zahl. Die restlichen 163 Toten waren auf den übrigen Inner- und Außerortsstraßen in Unfälle verwickelt worden (— 85 oder 34,3%). Aber auch die Zahl der Schwerverletzten ging auf den Bundesautobahnen, wo sie sich im 1. Quartal 1974 auf 61 belief, mit — 49 oder 44,5% stärker zurück als auf den anderen Straßen des Landes (— 516 oder 22,3%). mc

Sauerkirschen und Äpfel bevorzugte Obstarten

In Rheinland-Pfalz befaßten sich im Jahre 1972 rund 6 700 Betriebe auf einer Fläche von 6 100 ha mit dem Verkaufsanbau von Baumobst. Dabei waren mit 37 bzw. 28% der gesamten Obstfläche Sauerkirschen und Äpfel die verbreitetsten Obstarten, gefolgt von Pflaumen und Zwetschen (11%), Süßkirschen (10%) und Birnen (7%). Alle übrigen Arten blieben jeweils unter 3% der Anbaufläche. Bei den Äpfeln standen die beiden Qualitätssorten Golden Delicious (33%) und Cox Orange (19%) eindeutig im Vordergrund, während bei Birnen hauptsächlich die Sorten Williams Christ (23%), Alexander Lucas (21%), Clapps Liebling (13%) und Gellerts Butterbirne (12%) zum Anbau kamen. lx

Mehr über dieses Thema auf Seite 153

Niedrigere Spargelernte zu erwarten

Nach einer ersten, gegen Mitte Mai durchgeführten Vorschätzung der Gemüseberichterstatte wird für 1974 mit einem durchschnittlichen Flächenertrag von 40 dt/ha gerechnet gegenüber 43 dt/ha im Vorjahr und 45,2 im Sechsjahresdurchschnitt 1968/73. Bei einer im Vergleich zum Vorjahr eingeschränkten Anbaufläche von 580 ha dürfte hiernach eine Gesamternte von ungefähr 23 500 dt anfallen gegenüber 26 300 dt im vergangenen Jahr. Die Spargelernte hatte in diesem Jahre außergewöhnlich früh eingesetzt, dann aber infolge kühler Witterung in der zweiten Aprilhälfte stagniert. Günstigerer Witterungsverlauf ab Mitte Mai dürfte bei dieser besonders empfindlichen Gemüseart jedoch die Ertragslage inzwischen etwas verbessert haben. po

Themen der letzten Hefte

Heft 2/Februar 1974

Insolvenzen 1973
Umsatzsteuerstatistik 1972
Kommunale Finanzen 1966 - 1971
Wein-, Obst- und Gemüsebau 1973
Landwirtschaftliche Arbeitskräfte 1972/73
Berufs- und Ausbildungspendler über die Landesgrenze
Bauaufträge 1972/73

Heft 3/März 1974

Straßenverkehrsunfälle 1973
Meldepflichtige Krankheiten 1973
Bauhauptgewerbe 1973
Tiefbauaufträge 1973
Arbeitnehmerverdienste 1973
Verkehrsmittel und Wegezeiten der Pendler
Pendlerverflechtung

Heft 4/April 1974

Industrie 1973
Vermögensmillionäre 1972
Ausbildung und Religionszugehörigkeit
Berufspendler
Landesinformationssystem Rheinland-Pfalz
Teil II: Technische Konzeption
Tierische Produktion 1973

Heft 5/Mai 1974

Einpenderzentren
Lohnsteuerpflichtiges Einkommen 1971
Nutztviehhaltung 1973
Tuberkuloseerkrankungen 1950 - 1972

Themen der folgenden Hefte

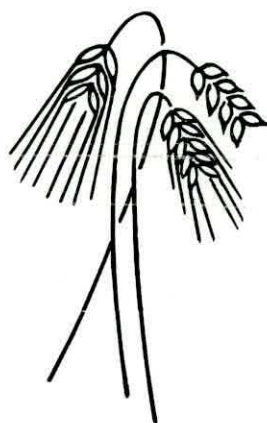
Schichtung der Erwerbseinkommen
Konfessionell gemischte Ehen
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts
Öffentliche Jugendhilfe 1973
Gehalts- und Lohnstruktur 1972
Einzelhandel 1973

Band 223

GEMEINDESTATISTIK VON RHEINLAND-PFALZ 1970

Teil IV B Landwirtschaft 1971/72

Umfang 262 Seiten, Format DIN A 4, Karton, Preis DM 13,50



Diese Veröffentlichung enthält für Regierungsbezirke, Landkreise, kreisfreie Städte und übrige Gemeinden Daten über Betriebssysteme, den Erwerbscharakter der Betriebe, Besitzverhältnisse, Flurverfassung und Arbeitskräfte aus der Vollerhebung zur Landwirtschaftszählung 1971. Dem Tabellenteil sind eingehende methodische Vorbemerkungen vorangestellt. Ein als Anhang beigefügtes alphabetisches Gemeindeverzeichnis soll dem Benutzer das Auffinden der gewünschten Gemeinden erleichtern.

Zusammen mit den Zahlen aus dem Teil IV A über Betriebsgrößen, Bodennutzung und Viehhaltung stehen aus dem Bereich der Landwirtschaft somit für jede Gemeinde des Landes 129 Daten zur Verfügung, die einen detaillierten Einblick in die Struktur der Betriebe sowie einen Vergleich der Gemeinden untereinander ermöglichen.

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.